Version 0.1

Franca
Schneider

Eine Studienreise in Syrien

2005 Franca Schneider Kunstverlag e.K., Erfurt
https://kunstverlag.shop
Alle Rechte vorbehalten
Satz und Layout: Franca Schneider
Druck und Bindung: Copy Team Erfurt
Printed in Germany 2026
ISBN 978-3-938787-14-4

Inhaltsverzeichnis

1. Psychiatrische Tradition im Islam
Medizin im Islam hochgeachtet
Pharmako- und Psychotherapie im Islam
Rhazes - der Leibarzt des Kalifen
Avicennas Kanon: Standardlehrbuch für Jahrhunderte
Islamische und europäische Medizin

2. About nonverbal communication in syria

3. Begegnung mit dem Fremden – ein nachträgliches Reisetagebuch zur Studienreise in Syrien vom 20.09.2003 bis zum 30.09.2003.

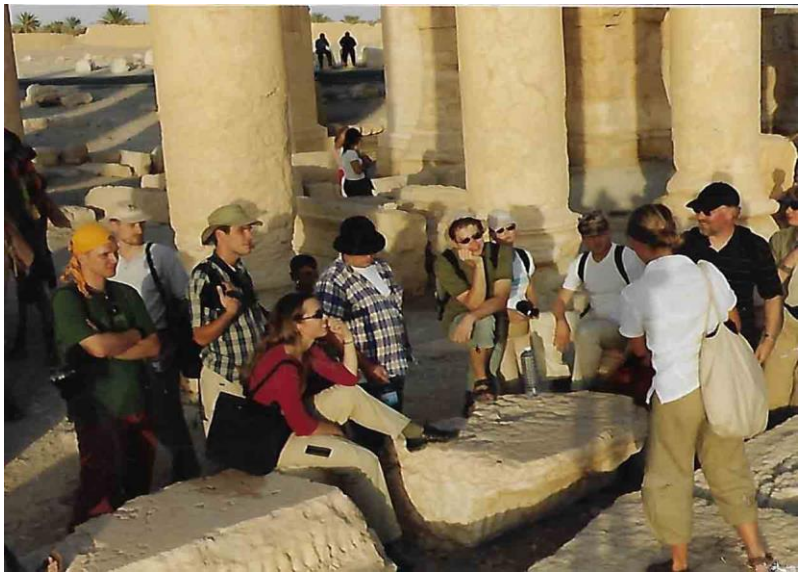
4. Beduinen in Syrien

5. Der Bi-Maristan Arghun Al-Kamili in Aleppo

6. Die PFLP - ein politisches Porträt zum Antisemitismus im Nahen Osten

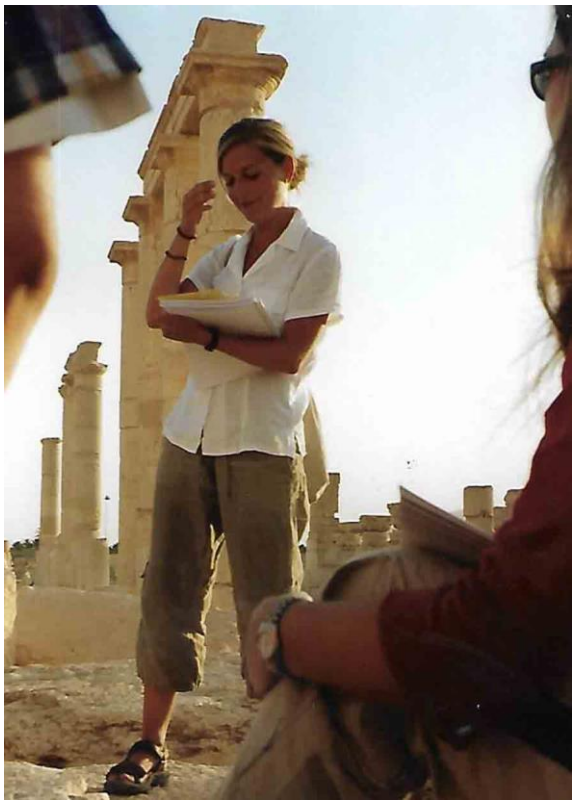
Franca
Schneider

Medizin im Islam



Psychiatrische Tradition im Islam

Die Behandlung seelischer Störungen hat eine lange Tradition. Sie reicht zurück bis in die Zeit der animistischen Medizin frühzeitlicher Schamanen und der Priesterärzte in den Hochkulturen Ägyptens, Mesopotamiens und Chinas. Im Gegensatz zur christlich-europäischen Medizin mit Dämonisierung und Hexenwahn, besaß die Behandlung der Geisteskranken in der frühen arabisch-islamischen Kultur einen hohen Stellenwert.



Islamische Religion, persische Überlieferung, griechisch-römisch-byzantinisches Wissen und jüdische Tradition bildeten die Grundlagen der arabischen Heilkunde. Sie war vorbildhaft humanitär geprägt: Die Gewährung von Hilfe und Beistand gegenüber Kranken war ein gutes Werk, das zur eigenen Erlösung beitrug; Mitleid galt als besondere Tugend.

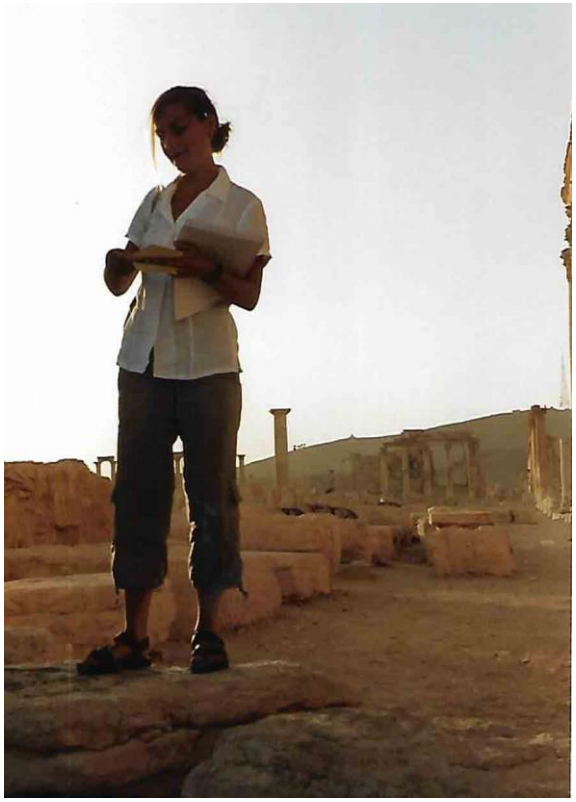


Dabei gab es - entgegen der Entwicklung im Christentum – keine Voreingenommenheit gegenüber Andersgläubigen; Mohammed selbst ließ sich von einem "Ungläubigen" behandeln.

Die Behandlung der Geisteskranken wurde frühzeitig gepflegt. Mohammed, der offenbar selbst an Anfällen mit aura-ähnlichen Begleiterscheinungen litt, gab die Anweisung, die geistesgestörten - im Koran als "Gottesgesandte" bezeichnet - freundlich aufzunehmen, zu pflegen und geduldig mit ihnen umzugehen.



In der vierten Sure des Korans wird sinngemäß gelehrt, die Schwachsinnigen zu ernähren und zu kleiden, freundlich zu ihnen zu sein und - modern wie in der heutigen gesetzlichen Betreuung - ihr Vermögen zu verwalten. In den 114 Suren des Korans werden auch andere psychiatrische Themen abgehandelt, beispielsweise Suizid und Suizidprophylaxe. Untersagt sind der Genuss von Alkohol und betäubenden Drogen wie auch das Glücksspiel. Gegenüber Homosexuellen ist Toleranz vorgeschrieben.



Medizin im Islam hochgeachtet

Wie für den Bereich der gesamten Heilkunde überhaupt, brachte erst die antike griechische und römische Medizin wichtige empirische Erkenntnisse über das Nervensystem und dessen Krankheiten. Nach dem Tode Mohammeds (576-632) breitete sich der Islam über den nahen und mittleren Osten bis nach Afrika, Asien, Spanien und in Teilen Frankreichs aus. Die eigentliche Blütezeit der frühen islamischen Kultur war - etwa von 750-1055 - das Zeitalter der Abbasiden-Dynastie. Das islamische Reich erstreckte sich vom Atlantik bis nach Indien.



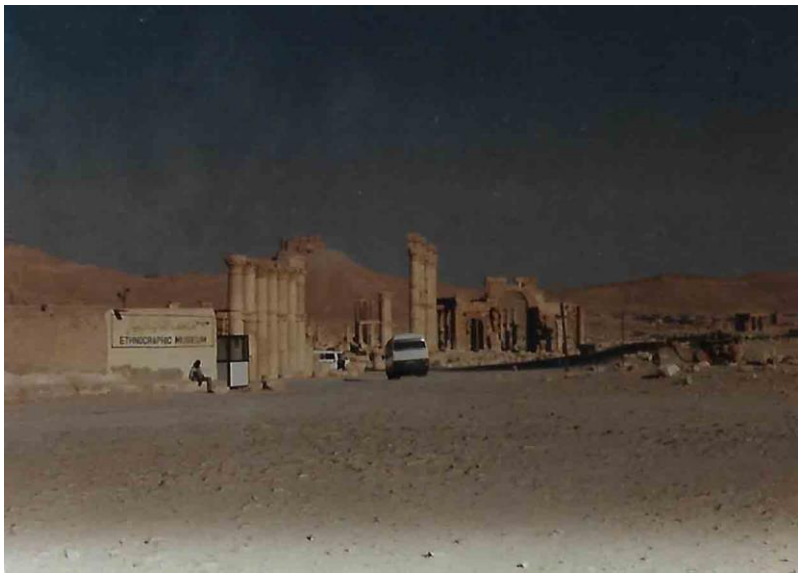


Die Kalifen förderten Kultur und Künste: In Bagdad wurde ein Haus der Wissenschaften mit einer riesigen Bibliothek errichtet. Die Gelehrten, vor allem die Ärzte, erfreuten sich großer Wertschätzung und wurden hoch bezahlt. Die wichtigsten antiken ärztlichen Schriften, insbesondere die von Hippokrates, Dioskorides und Galen, aber auch der byzantinischen Ärzte wurden ins Arabische übertragen. Innerhalb der medizinischen Heilkunde nahm die allgemeininternistische Medizin den höchsten Rang ein. Wie das allgemeine Gesundheitswesen, war auch speziell die Krankenhausbehandlung im Islam der christlichen Gesundheitspflege weit überlegen. Es gab im Westen nur wenige Hospitäler, die im Hinblick auf Sanitätswesen, Krankenversorgung, Ausstattung und Medikation ähnliche Standards erreichten. Einigen arabischen Krankenhäusern, wie z. B. in Damaskus, waren Medizinschulen mit reichhaltigen Bibliotheken angeschlossen. Es gab neben Polikliniken separate Stationen für Fieberkrankheiten, Diarrhoe, Verletzungen, Augen- und Frauenkrankheiten und auch für Geistesstörungen.





Die Spitäler waren mit Bädern, Büchereien, Gärten und Springbrunnen luxuriös ausgestattet. Der ursprüngliche arabische Terminus "Bimaristan" für Krankenhaus, ist heute noch als "Maristan" für psychiatrische Anstalten in Gebrauch. Bereits um 981 n. Chr. wurde im Allgemeinkrankenhaus von Bagdad eine Abteilung für Gemüts- und Nervenkrankheiten eingerichtet. Weitere Abteilungen in anderen arabischen Städten wie Mekka, Medina, Isfahan, Hamadan und Buchara folgten. Psychiatrische Behandlungs- und Pflegeabteilungen gab es offenbar seit 1160 in Damaskus, 1270 in Aleppo und 1283 in Kaldun. 1283 gründete man in Kairo das Mansur-Spital, das größte Krankenhaus des Mittelalters. Auf europäischem Boden entstanden mit der Ausbreitung des Islam die ersten modernen psychiatrischen Spitäler in Granada (1375), Valencia (1409), Saragossa (1425), Sevilla sowie Villadolid (1436) und Toledo (1483). Im 14. Jahrhundert gab es 34 Hospitäler im arabischen Orient und 40 Spitäler im Kalifat von Cordoba.

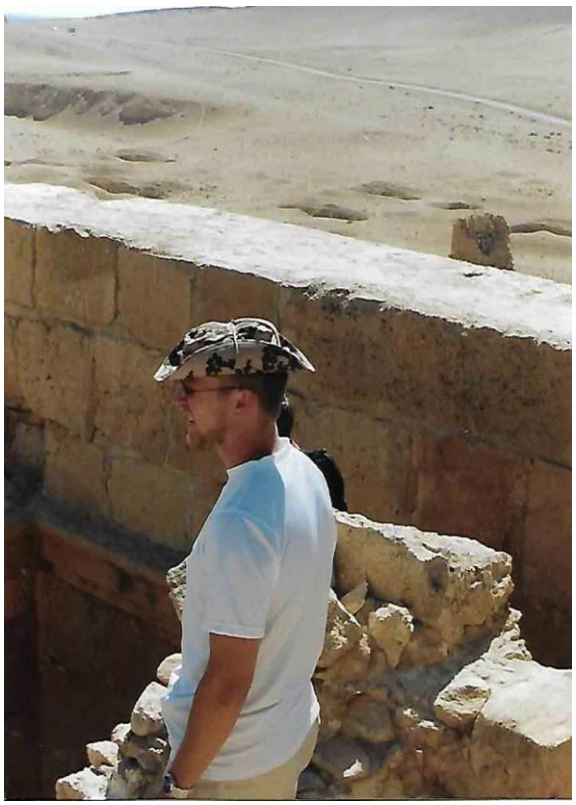




Pharmako- und Psychotherapie im Islam

Die Beruhigung erregter und schlafgestörter Patienten erfolgte medikamentös mit Schlafmohnextrakten. Depressive Patienten wurden mit Kaffee, Wein, Cannabis, Alraune und Nieswurz behandelt. An psychoaktiven Drogen wurden auch Khat und Haschisch eingesetzt; hierdurch möglicherweise hervorgerufene Abhängigkeiten waren offenbar nicht bekannt. Psychotherapeutisch wurden Zerstreuung durch Lektüre, Musik, Suggestionen, kathartische Abreaktionen und auch erotische Reize angewendet. Man ging besänftigend mit den unruhigen um; Schwermütige versuchte man abzulenken und zu erheitern. Daneben spielten - im Gegensatz zum heutigen orthodoxen Islam - exorzistische Praktiken eine Rolle, um böse Geister (Djinnen) mit Magie und Zauberei zu bannen. Auf diesem Feld wirkten religiös orientierte Heiler (Feki, Fageer, Waly, Sharif, Sayed und Sheikh) mit Hilfe von Gesprächen, Beschwörungen, Handauflegen und Gebet. Auch rituelle Waschungen spielten als religiöses Heilmittel eine große Rolle. Einen hohen Rang nahm - von Mohammed selbst immer wieder propagiert – die Traumdeutung ein.





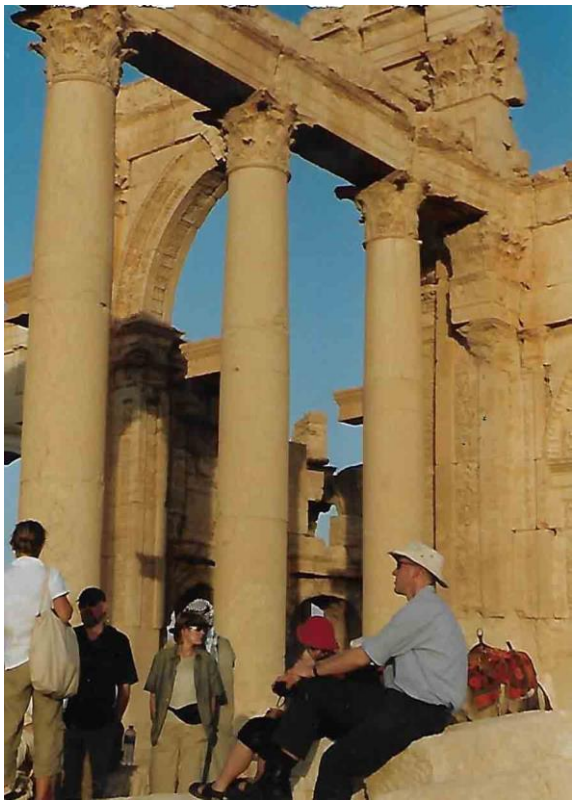
Er selbst empfing offenbar aus Visionen und Träumen vielerlei Botschaften. Die Interpretation "verborgener" Trauminhalte und Traumsymbole war vergleichbar der neuzeitlichen Freudschen Traumdeutung und der Archetypen-Lehre von Jung. Die Behandlungsgrundsätze sind in den Werken der großen arabischen bzw. persischen Ärzte festgehalten, von denen Ishac, Qura, Tabari, Rhazes, Avicenna, Maimonides und Averroes am bekanntesten wurden. Ishak Ibn Amran schrieb im neunten Jahrhundert einen der frühesten Psychiatriebeiträge: den Traktat "Die Krankheit Melancholie". Thabit Ibn Qura (825-900) stellte in einem Buch eine Reihe von Krankheiten zusammen, zu denen auch Migräne, Schlaganfall, Halbseitenlähmung, Gesichtslähmung, Epilepsie, Stupor und Melancholie gehörten.





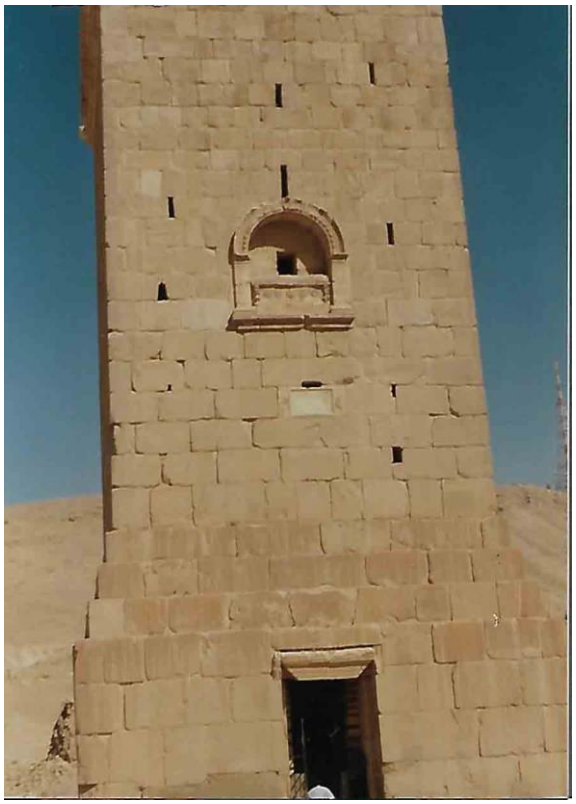
Rhazes - der Leibarzt des Kalifen

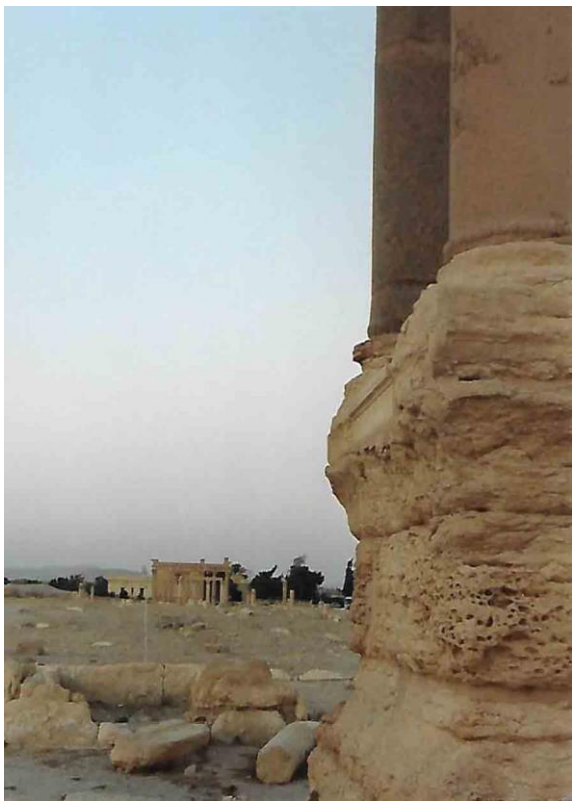
Der bekannteste arabische Arzt war der Perser Rhazes (865-925). Rhazes, mit vollem Namen Abu-Bakr Mohammed Ibn Zakaria, stammte aus Raiy in der persischen Provinz Hurasan. Er studierte in Bagdad Musik, Chemie und Medizin. Zunächst leitete er in Raiy bei Teheran ein Spital und wurde später nach Bagdad berufen. Er war Leibarzt des dortigen Kalifen, besuchte aber auch als Konsiliarius zahlreiche andere Fürstenhöfe. Er soll 257 naturphilosophische und medizinische Schriften verfasst haben, an erster Stelle medizinische Arbeiten wie Sammlungen zu Physiologie, Pathologie und Therapie. Rhazes wurde bekannt durch seine genauen und realistischen Krankheitsbeschreibungen, die auch psychosomatische Kenntnisse einschlossen.





Er entwickelte eine darauf aufbauende eklektisch-pragmatische Behandlungsweise und bekämpfte nachdrücklich Aberglauben und Scharlatanerie. Sein bekanntestes Werk wurde der posthum erschienene "Liber Continens" ("Al-Kitab al-hawi fi't-tibb"), ein geschlossenes System einer Gesundheits- und Krankheitslehre als Kompilat der Schriften von Hippokrates und Galen, der byzantinischen Ärzte und eigener Beobachtungen. Das Sammelwerk wurde 1279 ins Lateinische übersetzt, 1486 in Brescia und ab 1500 in Venedig gedruckt.

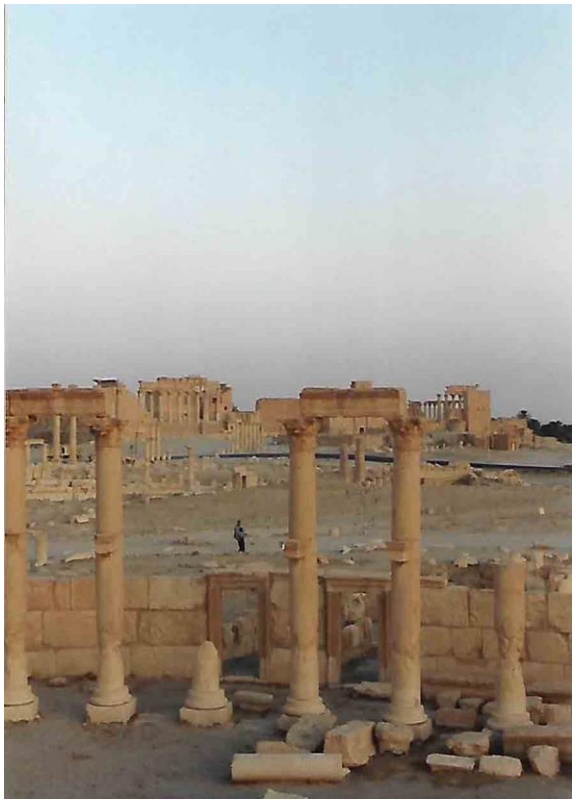




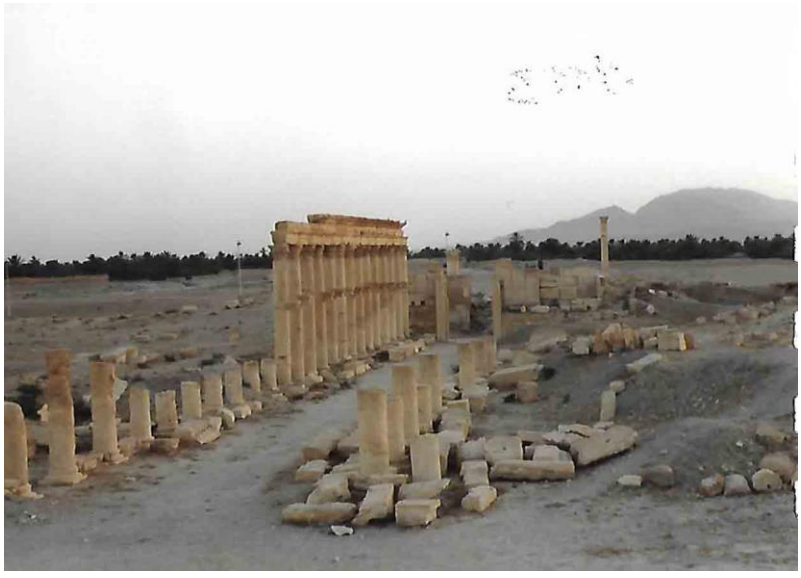
Avicennas Kanon: Standardlehrbuch für Jahrhunderte

Der andere berühmte persisch-türkische Arzt war Avicenna (980-1037), mit vollem Namen Abu Ali Al-Husain Ibn Sina. Avicenna wurde in der Nähe von Buchara geboren. Die Liste seiner Studienfächer ist lang: Philosophie, Mathematik und Astronomie, Physik und Metaphysik. Erst danach studierte er Medizin. Schon als Zehnjähriger soll er den Koran beherrscht haben. Nach Beendigung seines Studiums mit 18 Jahren übernahm er nicht nur das
Verwaltungsamt seines Vaters, sondern war auch literarisch tätig und verfasste im Alter von 21 Jahren eine wissenschaftliche Enzyklopädie. Das berühmteste seiner etwa 100 Bücher wurde allerdings der "Medizinische Kanon".



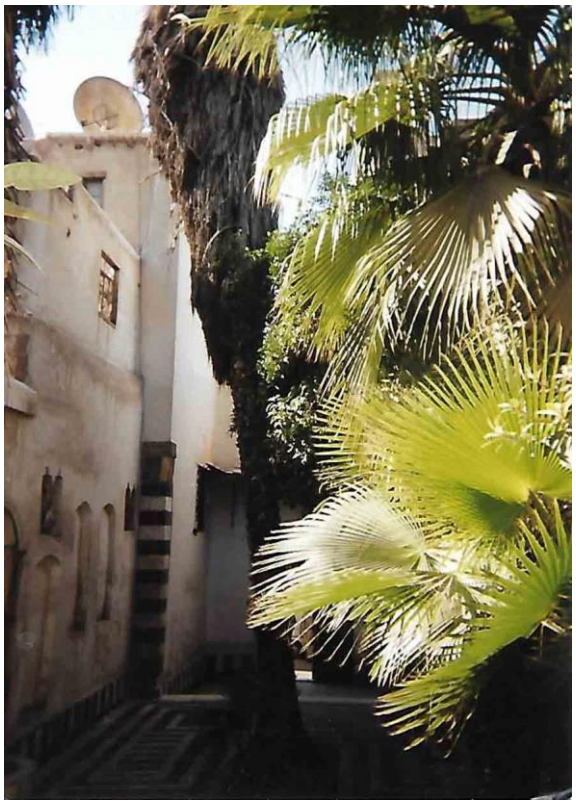


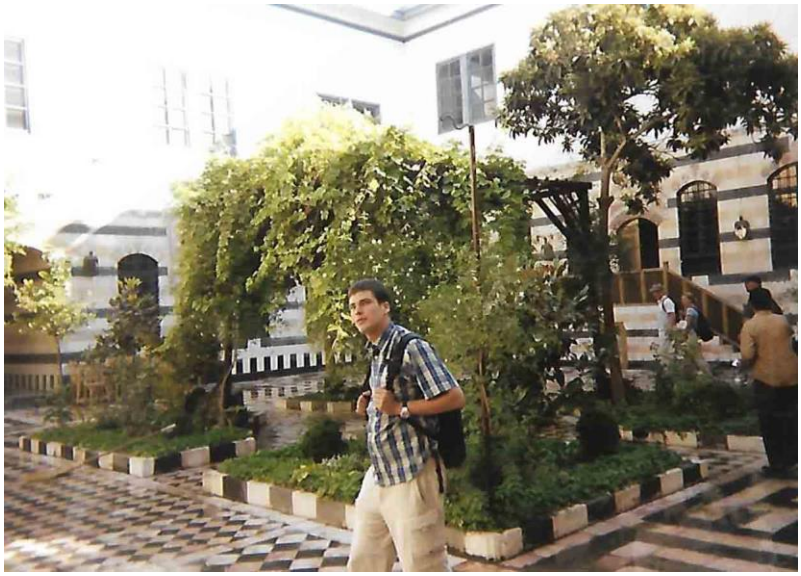
Dieses Gesetzbuch der Heilkunde basierte auf der Humoralpathologie und war später als "Canon medicinae" über Jahrhunderte "das" medizinische Lehrbuch der damals bekannten Welt ("Al-quanun fi't-tibb"). Es wurde zum heilkundlichen Klassiker eines Jahrtausends, ein fünfbändiges Riesenwerk mit mustergültiger Ordnung, genauer Untergliederung und detaillierten Übersichten. Der "Kanon" enthält im ersten Abschnitt des dritten Buches einige Kapitel über neurologische und psychiatrische Erkrankungen.



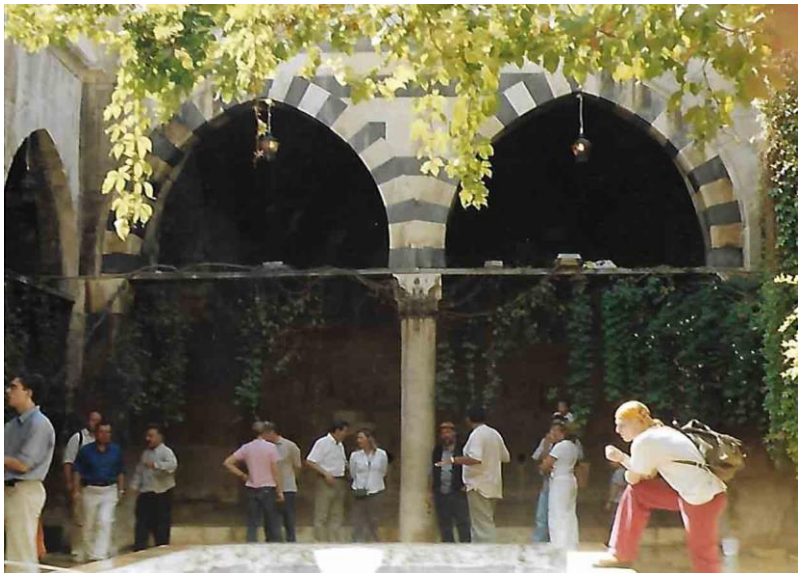
Im dritten Traktat wird die intrakranielle Raumforderung mit allen psychopathologischen Begleiterscheinungen wie Verwirrtheit, Affektlabilität, Unruhe und Erregtheit, Vergesslichkeit, Aphasie und Dysarthrie abgehandelt. Avicenna kannte bereits die schlechte Prognose von Hirntumoren und die vielfältigen Nuancen des organischen Psychosyndroms. Im ersten Kapitel des vierten Traktats beschrieb er den "vertieften Schlaf", eine Art Bewusstseinstrübung, die er unter

anderem auf Hirndruck zurückführte. Er unterschied auch zwischen Somnolenz und anderen Arten von Bewusstseinsstörungen wie Synkopen. In Anlehnung an Aristoteles entwickelte Avicenna eine Seelenlehre. Darin unterschied er vegetative, animale und rationale Seelenanteile und entsprechende Fähigkeiten zur Wahrnehmung, zu Affekten und zum Denken.



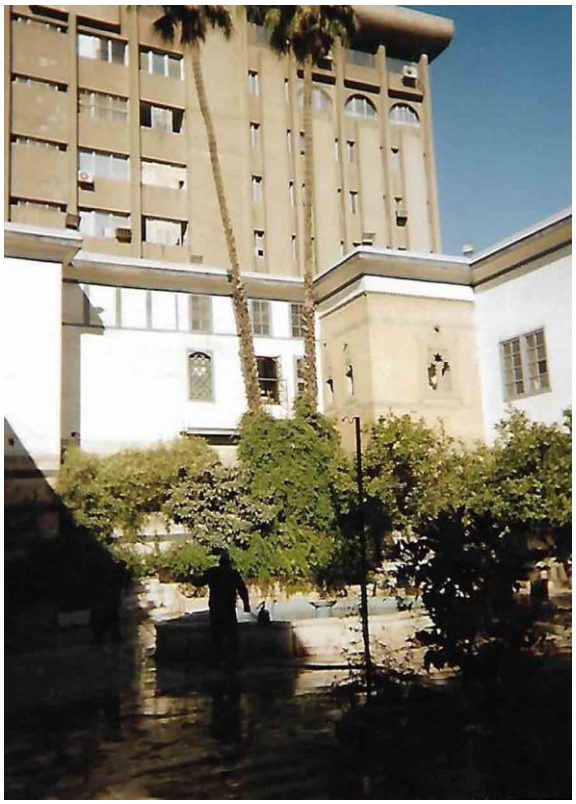


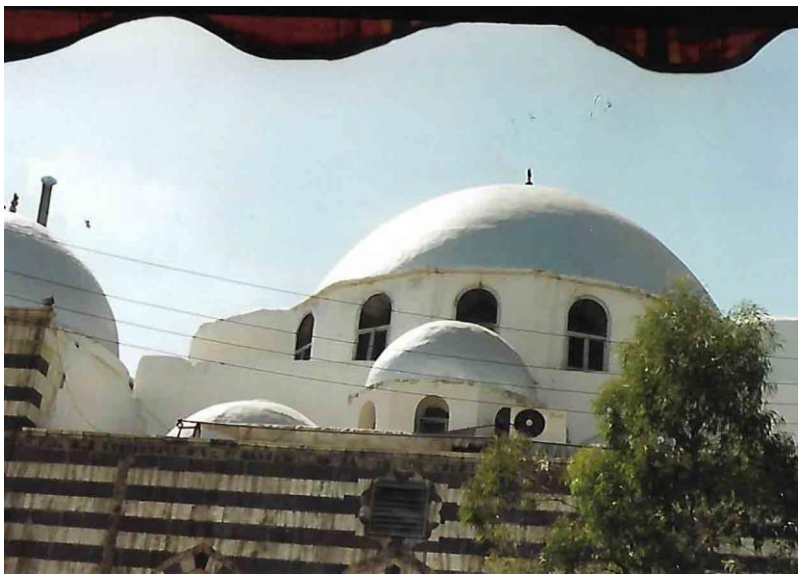
Im vierten Kapitel desselben Traktats werden Schlafstörungen besprochen, verursacht durch Schmerz, Melancholie oder Übererregtheit. Hierzu empfahl Avicenna als Therapeutika Opiumsaft, angenehme, einförmige Geräusche (Blätterrauschen, Geräusch fließenden Wassers, Gesang) und Bäder. Ab dem siebten Kapitel erläuterte Avicenna eine Reihe von psychopathologischen Syndromen: amnestische Bilder, Denkstörungen, Wahrnehmungsstörungen, Trugbilder und Sinnestäuschungen, Wahn, Verwirrtheit, Erregtheit, maniforme Störungen. Er sah sie - basierend auf der Humoralpathologie - als Gegenpol der Melancholie. Im fünften Traktat handelte er Schwindel, Ohnmachtsanfälle, Synkopen, Albträume und - im großen Stil - Epilepsien ab. Der "Kanon" wurde im 12. Jahrhundert als medizinisches Standardwerk von den berühmten Medizinschulen in Salerno, Toulouse, Montpellier und Toledo übernommen und galt über Jahrhunderte - bis in die Neuzeit hinein - in fast allen Zweigen der Heilkunde als Standardlehrbuch.





Erst mit dem umtriebigen Paracelsus (1493 -1541), der 1527 demonstrativ ein Exemplar des Kanons im Hof der Universität Basel verbrannte, verlor Avicennas Einfluss an Bedeutung. Gleichzeitig verfiel mit dem Niedergang des islamischen Reiches auch die hohe medizinisch-psychiatrische Kultur, eingeleitet durch den Rückzug der Mauren aus Kastilien im elften Jahrhundert und durch den Mongolensturm gegen Bagdad im Jahr 1258. Der Philosoph und Schriftsteller Nasaboury (953-1014) schrieb in seinem Buch

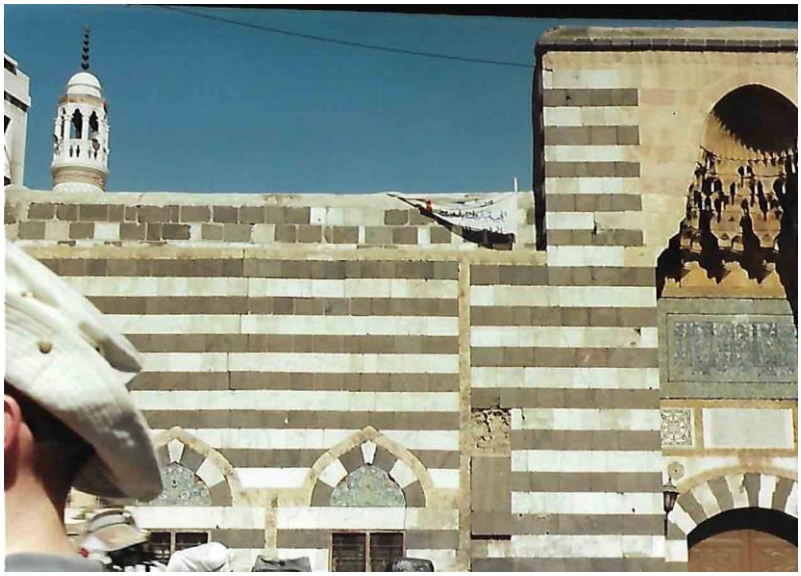




"Die gesunden Kranken" auch über die Geistesstörungen, im Arabischen "Jenun" genannt. Er teilte sie bezüglich ihrer Ursache in folgende fünf Kategorien ein:
von Geburt an,
durch schlechte Galle,
durch Teufelswerk und Dämonen,
durch ein Übermaß an Leidenschaften wie beispielweise Liebeskummer,
durch Verwirrung der Persönlichkeit und des Charakters.

Islamische und europäische Medizin

Einen großen Einfluss auf die Verschmelzung römischer, griechischer, byzantinischer und arabischer Medizin hatte Constantin Afrikanus (1018-1087). Er stammte aus Karthago und wurde zur herausragenden Gestalt der salernitanischen Medizinschule, nachdem er zum christlichen Glauben übergetreten war. Die Medizinschule von Salerno genoss damals weltweit höchstes Ansehen, zu dem Constantin Afrikanus entscheidend beitrug, ehe er sich ins Benediktinerkloster Monte Cassino zurückzog, um die wichtigsten medizinischen Schriften aus dem Arabischen in das lateinische zurück zu übersetzen.



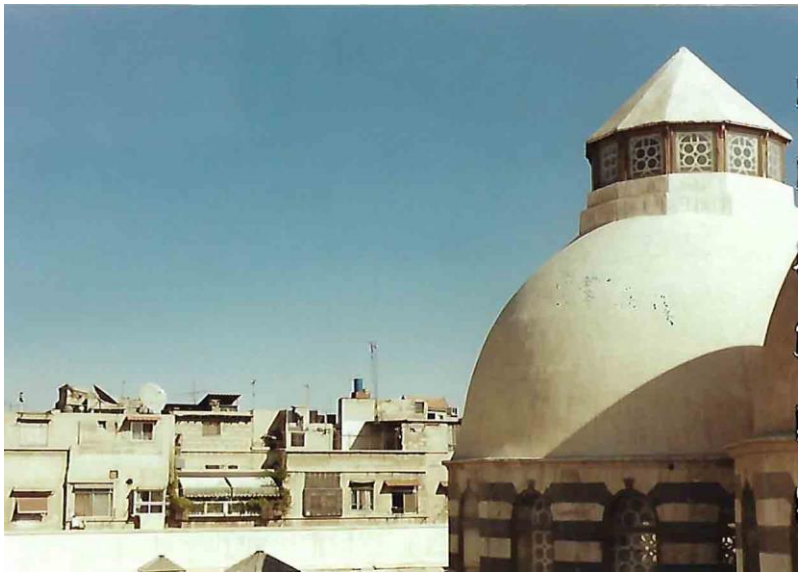


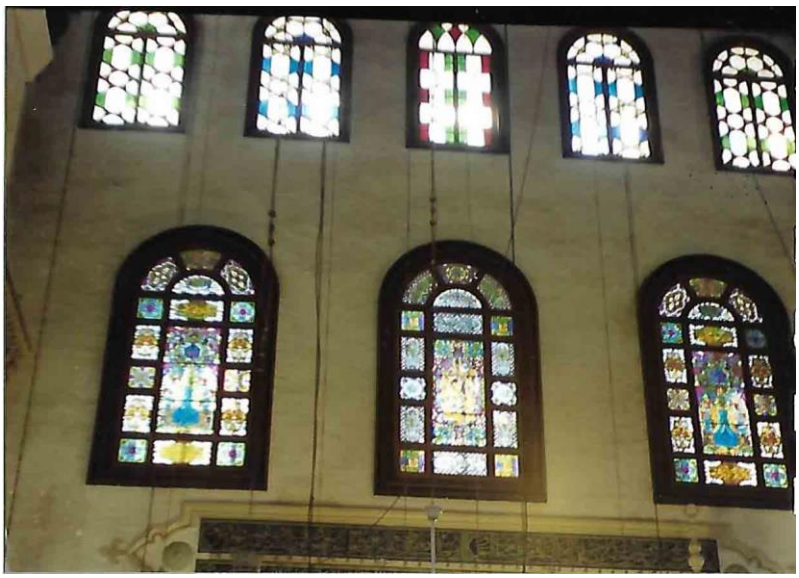
Ein weiterer bedeutender arabischer Mediziner, Theologe und Philosoph war der in Cordoba geborene Moses Maimon, genannt Maimonides (1135-1204). Er kam aus einer jüdischen Familie, die Cordoba wegen religiöser Verfolgungen verlassen musste, gelangte 1156 nach Fez und ging von dort nach Palästina. 1166 ließ sich Maimonides zunächst in Alexandria, dann in Fustat nahe Kairo nieder. Er wurde Arzt am Hof des Sultans Saladin, dessen Sohn Al-Afdal er wegen einer Melancholie behandelte. Seine zahlreichen Schriften enthielten Ratschläge hinsichtlich Diät, Hygiene, Erster Hilfe und Vergiftungen sowie allgemeiner medizinischer Probleme. Er war ein Vertreter der antiken galenischen Humoralpathologie. Maimonides übersetzte den Kanon Avicennas ins Hebräische und gab eine Sammlung hippokratischer und galenischer Schriften in Arabisch heraus.



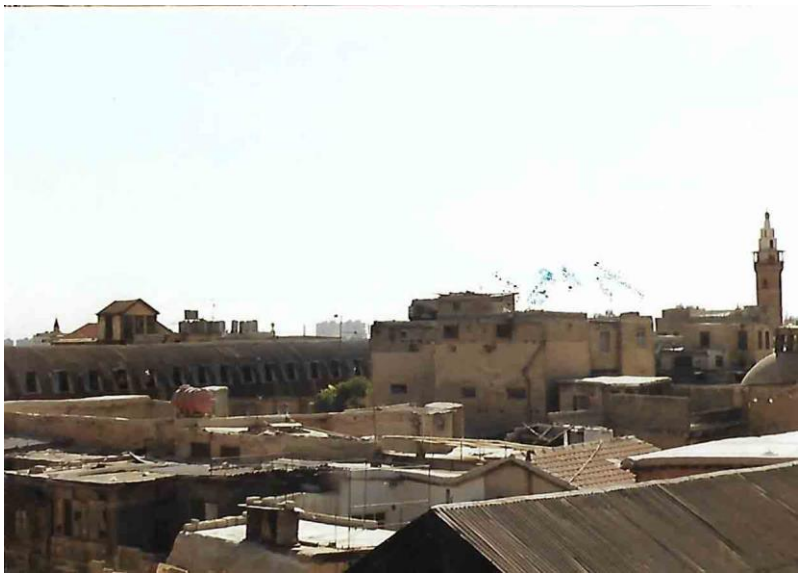


Etwa 1. 500 "Aphorismen" befassten sich - in 25 Abschnitte gegliedert - mit Anatomie, Physiologie, Pathologie, Symptomatologie sowie der allgemeinen und speziellen Therapie. In der Schrift "Hygiene der Seele" gab er ausführliche Beschreibungen von Depressiven und genaue Behandlungsanweisungen. Abu Walid Muhamme Ibn Rusd, genannt Averroes (1126-1158), stammte ebenfalls aus Cordoba. Er war Jurist, Philosoph und Leibarzt des Almohadenfürsten Yusuf. Sein umfassendes Werk "Liber universalis de medicina" ("Kitab al-kulliyat fi't-tibb") enthält neben Anatomie, Physiologie, Pathologie, Hygiene und Therapeutik auch Abhandlungen über die Seele. Die Lücke schließt sich erst nach einem Jahrtausend. Nach dem Zerfall der einheitlichen islamischen Kultur dauerte es viele Jahrhunderte, bis in ihrem Bereich neuzeitliche psychiatrische Einrichtungen entstanden, so erst 1880 das Abbasia Mental-Hospital in Ägypten für über 2. 500 Patienten und 1912 das Khanka-Hospital nördlich von Kairo für ungefähr 3. 000 Patienten, das auch eine forensische Abteilung erhielt. Erst danach folgten weitere Gründungen psychiatrischer Hospitäler in Ägypten, Libanon, Syrien, Irak und Sudan. Die naturalistischen Krankheitsvorstellungen und magischen Heilpraktiken wurden vom orthodoxen Islam als Aberglaube verboten.





Dessen ungeachtet blieben in der Bevölkerung traditionell-magische Heilmethoden erhalten. Sie werden bis heute von besonderen Heilern, Exorzisten, Kräuterspezialisten und Dorfgeistlichen - speziell bei psychischen Erkrankungen ausgeübt.



Literatur

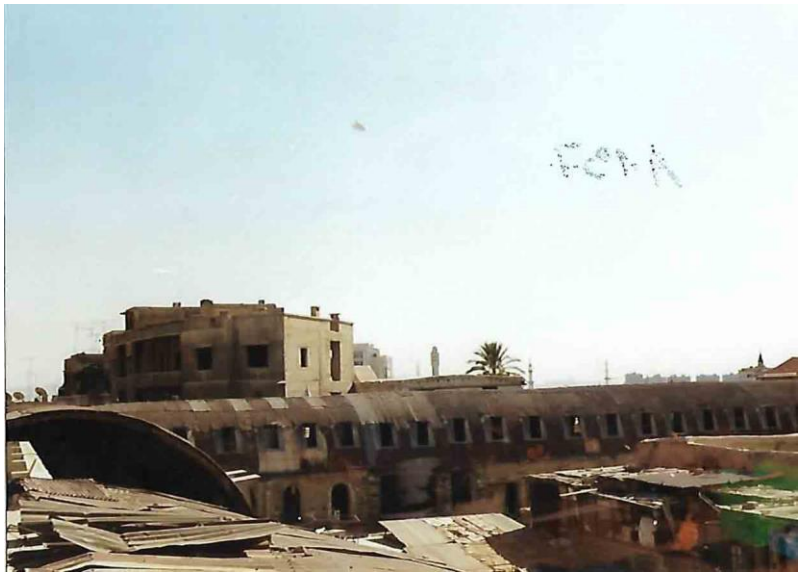
Prof. Dr. med. Theo Payk, Bochum
Westfälisches Zentrum für Psychiatrie und Psychotherapie Bochum, Klinikum der Ruhr-Universität

NeuroTransmitter 3/2002, S. 80–86

Franca
Schneider

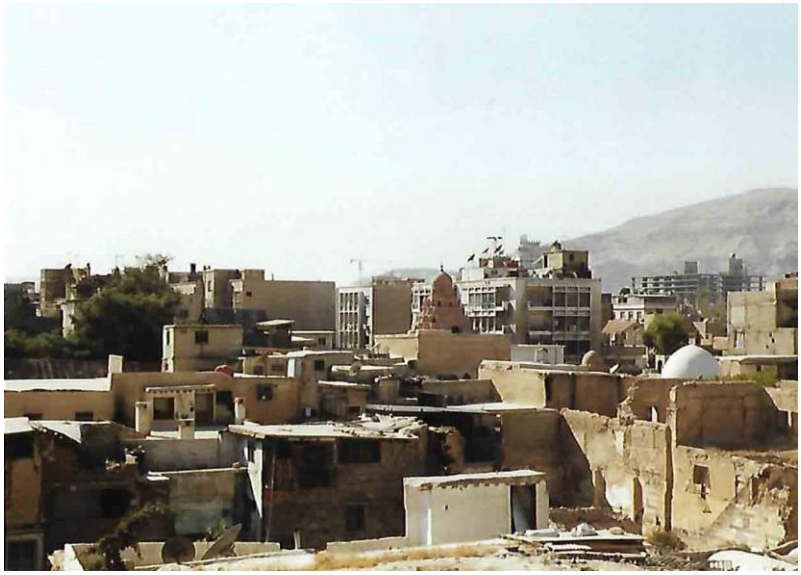
About nonverbal communication in syria

About nonverbal communication in syria

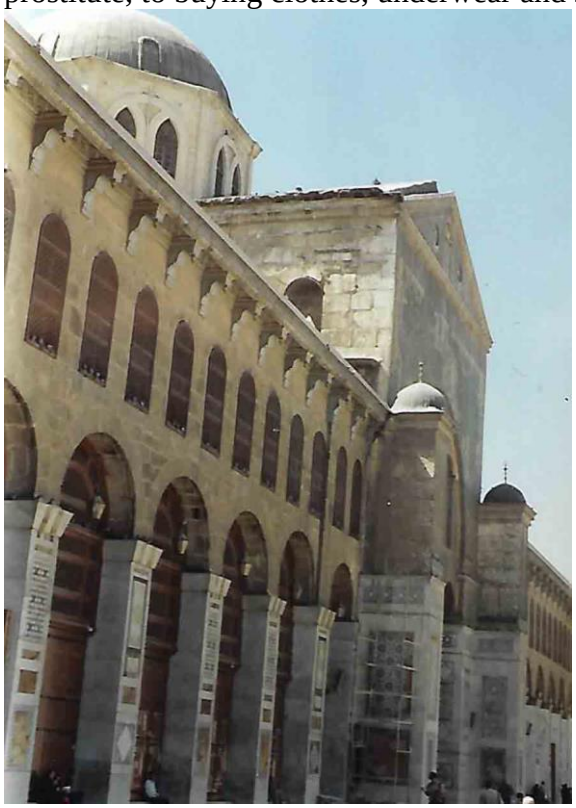


Nonverbal communication is a message, that is senting without using words. It’s really important to realize that nonverbal behaviour is nonverbal communication. Nonverbal behaviours are smiles, anger, fear and sadness. It refers in using a nonspoken symbol to communicate a specific message. It’s nonverbal communication when the symbol, was created in hearing for others. Judee Burgoon and her colleagues define nonverbal communication as actions and attributes of humans who have socially shared meaning, are intentionally sent or will interpreted as intentional, are consciously sent or consciously received, and have the potential to get feedback from the receiver. Gestures have functions like verbal symbols in a language. Also nonverbal communication is to refer to elements of the environment that communicate by virtue of people’s use of them. I have to realize that I could send uncomfortable messages, but also I could form impressions that guide communication. So it’s really important to make relationships clear and to regulate interaction. I have to reinforce and modifying my nonverbal communication with my verbal messages, because bodily expressions aren’t universal true.





The conversation could going to misinterpreted and comes up to barriers. Handsigns for example are vary from culture to culture. Culture is in this effect a code we learn. Perhaps, I have to learn, when it's my turn to talk and to use nonverbal communication codes with circumspection. Clothings are a nonverbal codes, too. A lot of womens in Syria are wearing black long coats. So other people can see, who they are married. Young womens are aloud to wear pale long coats or trouser suits. Some of them wears veils (Schleier) and gloves (Handschuhe) or a scarf (Kopftuch). When a woman is wearing veil, gloves and a black coat, she is a strong religious muslim believer and she is using the street only with a brother, cousin or mostly with her husband. Because I looked westeuropean the man, spezially the salesmen thought, that I was a Russian or easteuropean prostitute, to buying clothes, underwear and shoes for the work in a bordell and for the lovers.





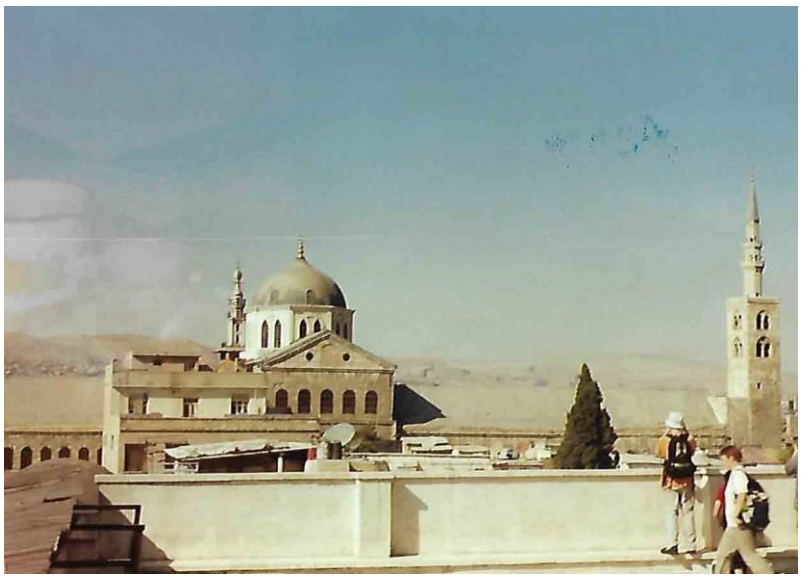
Often I can’t prevent the misunderstanding. But the residents are very friendly. You can everytime ask for the path or in need help. Sometimes someone comes to speak with you, but they are every time old man, young man under fifteen or unmarried womens. They ask you something, wish you a nice staying, and are setting of speaking. I think, they aren’t to foreigners in a specially nonverbal language, but in between another it’s being more difficuler. The religious symbols were really interesting. Examples are: there are a lot of green lightned mosque steeples. The cardrivers have stickers with womaneyes in front or I back of their cars and on their rearview mirrors, or a hand, a symbol for the five pillars of the coran or grapes were hanging.



Franca
Schneider

Reisetagebuch zur Studienreise in Syrien 2004

Begegnung mit dem Fremden – ein nachträgliches Reisetagebuch zur Studienreise in Syrien vom 20.09.2004 bis zum 30.09.2004.



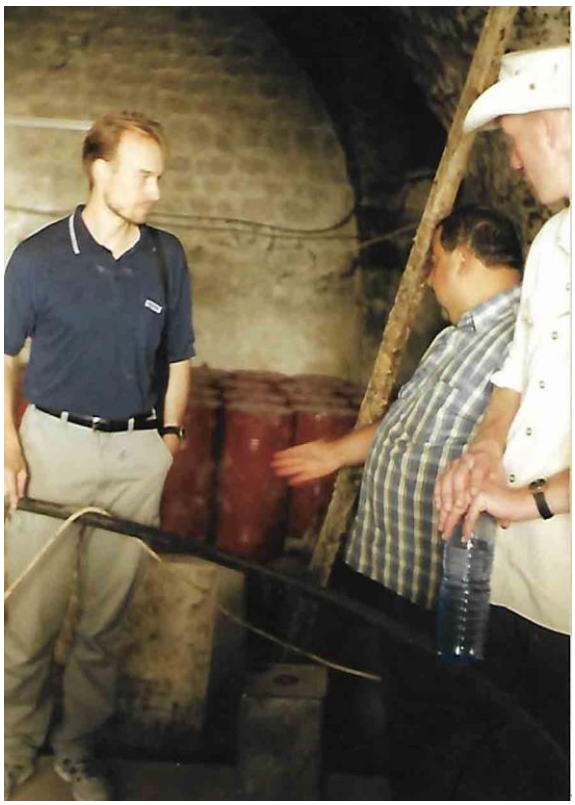
Begonnen am 11.10.04 von Franca Schneider

Dem Wunsch unsere Dozentin Birgit Schäbler entsprechend, beginne ich meine Erinnerungen über die Studienreise in Syrien in Form eines Tagebuches aufzuschreiben. Ihr Wunsch war es, dass wir festhalten, was uns fremd vorkam, welche Erfahrungen wir sammelten sowie eine persönlichen, aber nicht intimen, Schreibstil verwenden.

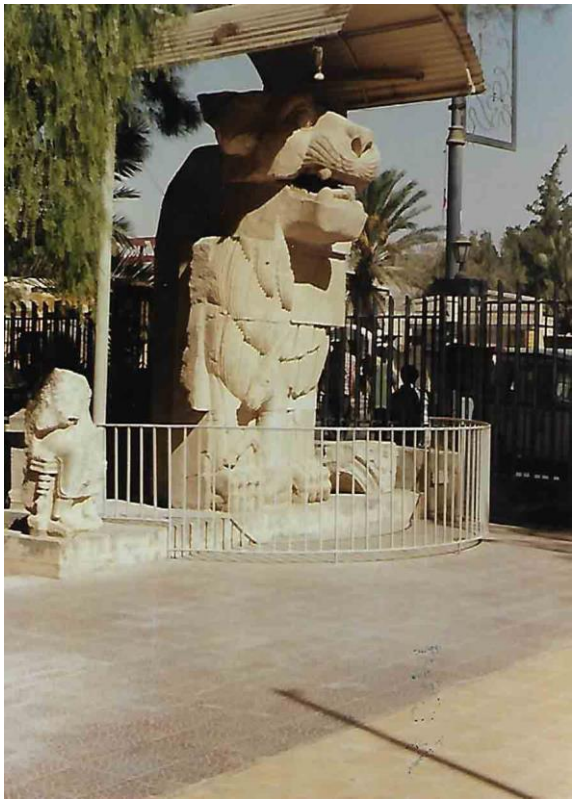
Samstag, der 20.09.2004

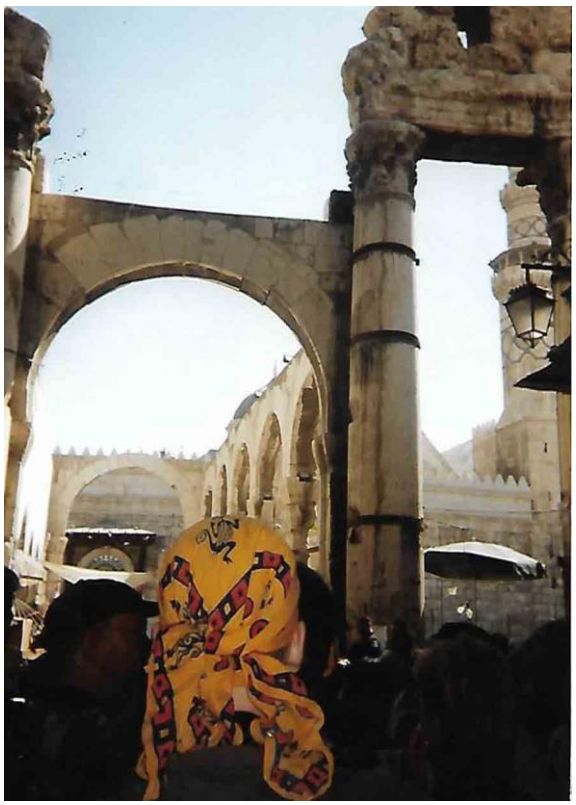


An diesem Tag begann meine Reise. Ich wachte sehr früh auf, bereits gegen fünf Uhr und konnte nach einem Alptraum nicht mehr schlafen. Wenige Tage vorher war ich in eine Bruchbude als neue Wohnung gezogen, und lebe nun alleine. Aber Änderungen müssen nun mal sein, auch in meinem Leben. Mein Hund war bereits bei einer Freundin, die sich als Dogsitter zur Verfügung gestellt hatte. Ich war also auf mich gestellt.

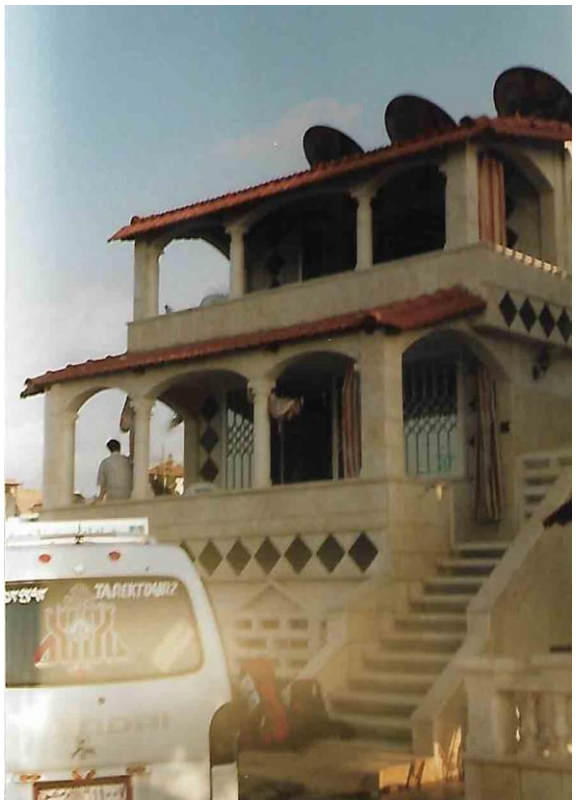


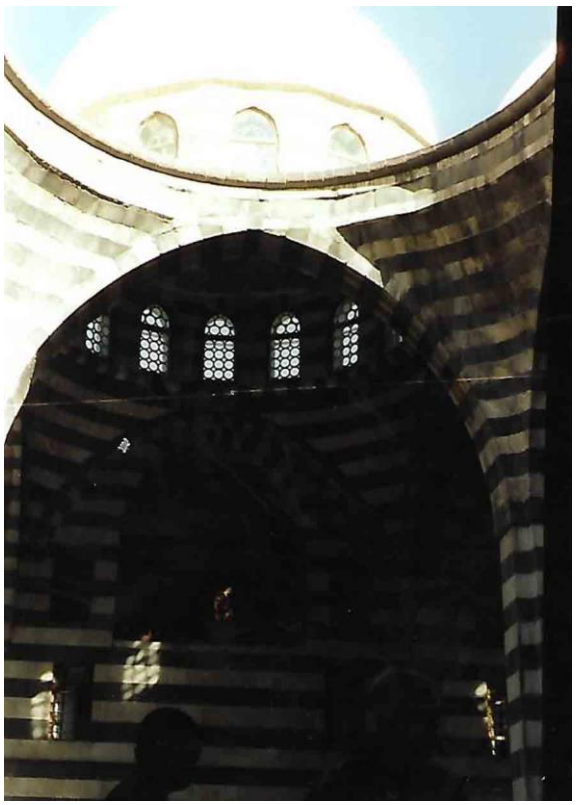
Nach dem Traum war ich sehr aufgeregt, konnte mich aber durch Tagebuch schreiben beruhigen, und bin dann auch joggen gegangen, was ich in letzter Zeit öfters benutze, um mich zu beruhigen. Einen Rucksack und Tasche hatte ich bereits am Tag zuvor gepackt, und konnte deshalb ausnahmsweise mal pünktlich am Bahnhof kurz vor sieben Uhr sein.





Aber ich hatte auch schließlich das Bahnticket für Chrisie und mich einstecken, sie war demzufolge von mir abhängig, und in so einem Fall kann ich mich disziplinieren. Nach dem ich in der Straßenbahn saß ging es mir schon bedeutend besser. Eine Stunde vorher hatte ich das Gefühl, die Reise lieber absagen zu müssen.



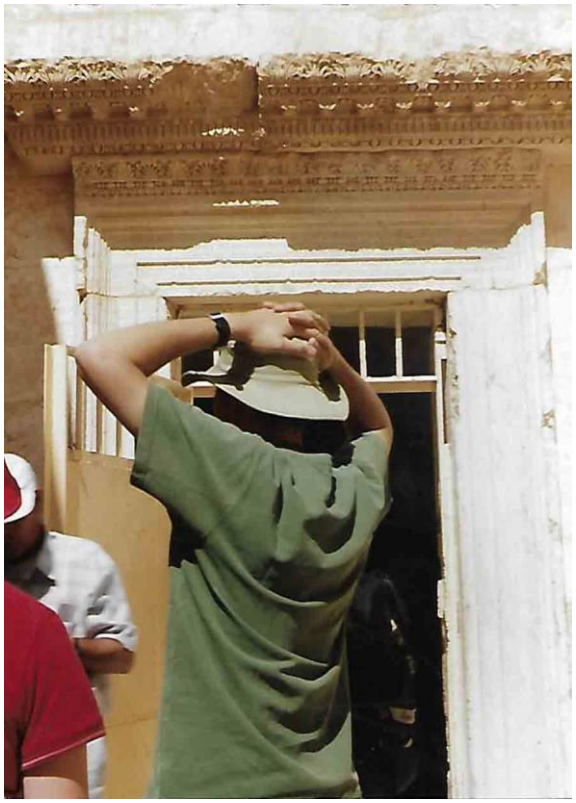


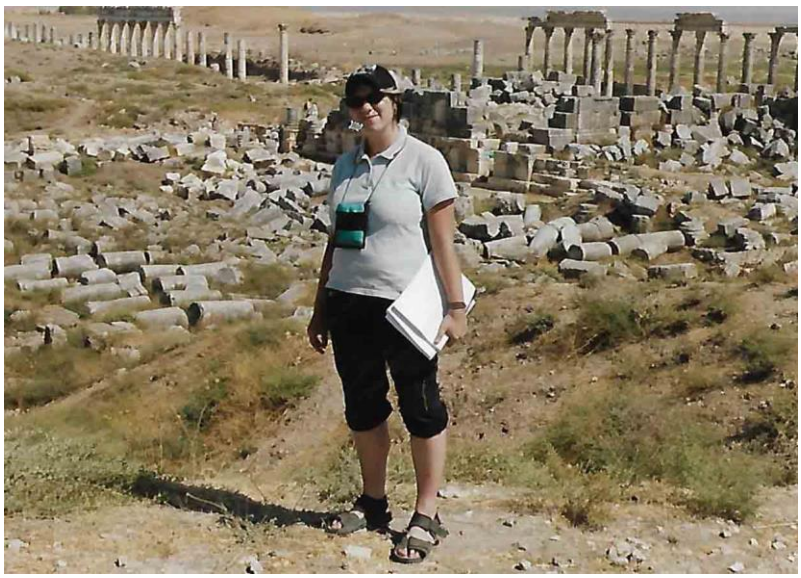
Ich hätte eigentlich noch Hausarbeiten für die Uni zu schreiben, meine Wohnung war zu tapezieren und zu malern, und außerdem war ich wegen meines Liebeskummers sowieso absolut unpässlich dem Leben in Syrien gegenüber zu treten. Naja, ich denke mir immer viel aus, warum ich dieses oder jenes nicht machen sollte, aber ich konnte von der Reise nicht mehr zurücktreten und alle Bedenken verschwanden, als ich Chrisie am Bahnhof stehen sah, und wir anfingen zu schnakzeln. Zum Glück kann ich mit ihr immer gut rumalbern, wodurch es nie langweilig wird.





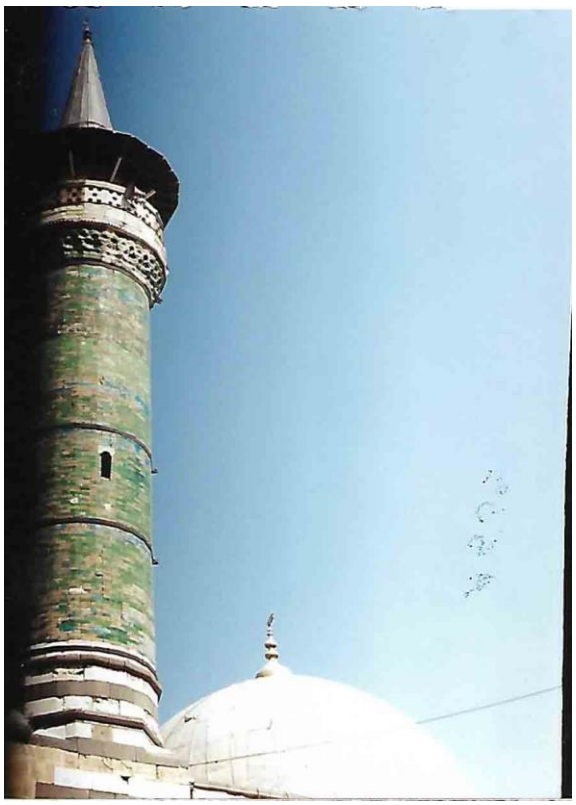
Der Zug war pünktlich, was bei IC aber nicht ungewöhnlich ist, damit fuhren wir gegen halb acht nach Frankfurt/ Main los. Im Zug haben wir dann viel über die Reise gesprochen, und was wir für Erwartungen haben. Ich war schon eher ungehalten, da ich die Informationen zu spärlich fand, und auch das wir nicht die Möglichkeit eines Fly and Ride-Tickets erhalten hatten. Wer weiß schon sofort und Monate vorher, wo er an einem bestimmten Tag im Jahr sein wird?





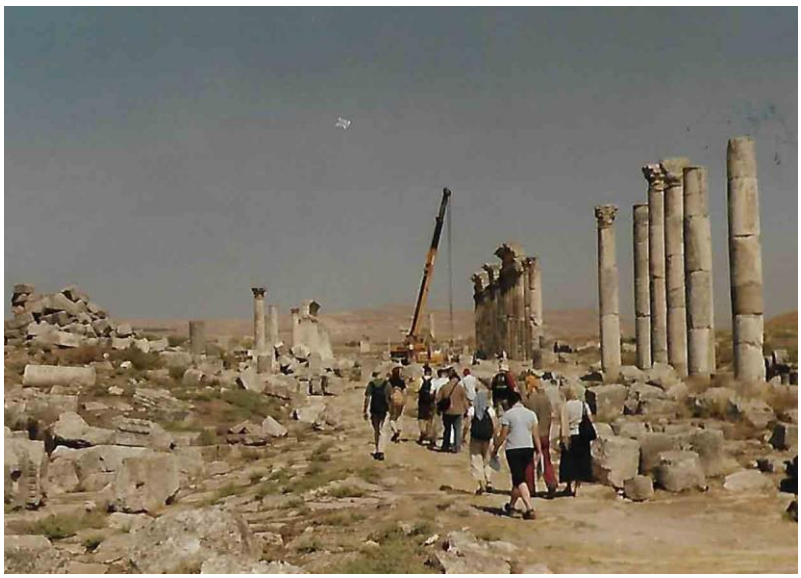
Im Zug habe ich mich noch mal ein kleines bisschen erschreckt, als der Schaffner fragte:“ Die Fahrscheine, bitte.“ Ich musste an die Zeit denken, als ich keine hatte. Ich konnte den Drang nicht ablegen, mental nach einer Ausrede zu suchen, praktisch suchte ich dann aber nach dem Ticket. Puhh, zwar ganz unten, aber da. Gegen zehn Uhr kamen wir in Frankfurt an. Am Bahnhof schlossen wir unser Gepäck ein und schauten uns Frankfurt im Gebiet um den Bahnhof an, was soviel bedeutete wie massenweise Sex-Boutiquen und –Kinos. Einige Straße weiter wurde die Aussicht besser. Wir tranken einen Cafe im Central Park, holten Geld und konnten eine Aktion von Christoph Schlingensief „Church of Fear“ auf dem Marktplatz bewundern. Kurz vor zwölf fuhren wir mit der S-Bahn zum Flughafen und trafen dort Herr Weber. Nach und nach trafen alle Leute in kleineren und größeren Gruppen ein, und pünktlich um dreizehn Uhr waren wir alle vollzählig mit einigen syrischen Familien am Checkpoint der Syrian Airlines versammelt. Und die Prozedur des Eincheckens begann: Ticket abgeben, wird was daraufgedruckt, und was dran geklebt, und noch was anderes dran geklebt, für das Gebäck. Bis zu 20 kg Gepäck kann ich aufgeben, und eine Tasche Handgepäck behalten. Mit dem Handgebäck gingen wir nach einer Stunde den üblichen Weg der Touristen in den Sicherheitsbereich und zum Gate. Dort warten und schnakzeln.





Es war schon sehr merkwürdig die ganzen Sicherheitsprotokolle über mich ergehen zu sehen. Aber immerhin ich habe einen deutschen Pass, keine Vorstrafen usw. usf. was soll passieren? Aufgefallen sind mir zwei Dinge: 1. die alte Syrerin, die nur mit einem Teil ihrer Familie Deutschland verließ, Tränen in den Augen, ihre alten blauen Tätowierungen auf beiden Handrücken und der Stirn, ihr türkisfarbener Burnus, das schmale, faltige Gesicht.





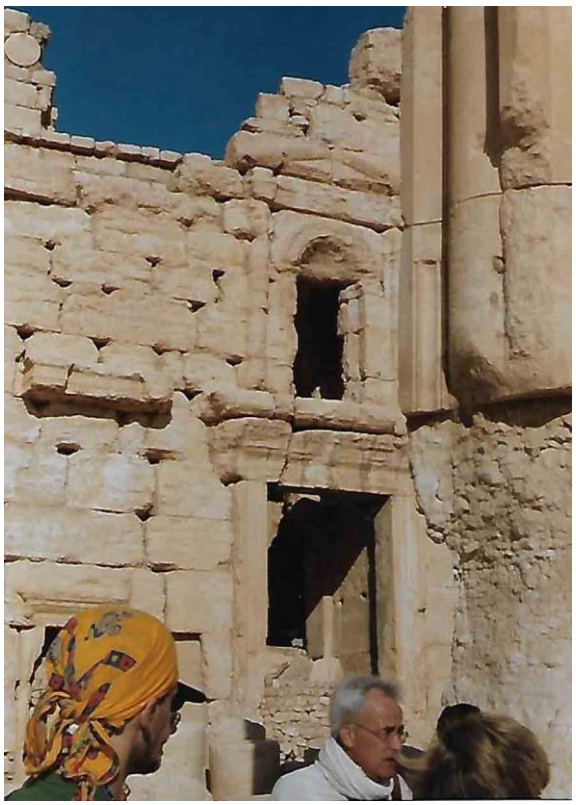
Sie war so tief, tief traurig über den Abschied. 2. die Fahndungsplakate des BGS: zwei Leichen und drei 11/9-Attentäter. Fremd an diesem Ort war die Fülle der Menschen. Obwohl das von der Sache widersprüchlich ist, den schließlich ist genau an diesem Ort etwas der artiges zu erwarten. Ich empfand die Fülle der Menschen nicht sonderlich unangenehm, denn es war eine erstaunlich ruhige Masse. Am Frankfurter Bahnhof war der Lautstärkepegel um einiges höher. Das Tempo schneller. Auch von der Atmosphäre wirkten die Leute gehetzter als am Flughafen. Jeder schien zur rechten Zeit zum einchecken bereit zu sein. Eile schien nicht nötig. Die Menschen scheinen diese Art der Fortbewegung immer noch als etwas Besonderes anzusehen, wozu sie sich wohl ausreichend Zeit nehmen. Es wird als normal angesehen, dass zwischen einchecken und dem Betreten des Flugzeuges fast zwei Stunden vergehen.





Besonders interessant ist die Vorstellung, dass sich am Flughafen Menschen aufhalten, die aus allen Teilen der Welt ankamen oder dorthin gingen, oder jemanden, der in einen anderen Teil der Welt wollte, begleiteten oder abholten. Leider war nicht zu erkennen, wer woher kam oder wohin wollte. Was ich aber sehr amüsant fand, waren die Reisebegleiter, die mit einem benamten Schild irgendwo standen und nach für sie unbekannten Personen Ausschau hielten. Dieses Bild entspricht genau dem Klischee, welches ich von Flughäfen habe. Obwohl ich noch nicht geflogen bin, ging es mir richtig gut dabei. Hinter mir saß ein kleines Mädchen, welches mich eine Zeitlang geärgert hat, aber ich war zu unsicher, was mit mir passieren wird, wenn ich fliege, dass ich sie lieber ignoriert habe, als zur deutsch-syrischen Völkerverständigung beizutragen. Ansonsten las ich viel Zeitung, und schöne Dinge gelesen. Über der Türkei hatten wir eine zeitlang ein paar Turbolenzen, aber dass ging noch. Mir wurde zwar schon flau im Magen, ich dachte mir aber einfach, bin ja wie im Zug, da ruckelt es schließlich hin und wieder auch mal.





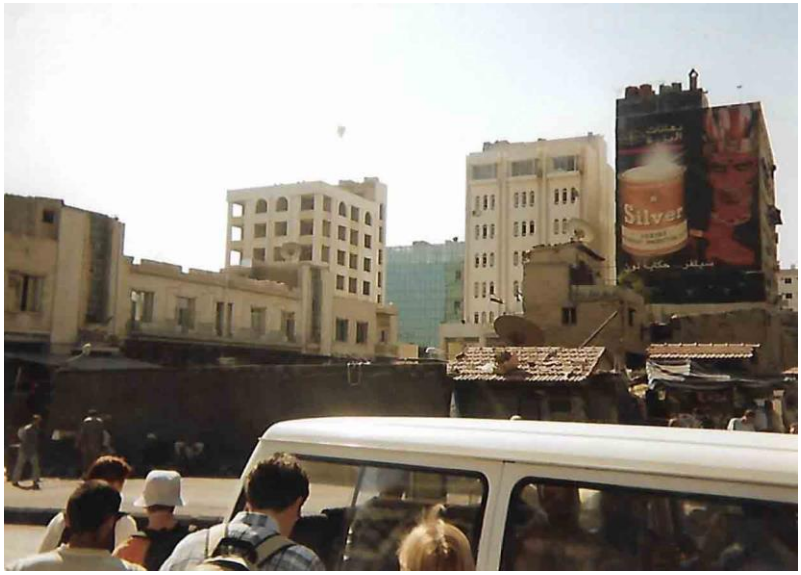
Der Flug verlief sehr entspannend, aber nach fünf Stunden wurde ich dann ungeduldig. Das Essen war schlecht. Die Brötchen erinnerten mich an MacDonalds. Meine Zeitung war gelesen. Sprechen wollte ich nicht. Schreiben auch nicht. Wir landeten zwischen in Aleppo, das brachte uns nur eine Stunde Aufenthalt, aber nichts Interessantes und meine Ungeduld stieg weiter. Ich wollte endlich aussteigen. Wenigstens konnte ich mir Syrien schon mal aus dem Fenster anschauen. Vom International Airport Aleppo war ich auf jeden Fall beeindruckt, ich hätte gedacht wir landen auf einem feldähnlichen Rollfeld, aber dieser Flughafen hielt internationalen Standards stand. Er kam mir sehr westlich vor. Viel Asphalt, viel Technik.



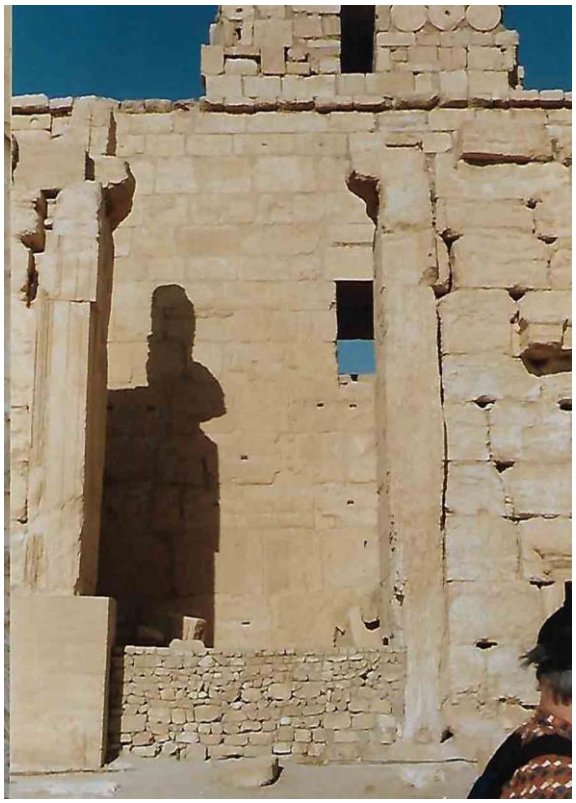


Nach einer Stunde flogen wir weiter. Das einzige was ich an dem Zwischenstopp akzeptable fand, außer das die Maschine leerer wurde, und einige heulende Kinder verschwanden, dass wir wieder aufstiegen. Das macht ein schön griebliges Gefühl im Magen, und ich bekomme davon einen Lachanfall. Ich könnte dann die ganze Zeit vor mich hinkichern. Der Flughafen in Damaskus sah dann schon nicht mehr so international aus. Irgendwie fand ich es auch merkwürdig, aus dem offiziellen Bereich herauszukommen, und auf einmal mitten unter Syrern zu sein, die auf Angehörige warteten. Natürlich ist das selbstverständlich, aber im ersten Moment kam ich mir vor als hätte jemand für uns ein Begrüßungskomitee bestellt. Zehn Tage später sollte ich mich in Deutschland aber genauso fühlen.





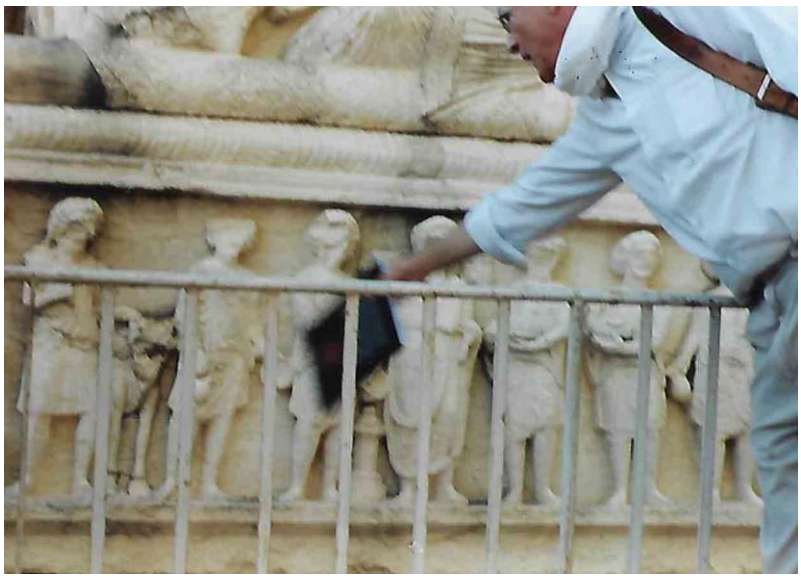
Vor dem Flughafen stiegen wir in einen Bus ein, der mich stark an das Gefährt aus meinem Ferienlager in Polen erinnerte. Ich glaube, dass es die gleiche Marke war. Ich war sehr neugierig und schaute ständig zu den Fenstern hinaus um etwas zu erkennen. Mir kam alles niedriger vor. Der Fahrstil der Syrer wurde uns hier auch zum ersten Mal nahegebracht. Die Luft war sehr trocken und warm. Heute würde ich sagen, ich fand das Klima als unangenehm. Mein erster Eindruck von Damaskus war Entsetzen, die Stadt wirkte unglaublich dunkel, und unheilvoll, und das nicht nur weil Nacht war. Über allem lag ein Grauschleier, der auch in der Nacht vorhanden war, aber ich habe ihn mehr erahnt, als wirklich gesehen. Die Häuser am Stadtrand verschreckten mich. Ich habe Armut gesehen. Je näher wir der Stadt kamen umso geruchsintensiver wurde der Gestank. Eine Art von Abgasen, die ich überhaupt nicht mit den angeblichen Wohlgerüchen des Orients verbinden konnte.



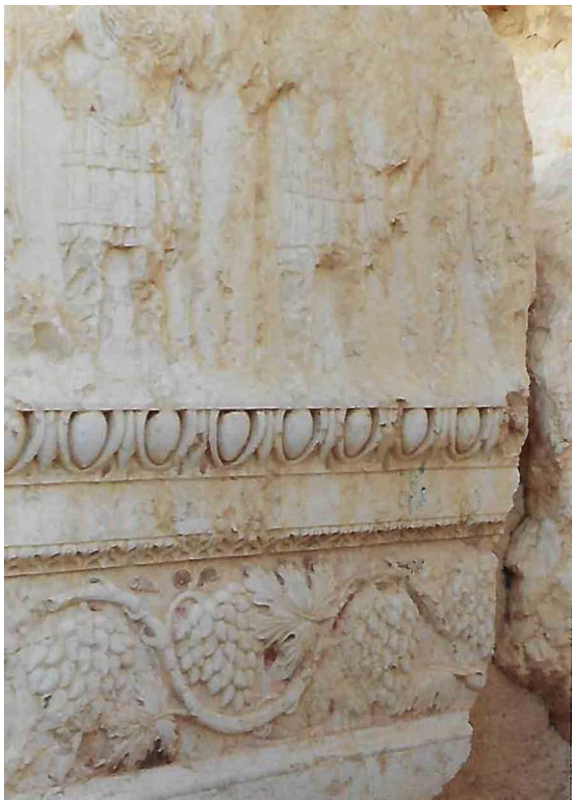


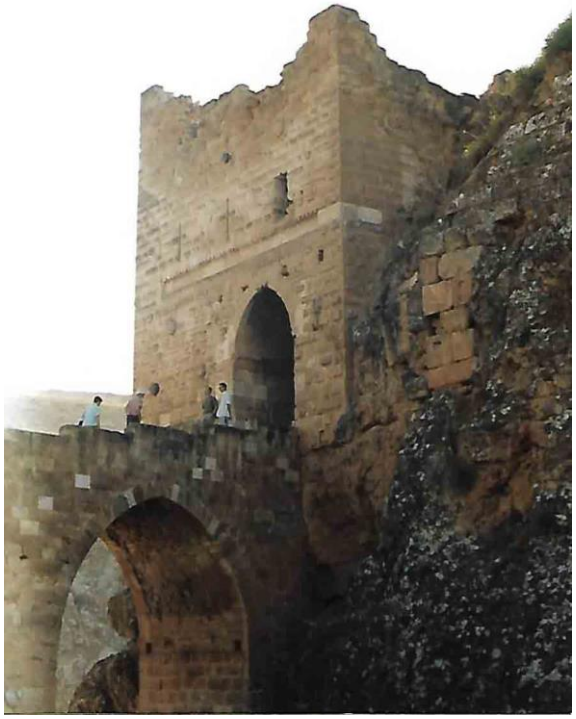
Nach diesem Geruch habe ich die ganze Zeit gesucht, aber ich habe mir sehr schnell, besonders in den Städten angewöhnt durch den Mund zu atmen. Gleichzeitig wirkt die Stadt sehr heruntergekommen, als könnte oder wollte niemand die Wohnhausruinen beseitigen. Daneben standen aber oft Neubauten. Die Klimaanlagen an den Häuserwänden, für jede Wohnung eine, sahen, durch ihre nachträgliche Befestigung, wie Techno-Lianen-Gewächse aus. In der Betonwüste ein Technikdschungel.





Unsere Hotels befanden sich für meinen Geschmack in einer entsetzlichen Gegend. Obwohl in der Altstadt gelegen, von der ich mehr orientalische Romantik erwartet habe, wirkte alles so vernachlässigt. Es war nicht unüblich, dass sich im unteren Teil eines verfallenen Hauses, ein Geschäft befand, während sich das obere Stockwerk im totalen Auflösungszustand befand. In den kleinen Gassen, durch die wir mit einem Höllentempo fuhren, waren kreuz und quer Elektrokabel und Strippen gezogen, um in den kleinen Einmann-Geschäftchen eine Funzel, den Fernseher und die Klimaanlage zu versorgen.



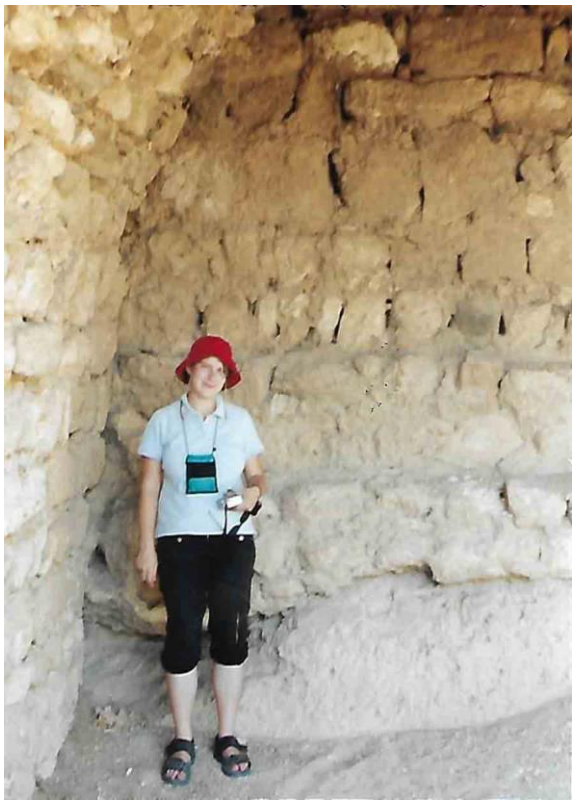


In den Hotels trafen wir dann die fünf Menschen, die im Goetheinstitut in Damaskus den Arabisch-Sprachkurs mitgemacht haben, und bereits vier Wochen länger dort waren. Sie waren wirklich glücklich uns zu sehen, und mussten auch gleich erzählen wie es war. Währenddessen wurden die Zimmer verteilt. Und ich war sehr gespannt wie unseres aussehen wird, wie erwartet trostlos. Zwei Stahlbetten, mit sauberen Matratzen und Überwurf, ein Schrank, Stil späte 70er, ein Stuhl, eine Nachtschränkchen, sowie ein Plaste-Mülleimer.





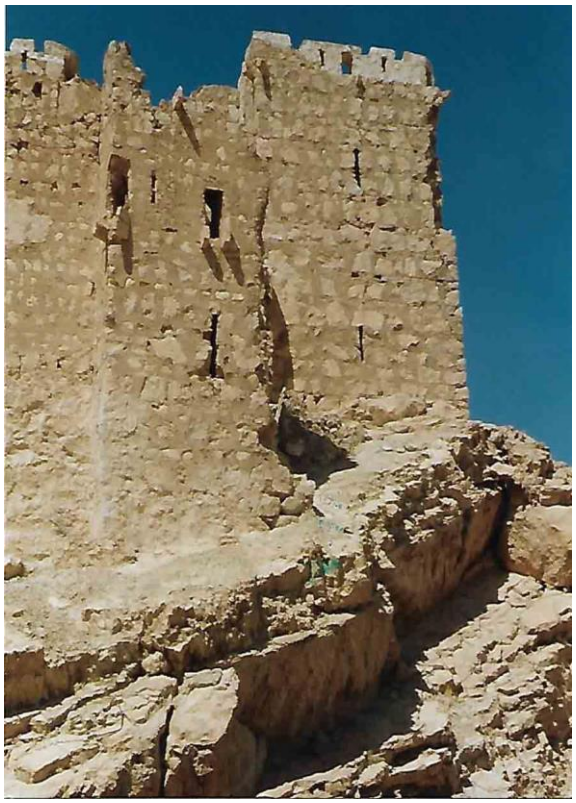
Zum Zähneputzen und Händewaschen gab es ein Waschbecken für alle auf jeder Etage, sowie ein Klo in einem Verschlag, entweder unter der Treppe oder nebenan. Wir hatten richtig Glück, Zimmer zu beziehen, in diesen Hotels, die für Backpacker ausgerichtet sind, ist es auch üblich Matratzen zu vermieten, die auf dem Flur liegen. Du musstest dann über die vor deiner Zimmertür schlafende Person drüber steigen, um in dein Zimmer zu gelangen. Das Gefühl belagert zu werden, stellt sich schnell ein. Im Zimmer konnte ich aufgrund des Gefühls





Sonntag, der 21.09.2004

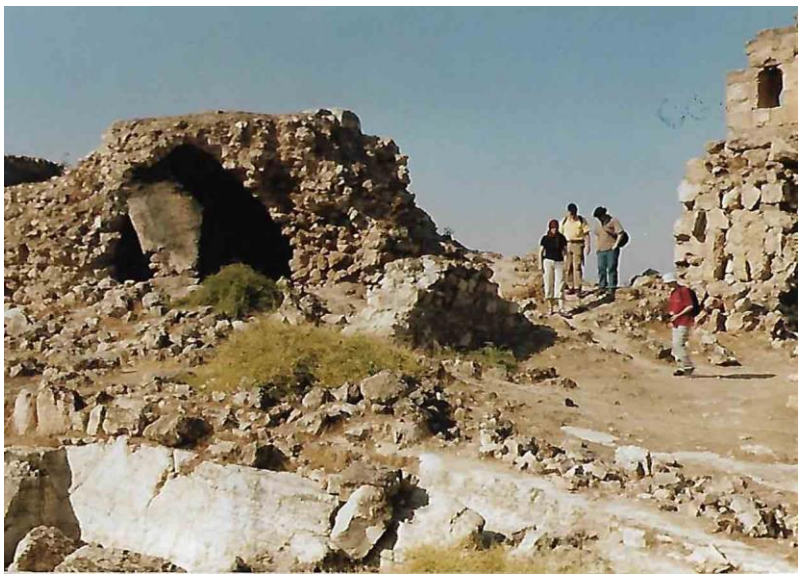
Aufgestanden wurde sehr früh. Leider verpasste ich das Frühstück, beziehungsweise erhielt nur noch die Ecke eines Brotes. Wir gingen sehr schnell los, um unseren Stadtrundgang zu schaffen. Ich freute mich kein bisschen darauf, meinen ersten nächtlichen Eindruck durch mehr Licht wiederholt zu sehen. Es kam, wie es kommen musste, bzw von mir erwartet, es wurde furchtbar. Der Stadtrundgang war eine Rennerei von einem Punkt zum nächsten, dabei wurden zeitweise Teilnehmer aus der Gruppe verloren. Der Stadtrundgang durch Damaskus gestaltete sich in einem Höllentempo, wo bei an den einzelnen Punkten erste Vorträge von den TeilnehmerInnen gehalten wurden. Wir hielten an der Stadtmauer und dem Saladin-Denkmal. Wir gingen durch den Hamidiye-Bazar, zum ehemaligen Jupitertempel und der heutigen Großen Moschee, die Umayyadenmoschee von Damaskus.





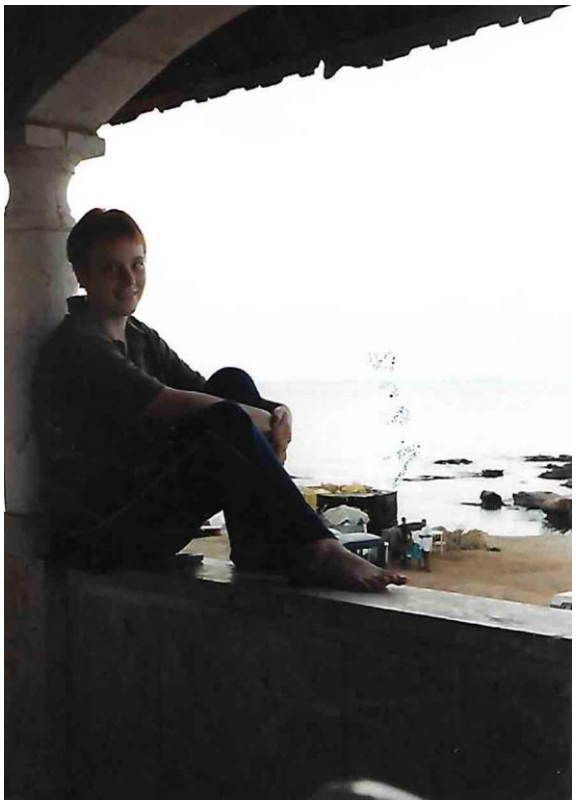
Hier wurden einige Teilnehmer der Gruppe von und mit Touristen aus dem Iran fotografiert. Diese freuten sich unglaublich Deutsche kennenzulernen. Im Hof der Moschee wurde wieder ein Vortrag gehalten, und wir gingen mit Kapuzenumhängen und ohne Schuhe durch die zwei Heiligtümer. Danach hielten wir Mittag in einem Cafe, und ich trank meinen ersten arabischen Cafe. Igitt, nie wieder so ein Zeug. Das ist nicht mal mehr Mokka, so lange wird der Cafe gekocht. Er schmeckt furchtbar bitter, an Aroma ist bei diesem Geschmack nicht mal zu denken, und mit Zucker wird er zwar trinkbarer, der Geschmack aber nicht besser. Am frühen Abend haben wir uns dann das Bab Sharqi und das Viertel Bab Tuma angesehen. Irgendwo aßen wir dann zu Abend, und sind auf den Qasiyun Berg gefahren, der als Aussichtspunkt über Damaskus gilt. Ich bin oben fast eingeschlafen, während alle anderen die fantastische Aussicht mit Sonnenuntergang beobachteten. Meine Kräfte gingen mit dem Tag auch eindeutig zu ende. Schließlich sind wir in unsere Hotels zurückgefahren.

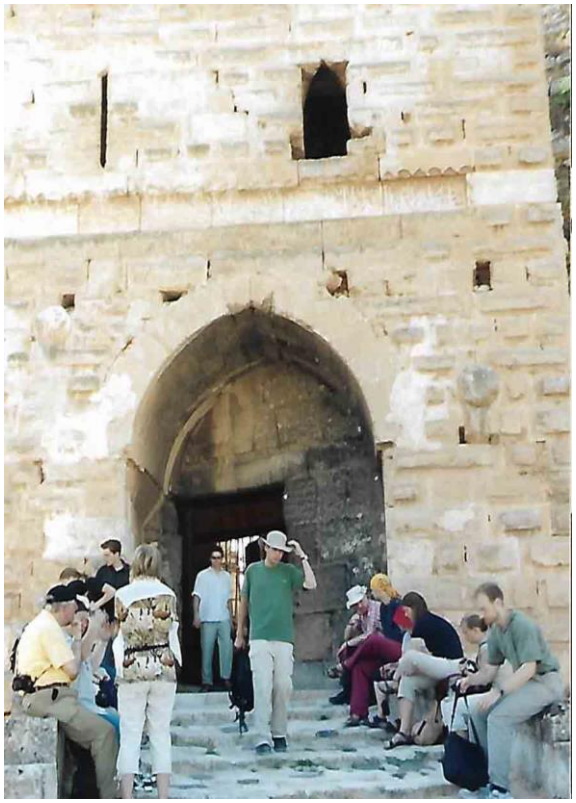




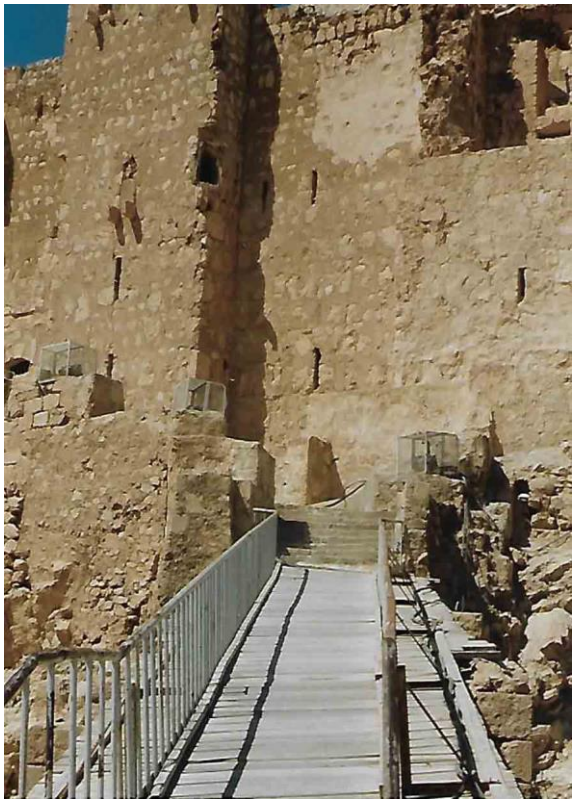
Montag, der 22.09.2004

An diesem Tag sind wir um 8.00 Uhr aufgestanden. Ich hatte gut geschlafen und wir frühstückten diesmal ausgiebiger und entspannter, mit Aprikosen-Marmelade, Oliven, Streichkäse, Fladenbrot und Instant-Nescafe. Welch eklige Brühe! Wir fuhren sehr pünktlich mit dem Auto neun Uhr nach Bosra los. Nach etwas mehr als einer Stunde hielten wir an einem Aussichtspunkt auf einem Basalt-Kegel mit einem Heiligtum (maqam) für Drusen und Christen, zu dem besonders Frauen kommen, um für/gegen Probleme zu beten. Als wir dort waren, war jedoch niemand, außer dem Vorsteher anwesend. Innen ist der einzige Raum mit Teppichen und Bildern von Mekka, Tieren, Pflanzen, dem alltäglichen Leben ausgestattet.





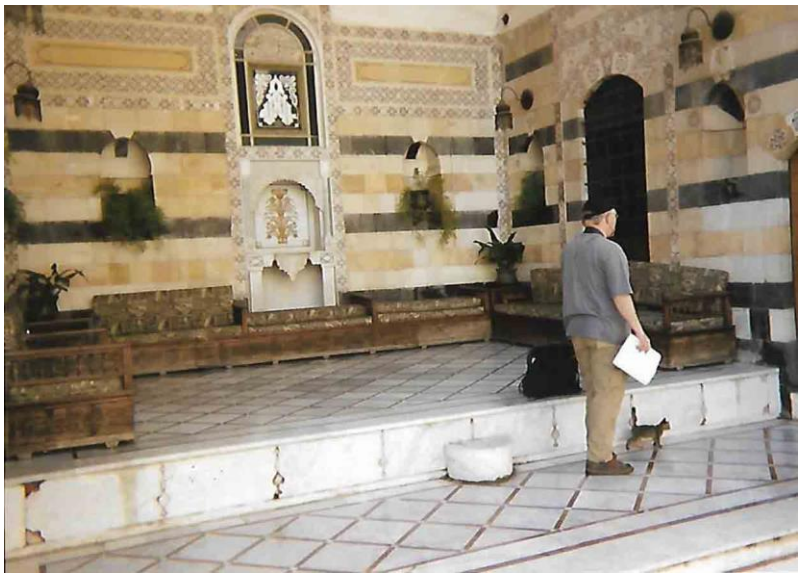
Stefan Winter befragte den Vorsteher, erehrt werden zwei vorislamischer Scheichs, große religiöse Gestalten, ihr symbolisches Grab war an der einen Seite es Raumes aufgestellt, ein bauch hoher rechteckiger Kasten mit einem grünen Tuch verhangen, Volksreligion, St-Georg-Bild war auch vorhanden, fünfzackige Stern ist drusig: sehr esoterisch, mit fünf Farben grün, rot, weiß, gelb, lila oder blau, stellen verschiedene Inkarnationsstufen dar.



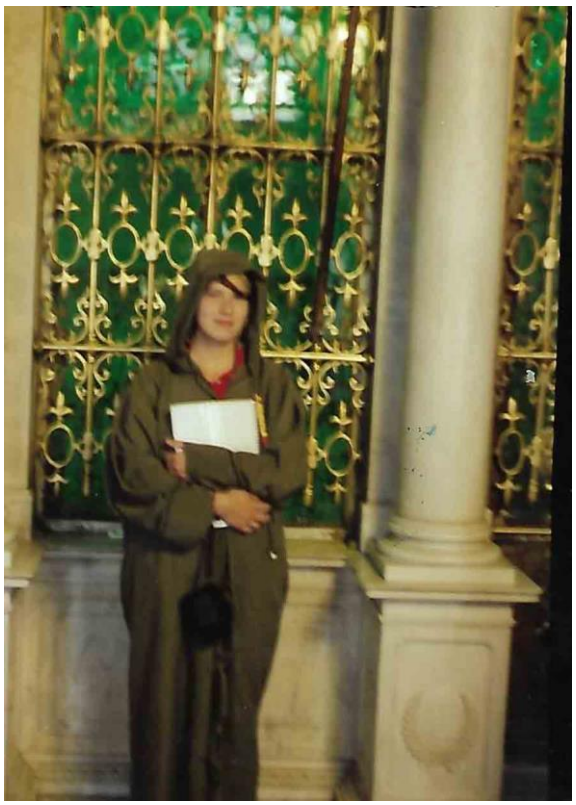


10.45 Weiterfahrt
Landschaft: vulkanisch, Steinbruch in der Nähe, bedenklich nah am Rand des Basaltkegels, große schwarze Löcher in der Umgebung, gelbe Felder mit Bäumenhainen als Felder. Sehr geometrisch angeordnet.

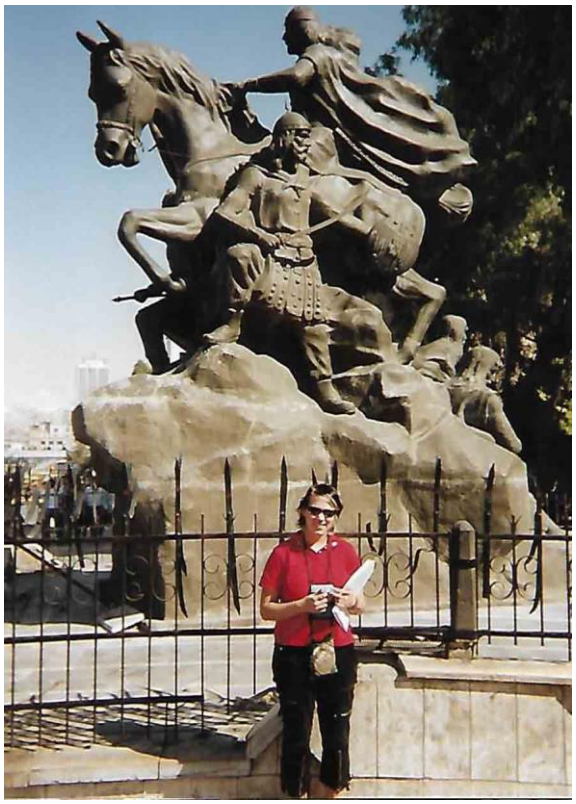
Beitrag zu Drusen: Schäbler, Birgit, Aufstände im Drusenbergland – Ethnizität und Integration einer ländlichen Gesellschaft Syriens, in: Nahost und Nordafrika, Nr. 3. ISBN – 3623004022.



Gegen elf Uhr waren wir in Shahba, dort hielt Herr Weber einen Vortrag über den römischen Senator Philipus Arabus und der religiösen Praxis in den römischen Provinzen, dessen Geburtsstadt dieses Dorf war. Der Senator hat die Stadt ausgebaut, sie gilt deshalb als griechisch-römische Stadt. Es wurden auch schwarze Basaltsteine verwendet. Das erste Gebäude, eine Art Tempel, erfuhr eine Verwendung zwischen profan und religiös. Verehrt (divided) wurde die Familie/Vater des Philipus.



Das „. Gebäude ist ein Amphie-Theater, das 3. Gebäude die Exedra. Das vierte Gebäude, zu dem wir fuhren, es lag wenige Meter von den anderen weg, war eine Therme bzw. ein Bad. Das Äquadukt war sehr groß, sehr überdimensioniert gebaut worden. Es war an Größe und Ausstattung nicht gespart worden, Marmor und Alabaster gehörten wahrscheinlich zur Inneneinrichtung. Was an den Löchern in der Wand zu erkennen ist.





12.30 Uhr waren wir in Qanatwat und hörten einen Vortrag von Dr. Freiberger, zu einem Römertempel, der früher ein Baalheiligtum war und sahen uns eine Wasserzisterne an, an der auch Nymphen verehrt wurden. Das Forschungsprojekt findet unter Kooperation des deutsch-archäologischen Instituts Damaskus, Rom, Köln und der TU München statt. 14.30 aßen wir Mittag in Sawayda, nach einer Stunde fuhren wir Richtung Bosra. Nach kurzer Zeit hielten wir am Kulturamt der Region dem „djerbel al-arab“ an.
Ab 22.30 schlafen
Fahrt nach Bosra, zurück nach Damaskus

Dienstag, der 23.09.2004

Duschen+ frühstück+packen, Fahrt nach Palmyra, war sehr froh Damaskus zu verlassen, Halt in Maloula Convent of Saint Tekla, starkes allgemeines religiöses Erwachen in allen Religionen, Sunniten sehr stark damit angefangen vor etwa 6 bis 7 Jahren durch Finanzen aus Golfstaaten, Renovierung vieler Moscheen, die anderen Religionsgemeinschaften ziehen nach, übernahem sozialer Funktionen, Drusen jetzt auch Bilder ihrer religiösen Führer (Sheikh’s), Convent of Saint Tekla renoviert, Moscheen bzw. Minarette werden grün angeleuchtet, Kirchen jetzt auch blau, christliche Taxis auch blau, die anderen gelb, es ist hier wie in Frankreich in Lourt. Chrisie durfte sich mit dem Sickerwasser (Heiligenwasser) nicht segnen, weil sie gepierct ist, Nase 2x, Lippe 2x steht unter Tafel, „.... without judging others.“, ist eine griechisch-katholische Kirche, beten auf aramäisch, hier ist die älteste Altarplatte der Welt. Es gab eine Weinprobe im Souvenirladen.

in Palmyra

Mittwoch, der 24.09.2004
Von Palmyra nach Hama

Donnerstag, der 25.09.2004
Von Hama nach Latakia

Freitag, der 26.09.2004
Von Latakia nach Aleppo

Samstag, der 27.09. 2004
Aleppo

Sonntag, der 28.09.2004
Aleppo

Montag, der 29.09.2004
Aleppo, Sankt Simeon-Kloster

Dienstag, der 30.09.2004
Rückflug

Resümee
Fremd hat sich nichts angefühlt. Irgendwie ist die Fremde nicht fremd gewesen, nur ungewohnt. Anders habe ich mich gefühlt, aber damit hatte ich auch gerechnet. Ich hatte es auch beabsichtigt. Im fremden findet mensch sich, sucht er doch nach etwas bekanntem. Tatsächlich wäre ich lieber in der ferne gewesen als in der fremde. Aber ich kann definitiv sagen, ich habe mich in Syrien auch nicht fern gefühlt. Die Unselbstständigkeit war anders. Die Permanenz einer anderen Person in meiner Gegenwart war anders. Ständig Teil einer Gruppe zu sein, war anders. Mein Wohlbefinden war anders. Die Gesprächsinhalte waren andere. Ich glaube, ich habe mich noch nie soviel und intensiv über Verdauung, Stuhlgang und meine Befindlichkeit mit verschiedenen Leuten anstatt meines Arztes, oder sehr nahe stehenden Privatpersonen unterhalten. Es schien auch ungleich notwendiger zu sein, den Krankenstand der Gruppe im Auge zu behalten. Die komplette Reise war vom Zustand einer einzelnen Person abhängig.

Franca
Schneider

Beduinen in Syrien

Beduinen in Syrien

Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass die Grenzen des heutigen Syrien mit dem Lineal am grünen Tisch gezogen wurden. Das historische "Großsyrien" umfasst das Gebiet zwischen dem Taurusgebirge im Norden, dem Mittelmeer und der Sinai-Halbinsel im Süden. Im Osten fehlte jede natürliche Begrenzung. Hier leben und lebten die Beduinen, die mit ihren Herden den Raum des heutigen Jordanien und Irak durchquerten und bis nach Saudi-Arabien wanderten.

Die Beduinen gelten als die Nachfahren der Einwanderer von der arabischen Halbinsel, mit denen die arabische Sprache, Kultur und Religion bei den Alteingesessenen verbreitet wurde. Die Lebensweise und Werte der islamischen Eroberer wird heute von den etwa 200.000 Beduinen repräsentiert. Sie haben den arabischen Gesellschaften ihren Stempel aufgedrückt, und stellen in einer Zeit von Nationalstaaten, städtischer Kultur und technologischer Entwicklung eine Art Gegenwelt dar.[1] Das Wort Beduine ist arabisch und bedeutet in etwa "Wüstenbewohner", und von dem arabischen Wort "badija" abgeleitet, was Wüste, Steppe bedeutet. Sie selbst nennen sich nach ihrer Herkunft aus Arabien "arab".

Bis zum Beginn des 20. Jh. waren die Beduinen Vollnomaden. Sie waren mit ihren Kamel-, Ziegen- und Schafherden im Stammesverband mit mobilen Behausungen, den Beduinenzelten auf steter Wanderschaft. Das normale Beduinenzelt war schwarz, sein Dach aus Schafwolle oder Kamelhaar gefertigt. Es bot eine Wohnfläche von ca. 110 Quadratmetern. Die Einteilung in ein Gemach für die Männer (mag`ad), in dem auch die Gäste empfangen wurden, und in ein Gemach für die Frauen (maharama), erfolgte durch einen gewobenen Vorhang (ma`nad).

Vollnomaden gibt es heute nur noch wenige (die Bejas). Der Trend geht zum Seminomadentum bis hin zur Sesshaftwerdung. An Plätze, zu denen man regelmäßig zurückkehrt, werden häufig Lehm- oder Bretterhütten errichtet. Im Winter und Frühjahr verlassen viele Beduinen ihre Häuser und wandern mit ihren Tieren in die Wüste zu den Weidegründen, die ihnen der Scheich zugeteilt hat. Nach Ende der Vegetationsperiode kehren sie wieder zurück.

Das Stammessystem:

Auch heute noch sind die Beduinen in einem Stammessystem organisiert. Mehrere voneinander unabhängiger Sippen schließen sich zu Unterstämmen zusammen und diese wiederum zu Stämmen. Das Oberhaupt ist der Scheich, zu seinen Aufgaben gehören: Die Sicherung des Friedens und der Ordnung innerhalb eines Stammes, gute Beziehungen zu den Nachbarstämmen zu pflegen, die Bestimmung der Termine für die Weidesuche und der Wanderzyklen, sowie die Vermittlung zwischen Stamm und Regierungsrepräsentanten. Der Titel des Scheichs ist erblich. Er hat jedoch keine Befehlsgewalt über den Stamm. Der Scheich ist ein sog. "primus-inter-pares", was bedeutet, dass er ohne Rücksprache mit dem "Rat der Alten" bestehend aus den angesehensten Stammesmitgliedern, keine Entscheidung treffen kann. Neben dem Scheich besitzt jeder Stamm einen Kriegshäuptling (Akid), der im Falle eines Krieges die Führung des Stammes übernimmt. Die Rechtssprechung obliegt auch heute noch dem Kadi (Richter).[2] Stämme in Syrien waren um die Jahrhundertwende die Aneze, Henadi, Hadidin, Mawali, Beni Chaled, Fewa'era, Nu'em, Amur, Arab el Ledjah, Arab el Djebel, Arab el Safah, Fadl (Syrische Tai), Sardije, außerdem gab es seßhafte Stämme bei Aleppo, die kleinere Wanderstämme von Aleppo, kleinere Stämme von Hamah, kleinere Stämme von Damaskus und kleinere Stämme im Djolan.[3]

---

[1] http://www.muz-online.de/middleeast/syrien.html, 14.08.03, 20:55

[2] http://www.uni-stuttgart.de/bio/zoologie/sinai01/beduinen/beduinendata.html,

[3] von Oppenheimer

Die Gastfreundschaft nimmt bei den Beduinen auch heute noch höchsten Stellenwert ein. Ein Gast der Beduinen steht gleichzeitig unter deren Schutz. Dieses Schutzrecht gilt bis zu dem Zeitpunkt, bis der Gast den Beduinenstamm verlässt. Ist man zu Gast bei den Beduinen sollte darauf geachtet werden, dass man sich nicht einfach einem Beduinenzelt nähert (schon gar nicht von hinten), sondern sich von der Ferne aus bemerkbar macht. Erst, wenn man ausdrücklich durch Gesten oder Rufe eingeladen wird, tritt man näher.

Die Stellung der Frau:

Mann und Frau arbeiten zusammen, um das harte Leben in der Wüste zu meistern. Die Frau ist für den Mann als "Arbeitskraft" unentbehrlich. Sie versorgt die Kinder, kümmert sich um das Kleinvieh und das Zelt bzw. Haus, fertigt Decken, Satteltaschen, Zelttücher und Kleidungsstücke und ist zudem mit der Beschaffung von Brennholz und Wasser beauftragt. Polygamie ist bei den Beduinen eine Ausnahme. Nur die Frau trägt schwarze Tücher, damit sie inmitten der Wüste von weitem für Fremde als Frau zu erkennen ist, von der sich fremde Männer fernzuhalten haben.

Beduinenfrauen sind sehr zurückhaltend und bedecken sofort ihr Gesicht, wenn man sich ihnen nähert. Sie sollten auf keinen Fall ohne Erlaubnis fotografiert werden, da dies einer Entjungferung gleichkäme. Ihre Rolle ist trotzdem ambivalent. Zum einen wird sie verehrt und hat in einigen Dingen Mitspracherecht z.B. was die Eheschließung der Kinder betrifft. Zum andern ist die Beduinenfrau rechtlich diskriminiert. Die Frau kann sich von ihrem Mann nicht scheiden lassen, der umgekehrte Fall ist jedoch erlaubt. Ihre einzige Chance ist die Einwilligung des Mannes in die Scheidung unter Rückzahlung des Brautpreises. Bei Ehebruch wird die Frau der Feuerprobe unterworfen, wenn sie diesen leugnet und kann daraufhin von ihrem Mann verstoßen werden, für Männer gilt dies nicht. Bei Tod des Ehepartners hat der Mann das Recht erneut zu heiraten, die Frau nicht, da sie sich dem Leben der Kinder zu widmen hat.

Kleidung:

Die traditionelle Kleidung junger Frauen und Mädchen ist ein hemdartiges Kleid, der "mig wal". Frauen tragen den "dir". Auch wenn die Beduinenfrau keinen Schleier trägt, so hat sie meist irgendwelche Tücher um Hals und Kopf geschlungen, zum einen als Schutz vor Sandstürmen und Wind und zum andern als Accessoire. Großen Wert wird auf Schmuck gelegt. Männer tragen den Kapuzenmantel (Burnus). Darunter tragen sie ein Untergewand. Hosen gehören nicht zur traditionellen Kleidung, auch Schuhe sind nicht üblich. In jüngster Zeit werden jedoch einfache Sandalen getragen. Früher dienten Turbane zum Schutz vor der Sonne. Inzwischen ist die "kufiyya" an dessen Stelle getreten - ein Tuch, das durch einen schwarzen Strick an der Stirn festgehalten wird.

Ernährung:

Traditionell ernährten sich die Beduinen sehr genügsam von Brotfladen, das sog. Aschenbrot (malil): ein dünnes fladenartiges Gebilde aus Datteln, Butter und Milch zubereitet und in Asche gebacken, Datteln, Ziegen- und Kamelmilch. Nur bei Festlichkeiten oder wenn einen Gast empfangen wird, werden Herdentiere geschlachtet. Gegessen wird mit den Händen und zwar mit der Rechten, da die Linke als unrein gilt. Heute werden Bohnen, Reis, reichlich Gemüse und Fisch gegessen. Alkohol wird von den Beduinen nur selten getrunken, z.B. Dattelwein in palmenreichen Gebieten. Sehr beliebt sind Kaffee und Tee. Bei der Zubereitung des Beduinentees wird das Teepulver (Schwarztee aus Ceylon oder Indien) mit einer Handvoll braunweißem Zucker in Wasser aufgekocht. Die Teekanne steht dabei direkt in der Flamme oder in der Glut, so erhält der Beduinentee seinen rauchigen Geschmack.

Als Gast bekommt man vor dem Essen zunächst Tee oder Kaffee gereicht. Der Kaffee hat eine große Bedeutung für die Beduinenkultur und wird als heilige Sache betrachtet. Anbieten und Annahme einer Tasse Kaffee bedeutet den Beginn von Friedensverhandlungen und Handel. Die jüngere Generation bietet dagegen heute dem Gast gezuckerten Kaffee oder kalte Getränke statt des bitteren arabischen Kaffees an.

Beim gemeinsamen Mahl wird schließlich aus einer gemeinsamen Schüssel oder von einem großen Teller gegessen, wobei sich der Gast zuerst bedienen darf. Ist Fleisch vorhanden, ist das größte Stück für den Gast. Zu beachten ist, dass die Bemerkung, man sei satt, von den Beduinen als Höflichkeitsfloskel abgetan und ignoriert wird. Deshalb langsam essen, denn ist der Teller leer, wird er aufgefüllt und zwar mit den Worten "kulli, kulli" ("iss, iss"). Nach dem Essen folgt wieder eine Teerunde. Zu beachten ist, dass bei dieser Teerunde nach dem Essen nach der dritten Tasse Tee weitere Getränke freundlich abzulehnen sind, um die Gastfreundschaft nicht übermäßig zu strapazieren.

Das Kamel:

Das Kamel machte die Fortbewegung in der Wüste überhaupt erst möglich, da es optimal an diese angepasst ist. Im 20. Jh. wurde das Kamel zum Teil durch Jeeps und "Pickups" ersetzt. Es ist aber immer noch treuester Begleiter der Beduinen. Es ist nicht nur wichtigstes Fortbewegungs- und Transportmittel, sondern auch Woll-, Leder- und Nahrungslieferant, es dient als Tauschobjekt und Münze.

Die Liebe des Beduinen zu seinem Kamel drückt sich bereits in der Bezeichnung aus. Das Kamel, arabisch gamal, stammt aus der gleichen Wurzel wie der Begriff Schönheit (schön = gamil). Zudem geht die Poesie der Beduinen auf das Kamel zurück: Aus dem wiegenden Gang der Tiere entwickelte sich das klassische Versmaß der arabischen Dichtung. Aus dem Gesang, mit dem die Beduinen ihre Herden antrieben, entstand die arabische Musik.[4]

Literaturverzeichnis

Elisabeth Biasio, Beduinen im Negev, Vom Zelt ins Haus, Zürich 1998.

Max Freiherr von Oppenheim, Die Beduinen, Bd I, Die Beduinenstämme in Mesopotamien und Syrien. Otto Harrassowitz Verlag, Leipzig 1939.

http://www.uni-stuttgart.de/bio/zoologie/sinai01/beduinen/beduinendata.html,

http://www.muz-online.de/middleeast/syrien.html

[4] http://www.uni-stuttgart.de/bio/zoologie/sinai01/beduinen/beduinendata.html, 14.08.03, 20:50

Franca
Schneider

Der Bi-Maristan Arghun Al-Kamili in Aleppo

Der Bi-Maristan Arghun Al-Kamili in Aleppo

Die Bimaristan gehören zu den bedeutenden Werken der arabischen-islamischen Architektur. Das Wort Bimaristan bedeutet so viel wie „Krankenhaus“, es stammt aus dem Persischen (bimar = nicht krank + stan= Haus) und wurde später zu „Maristan“ abgekürzt. Maristane waren Krankenhäuser und medizinische Schulen zugleich. Sie dienten auch der medizinischen Aufklärung. Jede große Stadt hat mindestens ein solches Krankenhaus, das vom Kalifen oder Statthalter unterhalten wurde. Die Maristane ähnelten sich in der Architektur sowie in der Verwaltung und Spezialisierung ihrer Abteilungen, die für die verschiedensten Zweige der Medizin, so etwa der Innere Medizin, Chirurgie, Augenheilkunde und Neurologie, zuständig waren. Jede Abteilungen hatte einen „Chefarzt“, eine Apotheke, eine Bibliothek, ein gemeinschaftliches Bad und einen Hörsaal. In diesem Sinne sind Bimaristane mit den heutigen Universitätskliniken vergleichbar.

Zu den Aufgaben der Krankenhäuser zählten nicht nur die stationäre Behandlung der Patienten, sondern auch Hausbesuche und die häusliche Krankenpflege, dabei wurden die Patienten mit großer Sorgfalt untersucht und die Befunde in Karteien chronologisch dokumentiert. Zur Entspannung der Patienten und zur Linderung ihrer Schmerzen wurde in den Maristanen Musik gespielt und Märchenerzähler und Sänger engagiert. Außerdem sang der Muezzin seine Gebetsrufe von spät in der Nacht bis zur Morgenröte, um die schlaflosen Nächte der von Schmerzen geplagten Kranken zu mildern. Nach erfolgter Heilung bekamen die entlassenen Patienten eine Beihilfe in Form von Kleidung und Geld, damit sie in der Genesungszeit nicht zum Arbeiten gezwungen waren.[5]

Das Wort "Maristan" stellt nicht nur eine Abkürzung dar, sondern damit werden auch heute noch die psychiatrischen Anstalten bezeichnet. Die Behandlung seelischer Störungen hat eine lange Tradition in der arabischen Medizin. Sie reicht zurück bis in die Zeit der animistischen Medizin frühzeitlicher Schamanen und der Priesterärzte in den Hochkulturen Ägyptens, Mesopotamiens und Chinas. Islamische Religion, persische Überlieferung, griechisch-römisch-byzantinisches Wissen und jüdische Tradition bildeten die Grundlagen der arabischen Heilkunde. Sie war vorbildhaft humanitär geprägt: Die Gewährung von Hilfe und Beistand gegenüber Kranken war ein gutes Werk, das zur eigenen Erlösung beitrug; Mitleid galt als besondere Tugend. Schon um 981 n. Chr. wurde im Allgemeinkrankenhaus von Bagdad eine Abteilung für Gemüts- und Nervenkrankheiten eingerichtet. Psychiatrische Behandlungs- und Pflegeabteilungen gab es offenbar seit 1160 in Damaskus, 1270 in Aleppo und 1283 in Kaldun. Mohammed, der offenbar selbst an Anfällen mit aura-ähnlichen Begleiterscheinungen litt, gab die Anweisung, die Geistesgestörten - im Koran als „Gottesgesandte" bezeichnet - freundlich aufzunehmen, zu pflegen und geduldig mit ihnen umzugehen. [6]

Seine enge Beziehung zum Herrscher verschaffte ihm trotz seiner Jugend hohe Armeeposten. Mit 27 war er bereits Gouverneur von Damaskus und wurde Gouverneur von Aleppo. Mit dem Bau des Bimaristan begann er 1354, nach dem die Stadt eine größere Seuche überstanden hatte. Der Bau wurde als offizieller Beitrag zur Gesundung der Stadt angesehen. Vor Vollendung seines Baus kehrte Arghun nach Kairo zurück, denn Sultan Hasan hatte ihn verstoßen. Er hatte sich bei einem Putschversuch des Bruders des Sultans neutral verhalten. Er wurde ins Gefängnis von Alexandria gesperrt, aufgrund seiner Krankheit aber entlassen, und nach Jerusalem geschickt, wo er auch starb.

Auf dem Grundstück soll sich der Überlieferung nach der Palast eines reichen ayyubidischen Prinzen befunden haben, welches von den neuen mamelukischen Herrschern beschlagnahmt worden war. Der Straßenabschnitt war als Darb al Bannat oder „Straße der Mädchen“ bekannt. Zu

[5] Sachini
[6] Payk

seiner Bauzeit bestand die Nachbarschaft des Bimaristans aus Häusern der reichsten und wohlhabendsten Familien der Stadt. Wahrscheinlich wurde das Gebäude errichtet um vor allem den vermögenden Teil der Bevölkerung zu dienen.

Die Architektur des Bimaristan Arghun stellt eine Weiterentwicklung der speziellen Architekturform für Bimaristane dar. Der Eingang führt zur Vorhalle, in der es ein Fenster zum Innenhof gibt, womit eine alte architektonische Tradition gewahrt wurde, die visuelle Verbindung zwischen „außen“ und „innen“. An der einen Seite der Vorhalle befand sich die Ambulanz (ein kleiner Raum), zur anderen Seite die Apotheke. Von der Vorhalle wird der Hauptinnenhof über eine schmale Seitenkammer erreicht. In dessen Mitte befindet sich ein großes Wasserbecken. An der Ost- und Westseite, hinter den Galerien, befinden sich Räume für die Patienten. An der Nord- und Südseite befinden sich die sogenannten „Iwane“, das sind überwölbte Räume, die von den Ärzten als Ruheräume genutzt wurden, aber auch um ihre Studenten zu treffen und medizinische Probleme zu besprechen.

An der südöstlichen Seite befindet sich ein kleiner Durchgang zu einem langen Korridor, durch den drei Kammern mit je mehrere Zellen zu erreichen sind. In diesen fand wahrscheinlich die Behandlung der Geisteskranken statt. Ihre Gemeinsamkeit ist, dass sich in jeder ein Springbrunnen befindet. Der Einbau von Springbrunnen rührte von der Annahme Wahnsinn sei ein Symptom von zu trockenem Blut und benötige deshalb Feuchtigkeit, um die Balance der Körpersäfte wieder herzustellen. Alle Kammer haben teilweise geöffnete Dachkuppeln um frische Luft und Licht einzulassen. Die am nördlichsten liegenden Kammern ähneln eher Gefängniszellen und dienten vermutlich zur Beherbergung der Schwerkranken. Die Zellen sind nur von hinten zugänglich. Die Fenster zur Gemeinschaftszone lassen aber Licht und Luft herein und Sichtkontakt zu, verhindern aber einen direkten persönlichen Kontakt zwischen den Insassen.

Die Hierarchie war wahrscheinlich wie in anderen Bimaristanen auch. Diese war sehr streng, unterteilt in einen Administrator, der dem Vorsteher direkt Bericht erstattete. Es gab drei Abteilungen, die der Chirurgen, der Apotheker und der Augenärzte, in diesen arbeiteten die Ärzte, Pfleger, Köche und anderes Personal. Der Bimaristan von Arghun wurde materiell großzügig unterstützt, den er benötigte wohl viel Personal.

Im Weiteren ist zur besonderen Nutzung des Krankenhauses zu sagen, dass Bimaristane ein wichtiger Teil der politischen Struktur des Mamelukenstaates war, sie dienten nicht nur medizinischen Angelegenheiten. Hier wurden unter anderem nicht nur Ärzte zugelassen, sondern hier übernahm auch der Gouverneur offiziell sein Amt. Aus diesem Grund hatte sich die Verwaltung strikt an die Regeln des Sultans oder seiner Gouverneure zu halten. Mit dem Aufbau waren deshalb auch immer hohe Armeeoffiziere betraut.[7]

[7] Hallaj

Literaturverzeichnis

Prof. Dr. med. Theo Payk, Bochum Westfälisches Zentrum für Psychiatrie und Psychotherapie Bochum, Klinikum der Ruhr-Universität, „Psychiatrische Tradition im Islam“, in: NeuroTransmitter 3/2002, S. 80–86.

Omar Abdulaziz Hallaj, Der Bimaristan Arghun Al Kamili in Aleppo, S. 325-330, in: Mamaoun Fansa, Heinz Gaube, Jens Windelberg, Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg (Hrsg.), Damaskus-Aleppo, 5000 Jahre Stadtentwicklung in Syrien, Oldenburg 2000.

Zahour Sachini, Der Bimaristan in Damaskus, S. 320-324, in: Mamaoun Fansa, Heinz Gaube, Jens Windelberg, Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg (Hrsg.), Damaskus-Aleppo, 5000 Jahre Stadtentwicklung in Syrien, Oldenburg 2000.

http://weecheng.com/mideast/syria/aleppo1.htm, 07.08.02; 18:29

http://groups.yahoo.com/group/damascus-online/message/291. 07.08.03, 18:36

http://www.msu.edu/user/zayzafo1/travel/aleppo.htm, 07.08.03, 18:39

http://www.artemistravel-sy.com/en/monuments.htm, 07.08.03, 18:45

Franca
Schneider

Die PFLP – ein politisches Porträt zum Antisemitismus im Nahen Osten

Die PFLP

Die PFLP wurde am 01.04. 1965 an der amerikanischen Universität in Beirut als Partei MAN gegründet. Aus ihr ging die PFLP hervor. Die Gründer Georg Habbasch und Wadi Haddad begeisterten sich als christliche Palästinenser für die panarabische Ideologie Nassers und der Ba'ath-Partei aus Ägypten und verstanden sich deshalb sozialistisch und antiimperialistisch, interessierten sich aber auch für marxistisch-leninistische Lehren und waren so typisch links, wie viele Parteien und Studentenbewegungen in Europa und Deutschland. Die Ideologie Nassers wurde 1966 als wissenschaftlicher Sozialismus zur politischen Plattform der MAN, außerdem wurde eine regionale palästinensische Gruppe, schon im Mai 1964, für den bewaffneten Kampf gegen Israel gegründet. Jedoch verloren der Nasserismus und Präsident Nasser ihre Reputation bei vielen AraberInnen. Die MAN hatte auf Nasser gebaut und beschloss deshalb im Juli 1967 dass eine neue Organisation gegründet werden muss. Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) ist eine dem linken Flügel des Pan-Arabismus zuzurechnende, 1967 gegründete, Palästinenserorganisation, die politisch, terroristisch und militärisch aktiv ist. Die EU und die USA führen die PFLP auf ihren Listen von Terrororganisationen.

Vor 1948 gehörte das Gebiet, das heute Israel ist, zu Palästina, einem britischen Mandatsgebiet, das nach dem Ersten Weltkrieg aus dem zerfallenen Osmanischen Reich hervorgegangen war. Die Region wurde von den Briten verwaltet, aber auch davor und währenddessen wurde sie von einer gemischten Bevölkerung aus Arabern und Juden bewohnt, und der Begriff Palästina bezog sich auf beide Volksgruppen. Vor dem Ersten Weltkrieg war das Gebiet Teil des Osmanischen Reiches und wurde von der arabischen Bevölkerung verwaltet. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen die Briten die Kontrolle über Palästina als Mandatsgebiet der Vereinten Nationen. Während der britischen Mandatszeit wanderten viele Juden nach Palästina aus, was zur Entstehung der palästinensischen und der zionistischen Nationalbewegungen führte. Die britische Herrschaft endete 1948 mit der Ausrufung des Staates Israel.

1. Gründung

Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels aus. Der neue Staat ging aus einem Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina hervor. Die arabischen Staaten Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und der Irak griffen Israel noch am gleichen Tag an. Die Vertreibung und Flucht von mehr als 700.000 Palästinensern im Palästinakrieg 1948 war ein zentraler Bestandteil der Enteignung, Zersplitterung und Verdrängung der palästinensischen Gesellschaft durch israelische Kräfte, bekannt als die Nakba. Die PFLP wurde am 11. Dezember 1967 als Reaktion auf die Niederlage mehrerer arabischer Staaten gegen Israel im Sechstagekrieg gegründet. Sie wurde in ihrer Anfangszeit von Wadi Haddad und George Habasch geführt. Der Hintergrund war, dass jetzt die Zeit für eine revolutionäre Ära war und für den bewaffneten Volkskampf in der arabischen Welt unter der Führung einer revolutionären Organisation und des Proletariats. Der Fehler war, sich auf die Taktik der klassischen Kriegsführung festgelegt zu haben. Auf diesem Weg hatten die arabischen Staaten Palästina verraten und dreimal im Stich gelassen. 1936 gab es nur leeren Versprechungen aufgrund der britischen Mandatsverwaltung, 1948 verloren sie die eine Hälfte Palästinas nach der Gründung des Staates Israel, 1967 auch die andere, nach dem Sechstagekrieg. Der seit Anfang der 60er Jahre sporadisch geführte Guerilla-Kampf war nun die einzige Lösung. Deshalb wurde aus der Jugend der Rache, der Helden der Rückkehr, der PLF (palestine liberation front) von Ahmad Jibrils und der palästinensische Sektion der ANM am 11. Dezember 1967 die PFLP mit Georg Habash als Generalsekretär gegründet. Vor allem Mitte der 1990er-Jahre verlor die Organisation zunehmend an Einfluss. Mit dem Zerfall des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion sowie durch weitere Faktoren bedingt, wurden vor allem islamitische Kräfte, wie die Hamas zusehends stärker und verdrängten die PFLP allmählich aus den Schlagzeilen. Israel, der unmittelbare Nachbar, der die

Kontrolle über Teile des von der PLO beanspruchten Territoriums ausübt, erkennt Palästina nicht als Staat an. Die Staatlichkeit von Palästina wird derzeit von 157 der 193 UN-Mitgliedsstaaten anerkannt.

Die PFLP in den 90ern

Im Jahr 1992 wurde die im Südosten des Libanon gelegene und die syrisch kontrollierte Bekaa-Ebene mit PFLP Operationsbasen bekannt. Sie stellten eine große Gefahr für Israel dar. Seit dem Jahr 1994 war die PLO für Israel und Jordanien ein Sicherheitsproblem. Auch die PFLP war immer noch eine große Gefahr.

Vor der Küste des Gazastreifens im Mittelmeer gibt es bedeutende Erdgasvorkommen, zu denen das 2000 entdeckte Feld Gaza Marine zählt. Im Süden grenzt der Streifen an den ägyptischen Sinai, im Norden und im Osten an Israel. Das Mittelmeer im Westen wird von Israel kontrolliert.

2. Ideologie

Die Volksfront entstand aus der Vereinigung einiger linksgerichteter nicht-religiöser palästinensischer Organisationen, deren größte die palästinensische Sektion der Bewegung Arabischer Nationalisten war, und verband in ihrer Ideologie zunächst Elemente des Marxismus-Leninismus mit arabischem Nationalismus. Das erklärte Ziel der Volksfront ist „die Befreiung ganz Palästinas im bewaffneten Kampf und die Errichtung eines demokratischen und sozialistischen palästinensischen Staates." Zu Beginn widersetzte sich die Volksfront jeglicher Lösung des israelisch-arabischen Konflikts, die zur Bildung zweier Staaten zwischen dem Mittelmeer und Jordanien führen sollte. Zu Beginn der 1990er-Jahre etwa spaltete sie sich von der PLO ab und bildete zusammen mit anderen Organisationen die sogenannte „Ablehnungsfront", aus sich dem Oslo-Friedensprozess widersetzenden Organisationen, zu der unter anderem auch die DFLP und die islamitischen Terrororganisationen Hamas und Islamischer Dschihad in Palästina gehören. Die Gruppe hält an ihrem Widerstand gegen den Oslo-Friedensprozess fest und beharrt auf dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge.

Die PFLP entwickelte und befolgte von Anfang an eine internationale Ideologie, deren Aktionsradius über die arabische Welt hinausging. Sie hatten eine weltweite Guerillastrategie, deren ideologischen Gründe sich aus den Erfahrungen der militärischen Niederlage gegen den Staat Israel herleiteten. Sie behaupteten, dass der Staat Israel nicht mit konventionellen Mittel zu schlagen sei, deshalb müssten auch Angriffe auf „die Nachschubbasen des Zionismus im kapitalistischen Hinterland" ausgeführt werden.

Die drei Ziele waren:
1. „ausländische Operationen", anstelle der von der Fatach (arab.: al-Fatah) gewählten Guerillakrieges in den besetzten Gebieten.
2. der revolutionärer Kampf gegen die konservativen arabischen Staaten.
3. Bündnisse mit marxistischen Stadtguerilla's in Westeuropa und Japan

Ideologisch wechselte die PFLP von einer radikalen arabisch-nationalistischen Bewegung zum Marxismus-Leninismus, der als „wissenschaftlicher Sozialismus" und Antifaschismus angesehen wurde. Sie hatte aber eine eigene Interpretation der marxistischen Ideologie und stellte mit dieser Basis ein eigenes politisches Programm mit kurz-, mittel- und langfristigen Zielen auf. Im Laufe der Zeit wurde dieses Parteiprogramm stark überarbeitet und angepasst. Noch 1967 fühlte sich die PFLP mit den marxistischen Richtungen des Trikont verbunden, als auch Mao, Che Guevara, Ho Chi Minh, aber nicht mit dem Kommunismus aus Moskau, der Israel anerkannt hatte und eine politische Lösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina vorschlug. In der Mitte der 70er gab es eine Annäherung an die sowjetische Linie, 2/3 der PFLP-Kader hatten marxistisch-leninistische Schulungen in Warschauer-Pakt-Staaten absolviert. Sie verstanden sich aber nicht als

Erfüllungsgehilfen der SU. Nach dem Zusammenbruch der SU Anfang der 90er Jahre, gab es Feststellungen auf dem 5. Nationalkongress in Russland im Jahr 1993. Folgend wurde festgelegt, dass die Niederlage des real existierenden Sozialismus nicht die Widerlegung des Marxismus-Leninismus bedeutete, der Zusammenbruch der SU lag an der Bürokratisierung und Erstarrung der Verhältnisse, sowie am Mangel von Demokratie in Partei und Staat. Es sollte eine Rückbesinnung auf die Grundfesten der Ideologie: Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit geben. Zusätzlich sollte sich allen Strömungen des Sozialismus geöffnet werden und Nutzen daraus gezogen werden. Es wurde festgestellt, dass die Partei neue Verbündete, z.B. die eurokommunistischen Parteien brauche.

Exkurs: Antiimperialismus

Der Begriff Antiimperialismus ist der Gegenbegriff zu Imperialismus und von dessen jeweiliger Definition abhängig. Dieser bezeichnet allgemein eine auf Herrschaftserweiterung über das eigene Staatsgebiet hinaus ausgerichtete Politik. Antiimperialismus ist also deren prinzipielle Ablehnung. Aus unterschiedlichen Erklärungsmodellen für den Imperialismus ergeben sich unterschiedliche antiimperialistische Positionen, die sich zum Teil ähneln, aber auch in direktem Gegensatz zueinander stehen können. Meist bedeutet Antiimperialismus jedoch die konkrete Bekämpfung des modernen, seit etwa 1890 bestehenden europäischen und US-amerikanischen Imperialismus. Heute wird darunter zumeist eine links-extreme Ideologie mit oft antiamerikanischen oder anti-semitischen Untertönen verstanden.

Verschiedene Imperialismustheorien

Wird der Imperialismus als eine Phase nationalstaatlicher Expansionspolitik ab Ende des 19. Jahrhunderts gesehen, so erfuhr der Antiimperialismus mit dem zu Ende gehenden Ersten Weltkrieg 1917/18 eine Zäsur. Während Deutschland seine Kolonien verlor und Russland infolge der Oktoberrevolution auf eine antiimperialistische Politik umschwenkte, setzten die ehemaligen europäischen Entente-Mächte, v. a. Frankreich und Großbritannien, ihre kolonialistische Politik fort. In diesen Staaten entwickelte auch der Antiimperialismus eine zunehmend antikapitalistische Dimension. Wird hingegen der Imperialismus als eine dem Kapitalismus inhärente Entwicklungsstufe definiert (z. B. leninistische Imperialismustheorie), so wird auch der Antiimperialismus erst mit dem Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems seine Funktion verlieren. Begriffsverwirrung entsteht immer dann, wenn das Wort Antiimperialismus ohne klaren Bezug auf die dahinter stehende Imperialismustheorie verwendet wird.

Formelle und informelle Herrschaft

Die Unterscheidung in formal empire („formelle Herrschaft“) und informal empire („informelle Herrschaft“) ermöglicht es auch nicht-marxistischen Imperialismustheoretikern, die Beschränkung des Imperialismusbegriffes auf den Kolonialismus zu durchbrechen. So war etwa Kuba auch in der nicht-marxistischen Analyse zwischen 1902 und 1959 zwar keine US-amerikanische Kolonie mehr, aber gehörte zum informal empire der USA, sinngemäß deren politischen, im engeren Sinn wirtschaftspolitischen, aber auch militärischen Einflusssphäre.

Historischer Antiimperialismus

USA

Antiimperialistische Bewegungen gab es sowohl in Europa im Zeitalter des Imperialismus als auch in den USA beginnend mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 und dem damit verbundenen

Eintritt der Vereinigten Staaten in den Kreis der imperialistischen Weltmächte. Besonders in den USA gehörten auch einflussreiche bürgerliche Politiker zu den Antiimperialisten, die eine Vernachlässigung der wirtschaftlichen Entwicklung im eigenen Land befürchteten (Isolationismus).

Deutsches Kaiserreich

Im Deutschen Kaiserreich waren es besonders Teile der SPD, die vor Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 antiimperialistische Forderungen gegen die kolonialen Ansprüche des Deutschen Reichs bzw. dessen Politik in den entsprechenden Kolonien (im Wesentlichen die heutigen Staaten Togo, Kamerun, Namibia, Tansania, Papua-Neuguinea und Samoa) vertraten. Persönlichkeiten wie Rosa Luxemburg oder Karl Kautsky entwickelten eigene Imperialismustheorien. Andere, beispielsweise Eduard Bernstein, verneinten den zwangsweise Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Imperialismus. Mit der Zustimmung der Mehrheit der SPD-Fraktion im Reichstag zu den Kriegskrediten des Deutschen Reiches 1914 während des Ersten Weltkrieges und dem Auseinanderbrechen der Zweiten Internationale in nationale Arbeiterbewegungen, die z. T. die Kriegspolitik ihrer Regierungen stützten, erfuhr der bisherige Antiimperialismus eine Zäsur.

DDR

Die DDR definierte sich ausdrücklich als ein „antiimperialistisches Land“ und zog einen erheblichen Teil ihrer selbst zugeschriebenen Legitimität daraus mit dem Faschismus und dem bürgerlichen Imperialismus konsequent gebrochen zu haben. Sie sah sich als Bollwerk des Friedens und der Demokratie gegen den „imperialistischen Klassenfeind“ in der Bundesrepublik, die in der Kontinuität des Faschismus stand. Bis 1989 blieb die Rede vom westlichen Imperialismus als letztem Stadium des Kapitalismus gängige Terminologie. Sie leistete sich dafür auch eine gut ausgebaute Kolonialgeschichtsforschung, um die Kontinuität zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik nachzuweisen, bei der sich lediglich die äußere Form geändert habe, und die anrüchigen Begriffe „Kolonie“, „Protektorat“ und „Kolonialwirtschaft“ durch „Entwicklungsland“, „wirtschaftliche Hilfe“, „Partnerschaft“ und „Euroafrika“ ersetzt worden sein sollen.

Exkurs: Antikolonialismus

Zahlreiche gegen den Kolonialismus gerichtete, nationale Befreiungsbewegungen entstanden in ihrem Kern bereits nach dem Ersten Weltkrieg und der mit ihm verbundenen Erschütterung der damaligen Weltordnung. Viele Gründer antikolonialer Bewegungen kamen in Kontakt mit der Kommunistischen Weltbewegung (Komintern), z. B. der Vietnamese Ho Chi Minh oder der Argentinier und Wahlkubaner Ernesto „Che“ Guevara, und sahen sich als Teil einer weltweiten antiimperialistischen Bewegung. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand eine Welle von antikolonialen Bewegungen in nahezu allen Kolonien. Zumindest in ihrer Anfangszeit suchten sie nach Unterstützung und viele fanden sie in der einigenden Theorie marxistisch-leninistischer Imperialismustheorie. Neben dem Aspekt politischer Unterstützung spielte aber auch die materielle Unterstützung durch die Staaten des „Antiimperialistischen Lagers“ in der Atmosphäre des Kalten Krieges seit den 1950er Jahren eine mitunter entscheidende Rolle. Dies gilt z. B. für:

1. Ägypten unter Nasser nach der britischen Herrschaft in Ägypten
2. Vietnam, Algerien als französische Kolonien
3. Kuba, Nicaragua und Chile als von den USA abhängige Staaten
4. Angola, Guinea-Bissau, Mosambik als portugiesische Kolonien

Kritik und Kontroversen

Im Rahmen der Entwicklung Russlands unter den imperialen Absichten Wladimir Putins wurde vermehrt kritisiert, dass speziell die Linke kein Sensorium für den russischen Imperialismus hätte. Als Russland die Ukraine angriff, sei die Erklärung, dass dort Russland gegen den Imperialismus der USA kämpfen würde, einfach nur „lächerlich“ gewesen, meinen der polnische Politikwissenschaftler Jan Smoleński und der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jan Dutkiewicz. Die Kolonisierung der osteuropäischen Staaten durch Russland würde außer Acht gelassen werden, der amerikanische Historiker Timothy Snyder nannte den Krieg schlicht einen Kolonialkrieg. Schon 2017 hatte er vor dem Deutschen Bundestag darauf hingewiesen, dass wer den Ukrainern bescheinigt, kein Volk und keine Nation zu sein, der würde sie als Bewohner einer „Kolonie“ betrachten, deren Zugehörigkeit zu einem „Imperium“ letztlich legitim sei.

Antiimperialismus als Antikapitalismus

Mit der Entstehung der kommunistischen Parteien aus den sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterparteien und ihrer Ablehnung des „Imperialistischen Weltkrieges“ (Erster Weltkrieg) verband sich die Verwendung des Begriffes Antiimperialismus stark mit der marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie. Der Imperialismus wird nicht als eine vorübergehende Erscheinung (wie im bürgerlichen Antiimperialismus) gesehen, sondern als Wesenselement der kapitalistischen Gesellschaft auf ihrer monopolkapitalistischen und staatsmonopolkapitalistischen Entwicklungsstufe. Er ist damit auch nicht mehr an einzelne Staaten gebunden, sondern an das ganze Gesellschaftssystem. Seit dem von Lenin 1916 verfassten Aufsatz „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ ist der Antiimperialismus zu einem grundlegenden Begriff marxistisch-leninistischer Geschichtsinterpretation im 20. Jahrhundert geworden.

Entscheidend für diese Sichtweise des Imperialismus ist, dass folgende Elemente als Unterbegriffe von Imperialismus verstanden werden:

1. Kolonialismus zum Zwecke der Ausweitung der Rohstoff- und Absatzmärkte
2. Nationalismus als innenpolitische Rechtfertigung für Imperialismus
3. Rassismus als scheinwissenschaftliche Rechtfertigung für die Überlegenheit imperialistischer Staaten
4. Faschismus als extrem aggressive Form des Imperialismus

Der Antiimperialismus der Neuen Linken, die in Europa im Zuge der 1968er-Bewegung zu einer wichtigen Stimme im öffentlichen Diskurs wurde, orientierte sich am Neomarxismus. Die Neue Linke nutzte das amerikanische Vorgehen im Vietnamkrieg als Katalysator. Auch die amerikanischen Versuche, die revolutionäre Regierung in Kuba zu stürzen, trugen zu den Protesten bei. In ihnen zeigte sich ein tief sitzender Antiamerikanismus, der sich, scheinbar paradox, an amerikanischen Mustern orientierte. Der Volkskundler Kaspar Maase beschreibt dieses Phänomen als „amerikanisierten Antiamerikanismus“. Ein Höhepunkt der Proteste war der Internationale Vietnamkongress des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, der am 17. und 18. Februar 1968 in West-Berlin stattfand. Die Teilnehmer solidarisierten sich mit dem kommunistischen Regime in Nordvietnam und versuchten, im Zeichen des Antiimperialismus eine weltweite Widerstandsbewegung gegen das liberal-kapitalistische System aufzubauen. In Deutschland verstehen sich heute einige linksextreme Gruppen in Anlehnung an die klassische Imperialismustheorie des Marxismus-Leninismus als antikapitalistisch und deshalb auch antiimperialistisch. Für sie ist der Kampf gegen imperialistische Ausbeutung, als deren Akteure sie vornehmlich die Vereinigten Staaten, die NATO und Israel begreifen, notwendig mit einem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden, der die tiefere Ursache des Imperialismus sei. Nach dem

Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn speist sich ihre Ideologie, die vor allem in den 1960er und 1970er Jahren verbreitet war, neben Lenins Imperialismustheorie aus Josef Stalins Verständnis der Nation als Territorial-, Sprach- und Kulturgemeinschaft, aus Mao Zedongs Vorstellung von der Allmacht des revolutionären Krieges und aus Carl Schmitts Ideen einer Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Marx' Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" werde im Antiimperialismus ethnisiert und ergänzt zu „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" Als Objekt der imperialistischen Unterdrückung und Subjekt revolutionärer Befreiung gälten seitdem ganze Völker, nicht mehr die in allen Völkern in ähnlicher Weise unterdrückten Klassen. Das Volk werde dabei als ethnisch homogen imaginiert, Klassengegensätze würden in Gegensätze zwischen Völkern umgedeutet. Antiimperialisten dieser Richtung fordern antiimperialistische Solidarität mit Befreiungsbewegungen der so genannten Dritten Welt. Gemäß Rudolf van Hüllen wird die Solidarität aber für Befreiungsbewegungen reserviert, die als sozialistisch gelten, wie die PFLP; Befreiungsbewegungen, die auf „Einführung einer westlichen Demokratie" zielten, würden als konterrevolutionär bewertet und nicht unterstützt. Obwohl die Mehrheit der Linken den Antisemitismus nach ihrem Selbstverständnis ablehnte, lässt sich eine Tradition des linken Antisemitismus bis zum Frühsozialismus erkennen. So war der traditionelle antiimperialistische Antizionismus offen antisemitisch und schreckte nicht davor zurück, Anschläge auf jüdische Einrichtungen zu verüben. In seiner extremsten Ausprägung behauptete er, Nationalsozialisten und Zionisten hätten bis in die Vernichtungslager zusammengearbeitet. Seit dem Sechstagekrieg 1967 war dieser linksextreme Antiimperialismus mit einer Delegitimierung des bis dahin von Linken zumeist positiv bewerteten Staates Israel verbunden, der aber nun als „Brückenkopf des US-Imperialismus" im Nahen Osten angesehen wurde. Mitunter ging der Antizionismus dieser Gruppen in Antisemitismus über, wie er bei radikalen palästinensischen Gruppen, mit denen sich die Antiimperialisten solidarisierten, alltäglich war: Das Bonner Palästinakomitee etwa schrieb von einem „jüdischen Kapital", der Kommunistische Bund rief zum Kampf gegen „den internationalen Zionismus" auf. Auch die westdeutsche Rote Armee Fraktion verteidigte 1972 den Anschlag des palästinensischen „Schwarzen September" auf die Olympischen Spiele in München. Sie bezeichnete den Angriff auf die israelischen Sportler in ihrer Erklärung vom November 1972 als „antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch". Laut Samuel Salzborn richtet sich „das antiimperialistische Weltbild […] nicht nur gegen Israel und Amerika, sondern gegen alles, was mit diesen assoziativ verbunden wird: gegen die Aufklärung und den Liberalismus, gegen die Moderne und die Individualität, gegen die Freiheit und die Demokratie – kurzum gegen jede Weltanschauung, die den Menschen individuelle Freiheit und subjektives Glück verspricht. Dagegen stellen Antiimperialisten eine Vorstellung von homogenen Gemeinschaften, in der der/die Einzelne nichts, das Kollektiv aber alles zählt." Für alles, was in diesem Weltbild nicht funktioniere, würden die USA und Israel verantwortlich gemacht. Salzborn sieht in diesem weltweiten antiimperialistischen Antisemitismus in den 1960er und 1970er Jahren die zweite Gegenwelle gegen die Demokratisierung (nach der nationalsozialistischen der 1920er bis 1940er Jahre und vor der islamitischen seit 2001). Der Psychologe Tom David Uhlig kritisiert eine einseitige Interpretation der Konfliktursachen, die im Antiimperialismus vorkomme: In einer manichäischen Sicht würden allein die USA und Israel verantwortlich gemacht, wobei Israel häufig als „Brückenkopf" des US-Imperialismus angesehen oder umgekehrt behauptet werde, die USA würden von israelischen, sprich jüdischen Interessen gesteuert. Beide Mächte würden als „künstliche" Gesellschaften den vermeintlich „natürlichen" Gemeinschaften gegenübergestellt, wobei letztere als vorpolitische Einheiten ohne innere Widersprüche imaginiert würden. Gerade der westdeutschen radikalen Linken habe, so der Historiker Jeffrey Herf, „die Rhetorik des Antifaschismus und des Antiimperialismus [...] eine andere Art von scheinbarer Befreiung" geboten, „nämlich die Befreiung von der Bürde der deutschen Geschichte nach dem Holocaust". Gegen diesen antiimperialistischen Antisemitismus richten sich seit den 1990er Jahren die Antideutschen, die dezidiert linke Positionen mit einer Ablehnung der deutschen Einheit und mit unbedingter Solidarität mit Israel verknüpfen.

3. Die innere Struktur der PFLP

Das Organisationsprinzip der PFLP war ein demokratischer Zentralismus, d.h. es gab eine Leitung von oben nach unten, die Parteiorgane wurden von unten nach oben gewählt und kontrolliert. Die Mitglieder hatten eine absolute Parteidisziplin zu wahren und sich den Mehrheitsbeschlüssen zu beugen. Das wichtigste Parteiorgan war der Nationalkongress der VertreterInnen der Länderkonferenzen, die Mitglieder des Zentralkomitees und die Kontrollkommissionen. Das zweithöchste Gremium war das Zentralkomitee selbst, das den Haushalt verabschiedete und das Politbüro und den Generalsekretär wählte. Die Basis bestand aus Zellen mit drei bis zehn Mitgliedern, in Dörfern, Wohngebieten, Betrieben und Universitäten. In Syrien hatte die PFLP ein tolerantes Umfeld, meistens mit militärisch- organisatorischen Strukturen und soziale Einrichtungen. In diesem Umfeld wurde keine Demonstration von Macht geduldet. Im Nordjemen hatte die PFLP ebenfalls auch ein freundliches Umfeld. Sie konnte auf allen Ebenen offen auftreten und auch Trainingslager unterhalten. Mitglieder können nicht nur Palästinenser, sondern auch Araber, schon mit 16 Jahren, werden. Sie mussten sich mit den Zielen der Organisation identifizieren und von einem anderen Mitglied empfohlen werden. Darauf folgte eine Kandidatenzeit, mit ideologischen Schulungen, die zwischen 6 Monate bis 1 Jahr dauerten. Danach erfolgte eine Beurteilung. Für Parteikader erfolgten spezielle Schulungen in einer Schule. Seit 1978 gab es eine Militärakademie für Guerillaeinheiten. Die PFLP war bekannt für ihre sozialen Projekte wie Wohlfahrtseinrichtungen, Frauenprojekte, Ausbildungsinitiativen, Kindergärten, Polikliniken, die Stiftung „Familien der Märtyrer“ und Jugendclubs.

3.1. Organisation

Seit der gezielten Tötung von Abu Ali Mustafa durch die israelischen Streitkräfte ist Ahmad Saadat Generalsekretär der PFLP. Dieser sitzt seit der Gefangennahme zusammen mit anderen PFLP-Aktivisten durch palästinensische Sicherheitskräfte in palästinensischer Haft, zurzeit in israelischer Haft. Ein Großteil der Anhänger der PFLP sind im zentraleren Westjordanland, vor in allem Ramallah, Bethlehem und in den Außenbezirken Ostjerusalems, weiterhin auch in Gaza bzw. Nord-Gaza oder Nablus. Ein großer Teil gerade auch der Kämpfer für die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden kommt aus dem studentischen Umfeld aus den Universitäten in Ostjerusalem, Ramallah, Nablus und Dschenin. Die Zahl der Mitglieder schwankt nach verschiedenen Quellen. So soll es nach einigen CIA-Angaben nur etwa 800 Mitglieder der PFLP geben. Wahrscheinlicher sind Angaben über mehrere Tausend in der PFLP. Nach Angaben in der FAZ soll die PFLP 2004 etwa 3000 Aktivisten haben und damit die größte Organisation der Linken, vor etwa der DFLP, sein. Gesichert scheint außerdem, dass es einige hundert Mitglieder und Kämpfer der PFLP und ihrer Organisationen zurzeit in israelischer Haft gibt. Für die Gefangenenbetreuung der PFLP-Angehörigen ist auch die palästinensische Gefangenenorganisation Ada-meer verantwortlich. Die Organisation hat eine eigene Zeitung mit dem Namen al-Hadaf (deutsch: Das Ziel) und weitere Publikationen sowie eine englische und arabische täglich aktualisierte Internetpräsenz. Das englischsprachige Blatt namens Democratic Palestine musste in den 1990er-Jahren wegen Geldmangels eingestellt werden. Die Organisation baut ihre Beziehungen zur Islamischen Republik Iran aus, in dem sie den „Bannerträger im Kampf gegen Israel und für die Befreiung Palästinas“ sieht. Die PFLP besitzt auch eine Reihe von Nebenorganisationen oder von ihr beeinflusste Zusammenschlüsse, wie die studentische Progressive Student Action Front, die Jugendorganisation Palestinian Progressive Youth Union, Frauengruppen sowie die Gefangenen-Solidaritätsorganisation Adameer. Weiterhin arbeiten viele Mitglieder in Kulturvereinen und vor allem Gewerkschaften aktiv mit. Teilweise sind bzw. sollen PFLP-Mitglieder oder Sympathisanten auch als Schuldirektoren oder Bürgermeister aktiv. So soll beispielsweise die Bürgermeisterin von Ramallah, Janet Micha'il, Verbindungen zur PFLP haben oder Mitglied sein, während der Bürgermeister von Bethlehem von 2005 bis 2012, der Hals-Nasen-Ohrenarzt Victor

Batarseh, langjähriges Mitglied ist. Ein weiteres Beispiel ist der langjährige Schuldirektor und PFLP-Kader Imad Abd al-Aziz.

3.2. Ausrichtungskämpfe

Der frühere palästinensische Offizier der syrischen Armee Ahmad Jibrils trat mit seiner Sektion im September 1968 aus und gründete die PFLP-GC, da ihm die Organisation zu viele theoretische Diskussionen und zu wenig militärische Praxis hatte. Der theoretische Flügel bestand aus Habash, Haddad, al-Yamani, den Studenten der AUB als Gründer der MAN. Habash und Haddad gründeten die Jugend der Rache (Shabab ath-Tha'r) und Helden der Rückkehr (Abtal al-‚auda), die ihre ersten Aktionen im Herbst 1966 machten. Die Abspaltung des ANM-Flügels um Naif Hawatmeh erfolgte, weil Habasch u.a. den Marxismus-Leninismus nicht ausreichend übernehmen wollte. Habash war 1968 mehrere Monate in Syrien inhaftiert, währenddessen führte Hawatmeh die PFLP auf einen radikaleren Kurs. Habash gelang aber die Flucht. Anfang 1969 fanden bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln statt, die Arafats Vermittlungen aber beendeten. Hawatmeh gründete im Februar 1969 die PDFLP, ab 1974 die DFLP, in die viele Kader und die Redaktion des früheren ANM-Organs al-Hurriya übergingen. Die PFLP hatte danach als neue Zeitung die al-Hadaf.

Im Laufe der Geschichte haben sich einige Organisationen abgespalten:

- **Volksfront zur Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC)**

1968, kurz nach der Gründung der PFLP, spaltete sich von der jungen Organisation die PFLP-GC um Ahmad Dschibril ab. Die PFLP-GC stand damals für eine eher auf den praktischen bewaffneten Kampf ausgerichtete Gruppe und verstand sich damit als Gegensatz zur – von ihr als zu stark theoretisch orientierten – PFLP. Sie blieb immer kleiner als PFLP oder DFLP, ist aber durch ihre stärkere Radikalität bekannt, unter anderem durch das tödliche Bombenattentat auf Swissair-Flug 330. Die Gruppe hat ihr Haupteinflussgebiet eher in den Flüchtlingslagern in Syrien und wird auch bis heute von Syrien unterstützt. Heute ist die Gruppe vor allem in libanesischen Flüchtlingslagern aktiv und soll in einigen sogar die Oberhand haben. Nach einigen Angaben soll es zu kleineren Kooperationen mit der in dem gleichen Gebiet aktiven Hisbollah gekommen sein, vor allem während des zweiten Libanonkrieges 2006.

- **DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas)**

Zuerst nannte sich die 1969 abgespaltene Fraktion Volksdemokratische Front zur Befreiung Palästinas (PDFLP). Erst 1974 wurde der Name in DFLP geändert. Grundsätzlich unterschieden sich die beiden Fraktionen nicht viel voneinander. Knackpunkt der internen Fraktionskämpfe zwischen den sogenannten Progressiven (DFLP) und Historikern (PFLP) war letztlich vor allem die theoretische Frage über den bewaffneten Kampf, zum Teil nicht als solchen, obwohl die eher Moskau-orientierte DFLP viel weniger militant ist, sondern eher um dessen Stellung in taktischen Fragen.

- **PRFLP (Revolutionäre Volksfront zur Befreiung Palästinas)**

Während des Jahres 1972 spitzten sich die internen inhaltlichen Konflikte wieder zu. An dessen Ende stand die Abspaltung der Gruppe der linken Fraktion um den damaligen militärischen Verantwortlichen für den Süd-Libanon Salim Darduna von der PFLP, die sich dann PRFLP nannte. Etwa 150 PFLP-Mitglieder sollen dieser Gruppe angehört haben. Die PRFLP konnte aber niemals nennenswert Einfluss gewinnen.

- **PFLP-EO (Volksfront zur Befreiung Palästinas – Gruppe externe Operationen, auch: Spezialkommando/PFLP-SC oder Haddad-Gruppe)**

Weiterhin stellte auch die vom PFLP-Mitgründer Wadi Haddad (Abu Hani) geleitete PFLP-EO eine Abspaltung dar – zumindest aber eine autonome Gruppe innerhalb der PFLP. Sie spezialisierte sich auf die Planung und Durchführung von Kommandounternehmen. Der erste Gewalteinsatz war die Entführung einer Passagiermaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al auf dem Flug von Rom nach Tel Aviv am 23. Juli 1968; nach der Erzwingung der Landung in Algier wurden die Geiseln erst nach über einem Monat im Austausch gegen in Israel inhaftierte Palästinenser freigelassen. Nachdem die von der PFLP verantworteten Flugzeugentführungen vom September 1970 zu heftigen anti-palästinensischen Reaktionen innerhalb der arabischen Welt beigetragen hatten (s. Schwarzer September), distanzierte sich die Führung um Habash vom internationalen Terrorismus als Instrument der Kriegsführung, woraufhin Haddad seine folgenden Aktionen auf eigene Verantwortung organisierte und durchführte. Die Haddad-Gruppe arbeitete eng mit links orientierten Terrorgruppen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammen und wurde durch außerhalb des Nahen Ostens begangene Terroraktionen bekannt, darunter die Flugzeugentführungen von Entebbe 1976 und Mogadischu 1977 und der Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien 1975. 1976 wurde Haddad wegen seiner fortgesetzten Flugzeugentführungen aus der PFLP ausgeschlossen. Die von der westdeutschen Antiterror-Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei beendete Flugzeugentführung nach Mogadischu war die letzte Aktion der Haddad-Gruppe, deren Anführer im März 1978 starb.

3.3. Strategie und Taktik für den Staat Palästina

„Das strategische Ziel des Kampfes, den die PFLP Seite an Seite mit den übrigen Kräften der palästinensischen Revolution führt, ist die Befreiung Palästinas von der kolonialistischen, zionistischen Besatzung und die Errichtung eines demokratischen Staates auf dem gesamten Gebiet der palästinensischen Heimat mit der Hauptstadt Jerusalem, der auf der Basis der Gleichberechtigung und Chancengleichheit die legitimen Rechte aller seiner BürgerInnen garantiert, unabhängig der Religion, des Geschlechts, der Weltanschauung oder der Hautfarbe.“ Zu dieser Zeit wurden Strategie und Taktik für den politischen und weiterhin militärischen Kampf der PFLP, als allgemeine und langfristige Ziele für die Strategie und die Bestimmung der politischen Arbeit als Taktik formuliert. Die Taktik sollte aber nie über der Strategie stehen. Auch zu dieser Zeit wurde im politischen Programm immer noch die Nichtanerkennung des Staates Israel als Heimstatt des jüdischen Volkes formuliert und die Forderung eines säkularen Einheitsstaates Palästina.

Identitätsstiftende Elemente im politischen Programm der PFLP waren.
1. das Staatskonzept
2. der Nationalismus
3. der bewaffnete Kampf

3.4. Freunde und Feinde der PFLP

Aufgrund der kommunistischen Gesinnung und Ideologie der PFLP, stellten sich ihnen nach Mao auch sinngemäß die Frage: wer sind die Freunde und die Feinde der Revolution, bzw. der PFLP?

Die Freunde der PFLP

Auf palästinensischer Ebene waren die Hauptkräfte der Revolution das Proletariat und die Bauern. Diese revolutionäre Klasse wird vom Kleinbürgertum unterstützt, wie Kleinhändlern, Handwerkern und Intellektuellen. Mitglieder waren nie mehr als 33% aus der revolutionären Klasse des Proletariats, der Bauern und des Kleinbürgertums. Der Parteikader waren meistens Intellektuelle. Die Bourgeoise ist kein Verbündeter der revolutionären Klasse. Aber die Situation der Bewegung macht alle Kräfte notwendig, deshalb gab es temporäre Bündnisse mit Bürgerlichen, die nicht mit der zionistischen Besatzungsmacht und dem Imperialismus kollaborieren, z.B. die al-Fatah. Auf

arabischer Ebene wurde zuerst in nationale Staaten, wie Syrien, Algerien, Libyen, Libanon unterschieden, die als kleinbürgerliche Regime an der Macht waren, und als Kräfte des Fortschritts und Verbündete der palästinensischen Revolution angesehen wurden, die auch dem Imperialismus der westlichen Staaten, Israel und den reaktionären Staaten des Kapitalismus feindlich gegenüber. Dabei hatten der Irak, der ein Wanderer zwischen den Lagern war und Syrien, als Frontstaat gegenüber Israel, eine besondere Bedeutung für den Palästinensischen Befreiungskampf inne. Auch auf arabischer Ebene wurden allerdings die Staaten Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien, und die Golfstaaten als reaktionär angesehen. Für die PFLP kooperierten sie mit dem Weltimperialismus unter der Führung der USA, die zwar auch feindlich gegenüber Israel standen. Dies war aber nur taktischer Natur. Die Staaten gehörten insgeheim weiter zu seinen Verbündeten, deshalb wäre eine Zusammenarbeit mit ihnen unmöglich, sie müssen beseitigt werden. Diese Bündnisse basieren auf der Basis „Allianz und Konflikt", d.h. es gab sowohl Übereinstimmungen als auch Differenzen, die in erst- und zweitrangig eingeteilt wurden. Besonders wichtig war der Hauptwiderspruch zwischen den Blöcken Israel/USA versus die PFLP/ die arabischen nationalen Regime und den Nebenwiderspruch mit den nationalen Regimen aufgrund ihrer Vorstellungen zur konventionellen Kriegsführung und ihrer Bereitschaft zur Verhandlung mit Israel. Diese mussten aber zurückstehen. Auf internationaler Ebene waren die Freunde der PFLP die letzten sozialistischen Staaten wie Kuba, China, Vietnam und Nordkorea. Mit allen Befreiungsbewegungen der Welt fühlten sie sich solidarisch verbunden. Besonders in den 70er Jahren wurden alle GenossInnen aus der gesamten Welt in ihren Trainingslagern auf den bewaffneten Kampf vorbereitet. Das waren Mitglieder der Tupamaros, IRA, ETA, japanische RA, RAF und RZ. Das Verhältnis zum Iran war zwiespältig, weil die iranische Revolution antiimperialistisch und Massen getragen war, also als volksnah angesehen wurde. Der Widerspruch bei den religiösen Zielen der Machthaber in Teheran war die Feindschaft gegenüber Israel. Diese wurde höher bewertet, als die ideologischen Differenzen zwischen dem iranischen Staat und der PFLP. Die Feinde der PFLP war die Allianz zwischen dem Staat Israel, dem sogenannten Weltzionismus und dem Imperialismus der USA.

Die Feinde der PFLP

Die Hauptfeinde der PFLP sind der Zionismus und seine Verkörperung im Staat Israel: „der israelische Expansionismus bedrohe alle AraberInnen. Die Juden wollen einen jüdischen Staat vom Mittelmeer bis zum Euphrat". Der Staat Israel wurde als „imperialistischer Brückenkopf" im Mittleren Osten angesehen, durch den sich die USA ihren Zugriff auf die arabischen Ressourcen sichern wollten. Der israelische Wirtschaftserfolg hat das Leben in der Region im Standard gehoben, und auch das der Palästinenser verbessert Das war aber nur durch die massive wirtschaftliche Hilfe von außerhalb, wie den USA möglich.

4. Zur Geschichte der PFLP

4.1. Der „Schwarze September" – Der Krieg gegen König Hussein von Jordanien

Die PFLP unter Habasch und die DFLP unter Hawatmeh bildeten den marxistischen Flügel der PLO. Sie versuchten die Mobilisierung der Zivilbevölkerung durch ihre Strategie von Gewalt und Gegengewalt zu ermöglichen. Die Befreiung Palästinas war nur im Rahmen einer „arabischen Revolution" gegen den Imperialismus möglich. Deshalb erfolgte die Unterstützung der „volksrevolutionären Kräfte" in den konservativen arabischen Staaten nach Motto: „Der Weg nach Tel Aviv führt über Amman." Der Verlauf der „Schlacht von Karameh" führte zu einer politischen und psychologischen Machtveränderungen zugunsten der Guerilla. Die PFLP schuf auf jordanischem Gebiet einen „Staat im Staate", durch ihre paramilitärische Präsenz. Die PFLP vertrat radikalste Position im Kampf gegen Hussein. Ziel war es alle palästinensischen und arabischen Kräfte aller Richtungen zu vereinigen. Im Irak und in Syrien kam es aber zu einem Konflikt mit den Haschemiten. Anfang September verschärften sich die Zusammenstöße zwischen Guerillaeinheiten und Königseinheiten. Am 06.09.1970 fordert der Irak die Feuereinstellung von Jordanien. Die

PFLP entführt vier Zivilflugzeuge, die alle gesprengt werden. Am 16.09.1970 erklärt die PLO im Norden Jordanien diesen als „befreite Gebiete“. König Hussein von Jordanien erteilt den Befehl alle paramilitärischen Guerillaeinheiten niederzuschlagen. Die palästinensischen Lager werden bombardiert. Dieser Konflikt hatte umfassende internationale Verwicklungen. Im Irak wurde entschieden, dass die Truppen sich nicht einmischen durften. Die syrischen Panzerbrigaden und die Regimenter der PLA wurden nach Jordanien verlegt. Gleichzeitig koordinierten die USA und Israel militärische Maßnahmen um den Einflussnahme der SU zu verhindern. Die BRD sendeten ein Transportgeschwader in die Türkei. Israel sendete Brigaden auf die Golanhöhen und lies Aufklärungsflüge unternehmen. Die jordanische Luftwaffe vertrieb die syrischen Panzer. Am 23.09.1970 endet das militärische Szenario. Die PFLP hat nicht nur weltpolitisch die Gegner falsch eingeschätzt, sondern auch nichts gelernt, so waren die Stimmen der internationalen Öffentlichkeit. Sie operierten weiter gegen König Hussein von Jordanien und sie fanden auch keine Lösung mit Arafat für den Konflikt. Präsident Nasser von Ägypten hatte im August 1970 den Abnutzungskrieg gegen Israel eingestellt, und vermittelte zwischen den arabischen Lagern. Im Juli 1971 gab König Hussein Befehl zur Zerschlagung der PLO-Milizen. Dieser Schlag gegen die PFLP bewirkte, dass in Jordanien alle palästinensischen Guerillaeinheiten ihre Basen verloren. Daraufhin wurde das Kommando „Schwarzer September“ gegründet, welches zwischen 1970 – 1973 Vergeltungsanschläge gegen die Feinde der PFLP unternahmen. Zu bemerken ist, dass nicht nur PFLP-Mitglieder an diesen Anschlägen teilnahmen.

4.2. Der „Schwarze Juni“ - Der libanesische Bürgerkrieg

Bis 1969 hatte die PFLP auch im Libanon weitere Basen geschaffen, denn es gab dort große palästinensische Flüchtlingslager. Die Fedajin verletzen hier durch paramilitärisches Auftreten die Souveränität des Gastlandes. Es gab Angriffe der Armee und der Staat Israel reagierte darauf mit Vergeltungsschlägen. Daraufhin gab es Drohgebärden aus allen arabischen Staaten. Diplomatisch wurden verschiedene Stillhalte-Abkommen vereinbart, welche die PLO-Gruppen missachteten. Die Konfrontation zwischen den PLO-Einheiten und den Armeen der arabischen Staaten verstärkte die Polarisierung zwischen panarabischen Moslems und souveränitätsbewussten Maroniten. Propagandistisch benutzte die PLO ähnliche Parolen wie vor dem „Schwarzen September“. Der Beginn war am 13.04.1975, denn an diesem Tag verübten maronitische Terroristen Massaker an Palästinensern. Es gab Gegenangriffe von PLO-Milizen und linken Moslems. Die PFLP unterstützt die libanesischen Moslemmilizen, im Sinne von „Allianz der Massen“. Im März 1976 gab es eine Meuterei islamischer Offiziere gegen ihre maronitischen Kommandanten. So entstand endlich die revolutionäre Situation, die Georg Habasch herbeigesehnt hatte. Als ein Sieg unter der Führung der PLO drohte, dringt die syrische Armee mit pro-syrischen PLO-Gruppen in den Libanon ein. In Ost-Beirut wurde ein Massaker wie in Dir Yassin oder Sabra und Schatilla verübt.

4.3. Terror über den Wolken

Als die PFLP außerhalb Israels agierte, führte sie andere Strategien zu den übrigen PLO-Gruppen aus, die Israel angriffen. Es gab spektakuläre Flugzeugentführungen, die im Fernsehen aller westlichen Länder gezeigt wurden und so die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das palästinensische Volk richtete. Durch die Niederlage von 1967 gegen Israel wurde die Strategie der „ausländischen Operationen“ entwickelt. In der Kriegsstrategie „Volk ohne Land“ wurden Schlachtfelder auf fremden Boden angestrebt, wo die „kapitalistische Nachschubbasen des Zionismus am verwundbarsten“ waren. In Brasilien gab der Marxist Carlos Mariguela den ideologischen Impuls für die Kampfstrategie „Terror über den Wolken“. Die ausländischen Operationen wurden von Wadi Haddad koordiniert, der auch schon Habasch aus der syrischen Gefangenschaft befreit hatte. Die Schaltzentrale für diese Aktionen war in Paris. Hier war der Mann für alle wichtigen Entscheidungen, der bekannte Geheimagent und Söldner Carlos aus Kuba. Besonders auffallend war, dass hier auch Mitglieder der japanischen Roten Armee, der

Revolutionären Zellen, der Brigade 2. Juni und der RAF aus Deutschland für ausländische Operationen im Namen der PFLP rekrutiert wurden und dafür in PFLP-Lagern ausgebildet wurden.

4.4. Terroranschläge

Im Jahr 1968 gab es eine Flugzeugentführung, bei der drei Mitglieder der PFLP unter Führung von Wadi Haddad ein El-Al-Flugzeug nach Rom entführen und schließlich nach Algier umleiten. Ziel ist die Freipressung von in Israel als Terroristen inhaftierten Palästinensern im Austausch gegen die 22 als Geiseln gehaltenen israelischen Besatzungsmitglieder und Passagiere – die 23 Nicht-Israelis werden unmittelbar freigelassen. Nach mehrwöchigen Verhandlungen werden schließlich die letzten zwölf israelischen Geiseln freigelassen, im Gegenzug entlässt Israel 16 militante Palästinenser. Die Entführer werden von den algerischen Behörden nicht behelligt. Im Jahr 1969 fand ein Attentat in Kloten am Flughafen Zürich statt, bei dem beschießen vier Attentäter ein El-Al-Flugzeug, wobei der Copilot und ein Attentäter sterben In diesem Jahr gab es die erste Flugzeugentführung der PFLP-Aktivistin Leila Chaled. Der Flug TWA 840 wird nach Damaskus entführt. Die Maschine wird dort evakuiert und danach am Boden gesprengt. Das Bild vom abgerissenen Cockpit geht um die Welt. Syrien nimmt sechs der von den Entführern freigelassenen israelischen Passagiere als Geiseln und tauscht sie später gegen 13 Kriegsgefangene aus. Im Jahr 1970 entführt die PFLP in einer koordinierten Aktion vier Flugzeuge, eine fünfte Entführung scheitert. Die Flugzeuge der Swissair, der BOAC und der TWA müssen auf dem stillgelegten Flugfeld Dawson's Field nahe Zarqa landen. Es entwickelt sich ein zermürbender Nervenkrieg um die Freilassung der Geiseln im Austausch für palästinensische Terroristen, unter anderem die wegen des Attentats in Kloten vom 18. Februar 1969 in der Schweiz im Gefängnis sitzenden Attentäter. Die vierte Maschine der Pan-Am entführen sie zuerst nach Beirut, dann nach Kairo. Letztlich kommen alle Geiseln unversehrt frei, die Flugzeuge werden am 12. September gesprengt. Die Ereignisse gipfeln im sogenannten „Schwarzen September". Die PFLP hoffte bis zum Ende auf ein militärisches Eingreifen ihrer Schutzmacht Syrien. Tatsächlich ließ Syrien zur Unterstützung der PLO Panzer nach Jordanien einmarschieren, welche jedoch am 22. September von der jordanischen Armee zurückgeschlagen wurden. Daraufhin flieht sie, wie die meisten der PLO-Unterorganisationen, mit ihrem Büro und den meisten ihrer Mitglieder in den Libanon. Im Jahr 1972 fand das Massaker am Flughafen Lod statt. Nach Beauftragung und Training durch die PFLP-EO ermorden drei Mitglieder der Japanischen Roten Armee am Flughafen Lod (Israel) 26 Menschen, überwiegend Mitglieder einer christlichen Pilgergruppe aus Puerto Rico. Im Jahr 1974 überfallen Angehörige der PFLP-EO die japanische Botschaft in Kuwait. Gleichzeitig stürmen Mitglieder der Japanische Roten Armee eine Anlage des Shell-Konzerns auf einer Insel vor Singapur und nehmen fünf Geiseln. Im Jahr 1976 gab es die Entführung eines aus Israel kommenden Air-France-Flugzeugs von Athen über Bengasi nach Entebbe durch die Haddad-Gruppe (PFLP-EO) unter Beteiligung von zwei deutschen Mitgliedern der Revolutionären Zellen. Ein Einsatzkommando der israelischen Streitkräfte kann die Geiselnehmer in der „Operation Entebbe" überwältigen und 102 der 106 mehrheitlich israelischen Geiseln retten. Im Jahr 1977 gab es die Entführung des Flugzeugs „Landshut". Die Entführung war einer in Palma de Mallorca gestarteten Lufthansa-Maschine durch Mitglieder der PFLP-EO über mehrere Stationen nach Mogadischu und die Ermordung des Piloten. Die Aktion erfolgt zur Unterstützung der Roten Armee Fraktion im Rahmen des „Deutschen Herbstes". Am Flughafen Mogadischu erfolgt mit der „Operation Feuerzauber" die Überwältigung der Geiselnehmer und die Befreiung der 86 überwiegend deutschen Geiseln durch die deutsche Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9). Am 17. Oktober 2001 wird der israelische Minister für Tourismus, Rechaw'am Ze'ewi ermordet. Am 18. November 2014 drangen zwei PFLP-Terroristen während des morgendlichen Shabat Gottesdienstes in die Kehilat-Bnei-Torah-Synagoge im jüdisch-orthodoxen Jerusalemer Stadtteil Har Nof ein und ermordeten dort mit Äxten, Messern und Pistolen vier Rabbiner und einen Polizisten. Ein weiterer Polizist und sieben andere Juden wurden verletzt. Die PFLP übernahm die Verantwortung für den Angriff und pries ihn als „eine Form des Widerstands, der verstärkt werden sollte", und man müsse

„gemeinsam Widerstand gegen die [israelische] Besatzung“ leisten. Einer der Verletzten, gleichfalls ein Rabbiner, erlag ein knappes Jahr später seinen schweren Verletzungen. Im Jahr 2017 verletzten zwei palästinensische PFLP-Mitglieder und ein Hamas-Mitglied in Jerusalem eine Polizistin tödlich.

4.5. Militärische Operationen

Der bewaffnete Kampf spielte in der PFLP immer eine entscheidende Rolle. Die PFLP verstand sich immer als revolutionär, also auch militant kämpfende Organisation. Zur Geldbeschaffung arbeitete die PFLP zeitweise mit der dänischen Untergrundgruppe Blekingegadebanden zusammen. Seit der Tötung von Abu Ali Mustafa im Jahr 2001 durch die israelische Armee und seit der Al-Aqsa-Intifada bilden die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden den Arm für militärische Operationen. Kommandierender ist der schon früher im militärischen Arm der PFLP arbeitende Ahad Yusuf Musa Olma. Die Brigaden, die in den gesamten besetzten Gebieten vertreten sind, traten vor allem während der Al-Aqsa-Intifada, dem Kampf 2006 um das Gefängnis, in dem Ahmad Saadat saß, sowie seit den Operationen Israels gegen den Gaza-Streifen ab 2007 stark mit Selbstmordanschlägen, Kassam-Raketenangriffen, Verschleppungen, Angriffen auf Streitkräfte Israels und den Beschuss von jüdischen Siedlungen in Erscheinung. Neuerdings machte sie mit Drohungen gegen Mitglieder der Knesset auf sich aufmerksam. Seit dem Krieg in Israel und Gaza seit 2023 ist die PFLP Konfliktpartei auf Seite der Hamas. Islamitische Organisationen wie Hamas oder der Hisbollah-nahe libanesisch-schiitische Islamische Dschihad erkennen den Dachverband nicht an, waren auch nie Mitglieder der PLO, sondern wurden in Opposition zu ihr gegründet. Die Fatah trat 1967 der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei und erhielt 33 von 105 Sitzen im Exekutivkomitee der PLO. Fatah-Mitglied Arafat wurde 1969 Vorsitzender der PLO, nachdem ihm Yahya Hammuda diesen Posten überlassen hatte. Die Hamas entstand 1987 während des ersten palästinensischen Aufstands (Intifada) als Auswuchs der Muslimbruderschaft. Die Fatah ist heute die stärkste Fraktion innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Sie ist Vollmitglied in der Sozialistischen Internationalen und hat in der Sozialdemokratischen Partei Europas Beobachterstatus. Die PLO und ihre dominierende Fraktion, die Fatah, werden oft mit stärker religiös orientierten Gruppierungen wie der Hamas und dem Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) verglichen. Alle drei vertreten jedoch eine überwiegend muslimische Bevölkerung. Praktisch die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete ist muslimisch, überwiegend sunnitisch. Nach Angaben des US-Außenministeriums „hat die Hamas Geld, Waffen und Ausbildung vom Iran erhalten und sammelt Gelder in den Ländern des Persischen Golfs“, und der Iran unterstützt palästinensische Militante jährlich mit insgesamt bis zu 100 Millionen Dollar. Der Vorsitzende vertritt die PLO und das palästinensische Volk gegenüber der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Vereinten Nationen. Er wird von den Mitgliedern des PLO-Exekutivkomitees gewählt. Seit dem 29. Oktober 2004 ist Mahmud Abbas Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees. Israel akzeptierte die PLO als Vertreter der Palästinenser. Die PLO sagte sich vom Terrorismus los und erkannte Israels Existenzrecht in Frieden an. Beide Seiten einigten sich darauf, eine Palästinensische Autonomiebehörde (PA) zu gründen, die innerhalb von fünf Jahren die Regierungsverantwortung im Westjordanland und im Gazastreifen übernehmen sollte. Seit 2007, als sie die Palästinensische Autonomiebehörde verdrängte, ist die Hamas de facto das Regierungsorgan im Gazastreifen. Außenpolitisch hat die Hamas in der Vergangenheit Beziehungen zu Ägypten, dem Iran, Katar, Saudi-Arabien, Syrien und der Türkei angestrebt; einige ihrer Beziehungen wurden durch den Arabischen Frühling beeinflusst.

4.6. PFLP-Positionen in der PLO

In den Jahren 1973/74 wurden innerhalb der PLO die großen Fragen der Strategieänderung diskutiert, um ihre Ziele zu erreichen. Diese Strategiedebatte beherrschte den Juni 1974. Al-Fatah und PFLP vertraten gegensätzliche Meinungen. Besonders wies die PFLP „kapitulationistische“ Kompromisse zurück. Es gab keine Einigung. Arafat führte damit eine gespaltene PLO auf den

Weg zu den Friedensverhandlungen mit Jordanien. Zwischen Arafat und König Husseins gab es eine Versöhnung. Im März 1977 fand zwischen beiden eine Annäherung seit dem „Schwarzen September“ statt. Es folgte die Einigung auf „informelle Bindungen“ zwischen Jordanien und einem unabhängigen Palästinenserstaat. Hindernisse auf dem Weg der diplomatisch-politischen Verhandlungen war der innerpalästinensische Widerstand, der von der PFLP angeführte „Ablehnungsfront“. Für diese war deshalb eine Versöhnung mit dem haschemitischen „Erzfeind“ nicht tragbar. Es erfolgten Anschläge auf Anhänger des gemeinsamen Weges im Westjordanland. Die Spaltung der PLO erfolgte im Mai 1983. Da es keine Erfolge zugunsten der PLO-Verhandlungspolitik gab und Fatah-Offiziere meuterten, unterstützt vom syrischen Geheimdienst, wurde die PFLP in ein Lager in Pro-syrisch und in ein Lager Arafattreu gespalten. Bis 1985 übte Arafat deshalb häufige Kurswechsel aus. Ende der 80er Jahre kam es zur Vereinigung aller oppositionellen Fraktionen: der Demokratischen Allianz PFLP/DFLP und der Nationalen Errettungsfront PFLP-GC/al-Fatah-abu nidals/as-saika.

4.7. Aktivitäten in Deutschland

Historisch hatte die RAF gute Beziehungen zur PFLP. In Deutschland gab es zahlreiche Veranstaltungen und Veranstaltungsversuche zur Unterstützung und Rekrutierung für die PFLP, was Deutschland bereits in der internationalen Presse in die Kritik brachte. Abgeordnete der Knesset und des Bundestages fordern in einem Schreiben an Bundesinnenminister Thomas de Maizière, ein Betätigungsverbot der Organisation in Deutschland zu erlassen. Auseinandersetzungen um Raumanmietungen für Unterstützungsveranstaltungen im Haus des Neuen Deutschland führen immer wieder zu Auseinandersetzungen. Nach Einschätzung des Bundesamts für Verfassungsschutz ist die PFLP in Deutschland bisher nicht nennenswert in Erscheinung getreten, wenn auch vereinzelt über Benefizveranstaltungen und Demonstrationsteilnahmen berichtet wird. Daneben gab es auch eine Reihe von Auftritten bzw. Auftrittsversuchen von PFLP-Mitgliedern. Das baden-württembergische Innenministerium stellte im September 2017 in Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Landtag fest, dass die PFLP vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werde. 2017 sind jedoch keine verfassungsfeindlichen Aktionen bekannt geworden. Ende August 2017 berichteten deutsche und israelische Medien, dass die PFLP bzw. einzelne ihrer Repräsentanten über eine „Internationalistische Liste“ mit der linksradikalen Kleinpartei Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) für die Wahl zum Bundestag kandidieren würden und dass der damalige bündnis-grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck die Kooperation von MLPD und PFLP scharf kritisiere. Zu einer entsprechenden Gegendarstellung der MLPD räumte die Zeitung „Die Welt“ jedoch ein, dass keine PFLP-Mitglieder auf den MLPD-Landeslisten angetreten seien. Tatsächlich aber gehörten „Sympathisanten der PFLP“ zum „Internationalistischen Bündnis“, das im Wahlkampf mit der MLPD kooperierte. Eine im September von der MLPD erwirkte einstweilige Verfügung gegen Becks Äußerungen im Bundestagswahlkampf hob das Landgericht Hamburg im Dezember 2017 auf.

Exkurs: Die deutsche Linke und ihr Verhältnis zur PFLP und der Palästinenser-Soli als Antideutsche.

Antideutsche sind eine aus verschiedenen Teilen der Linken hervorgegangene politische Strömung in Deutschland und Österreich. Akteure dieser Strömung wenden sich gegen den deutschen Nationalismus, der insbesondere im Zuge des Beitritts der DDR zur BRD (deutschen Wiedervereinigung) erstarkte („Baseballschlägerjahre“). Weitere antideutsche Positionen sind Solidarität mit Israel sowie Gegnerschaft zu Antizionismus, Antisemitismus, Antiamerikanismus als auch bestimmten („regressiven“) Formen des Antikapitalismus und Antiimperialismus. Diese führten und führen zu Kontroversen innerhalb des linken Spektrums.

Begriffsgeschichte

Markus Mohr und Sebastian Haunss führen die Geschichte des Begriffs „antideutsch“ auf „mehr oder minder explizit antideutsch motivierte Ideen und Gedanken“ zurück. So habe 1844 Karl Marx in seiner Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie den „Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings!“ gefordert. Antideutsche Ideen habe auch Sebastian Haffner in den 1930er Jahren in seinen Büchern Germany: Jekyll & Hyde und Geschichte eines Deutschen entwickelt. Der britische Diplomat Robert Vansittart habe während des Zweiten Weltkrieges allen Deutschen eine „pathologische Aggressivität“ unterstellt und sie als „die Störenfriede der Zivilisation seit Tacitus“ bezeichnet. In der Neuen Linken taucht erstmals auf der Titelseite des linksradikalen Untergrundblattes 883 aus West-Berlin in der 27. Ausgabe vom 14. August 1969 die Formulierung „Anti-deutsche Agitation“ auf. Es „scheint dieser Begriff offenbar von der militant-antikommunistisch eingestellten Frontstadtbevölkerung den protestwilligen Studenten entgegen gehalten worden zu sein“, so Mohr und Haunss. Der Begriff Antideutsche war bis 1989 noch eine ziemlich diffuse Fremdbezeichnung für die innerdeutsche antipatriotische Bewegung wie auch für die Politik der Anti-Hitler-Koalition gegenüber dem NS-Staat im Zweiten Weltkrieg. Vor dem Hintergrund des Zweiten Golfkrieges 1991, bei dem es auf Antikriegsdemonstrationen laut Bundesinnenministerium auch zu Sympathieäußerungen für das Regime Saddam Husseins gekommen war, solidarisierten sich insbesondere die Zeitschrift konkret, deren Herausgeber Hermann L. Gremliza und Teile des zerfallenden Kommunistischen Bundes (KB) bedingungslos mit dem Staat Israel. Seine heutige Prägung erfuhr der Begriff erst später. 1990 verfasste Jürgen Elsässer einen programmatischen Artikel Warum die Linke antideutsch sein muss. Zudem gab es das bundesweite, zentrale Bündnis Radikale Linke mit der Parole „Nie wieder Deutschland“ und in dem Kontext zwei Großdemonstrationen: Eine zuerst in Frankfurt am Main am 12. Mai 1990 und danach die Demonstration am 3. November 1990 in Berlin unter dem Titel „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. In der Folgezeit entstanden unter anderem aus dem Spektrum des ehemaligen Kommunistischen Bundes mit seiner Monatszeitung Arbeiterkampf durch Abspaltung die Magazine 17° C: Zeitschrift für den Rest und die Bahamas rund um Justus Wertmüller. Während die 17°C von 1991 bis 2000 existierten, wurde von der Bahamas und ihren Anhängern „anti-deutsch“ als Selbstbezeichnung einer spezifischen, politischen Strömung geprägt. Im Vorfeld der Bahamas-Konferenz 2009 wurde dann eine Distanzierung von der selbstgewählten Zuschreibung vollzogen und ein Abschied von den „abgehangenen Attributen“ kommunistisch, israelsolidarisch sowie antideutsch verkündet und die Begrifflichkeit „ideologiekritisch“ als neuer zentraler Bezugspunkt eingeführt. Ebenso distanzierten sie sich vehement von den ehemals vertretenen Positionen. Der Kosovokrieg, den die rot-grüne Bundesregierung mit der deutschen Vergangenheit legitimierte, führte 1999 zu Kontroversen in der politischen Linken: Die Mehrheit der radikalen Linken, aber auch etablierte Linksliberale stellten sich auf die Seite Serbiens und gegen die Intervention der NATO, sehr wenige „Antiimperialisten“ solidarisierten sich mit der UÇK, einige autonome und „antinationale“ Linke wandten sich in abstrakter Weise sowohl gegen die NATO-Intervention als auch gegen den serbischen Krieg und Nationalismus. Die pro-serbische Position vereinte auch die ansonsten feindseligen „Antideutschen“ und „Antiimperialisten“. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel 2023 kam es bundesweit zu Demonstrationen pro-palästinensischer Linker und Angriffen auf Projekte wie die Rote Flora, denen aufgrund einer Positionierung gegen Antisemitismus ein „antideutscher Grundkonsens“ unterstellt wurde.

Positionen und Selbstverständnis

Die Antideutschen sind eine heterogene, aber in zentralen Punkten konsistente politische Strömung innerhalb der radikalen Linken, die sich infolge der deutschen Wiedervereinigung und vor dem Hintergrund globaler Konflikte (u. a. Zweiter Golfkrieg) formierte. Ihr ideologisches Zentrum ist

eine fundamentale Ablehnung des deutschen Nationalismus, eine radikale Kritik an Antisemitismus, Antizionismus und Antiamerikanismus sowie eine grundsätzliche Solidarität mit Israel als Zufluchtsort jüdischen Lebens nach der Shoah. Viele Vertreter der antideutschen Strömung betrachten die bedingungslose Solidarität mit Israel nicht nur als moralisches Gebot, sondern als zentrales Identitätsmerkmal der Bewegung. Diese Haltung dient bewusst der Abgrenzung vom innerhalb der deutschen Linken weit verbreiteten Antizionismus und wird von den Antideutschen strategisch als Bruch mit traditionellen linken Denkmustern verstanden. Antideutsche verstehen sich selbst oft als konsequente Weiterdenker der linken Tradition – insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem von ihnen postulierten Versagen klassischer, linker Bewegungen, den Antisemitismus ausreichend zu erkennen und zu bekämpfen. Sie kritisieren weite Teile der radikalen Linken dafür, autoritäre oder reaktionäre Regime unter dem Banner des Antiimperialismus zu relativieren oder zu unterstützen. Ein besonders scharfer Konflikt entwickelte sich zwischen den Antideutschen und der deutschen Friedensbewegung. Diese wurde von den Antideutschen als nationalistisch, geschichtsvergessen und latent antisemitisch wahrgenommen. Der Slogan „Nie wieder Deutschland“ richtete sich explizit gegen das Friedensnarrativ einer versöhnten Nation. Gleichzeitig kam es zu internen Auseinandersetzungen innerhalb der antideutschen Szene, unter anderem im Streit um die Rezeption von Daniel Goldhagens Thesen, die Rolle des Antiamerikanismus sowie die Bewertung postkolonialer Diskurse. Diese Friktionen spiegelten sich auch in publizistischen Foren wie Bahamas und Jungle World, die unterschiedliche Ausprägungen antideutscher Positionen repräsentierten. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 bezogen viele Antideutsche dezidiert Stellung gegen islamitischen Terrorismus, den sie häufig mit dem Begriff „Islamofaschismus“ belegten. Diese Gruppen interpretierten den Islamismus als moderne Erscheinungsform des Faschismus und setzten ihn in Kontinuität zum historischen Nationalsozialismus. Entsprechend unterstützten sie militärische Interventionen der Vereinigten Staaten, etwa in Afghanistan oder im Irak, sofern diese als Teil des Kampfes gegen antisemitische Ideologien verstanden wurden. Diese Position führte zu einer weiteren Polarisierung innerhalb der deutschen Linken. Die antideutsche Szene ist publizistisch geprägt und tritt seltener in Form politischer Organisationen auf. Ihre Diskurse sind stark theoriebezogen, häufig beeinflusst durch Kritische Theorie (Adorno, Horkheimer), aber auch durch polemisch-essayistische Stilformen.

Typische Elemente antideutscher Positionen können also wie folgt charakterisiert werden:

1. radikale Solidarität mit Israel, einschließlich einer konsequenten Verteidigung seines Rechts auf Selbstverteidigung und seiner Existenz als jüdischer Staat – selbst dann, wenn dies zu umstrittenen Positionen in Bezug auf israelische Militäreinsätze führt;
2. Kritik an strukturellem Antisemitismus in linken, antiimperialistischen und islamitischen Diskursen;
3. Ablehnung von Deutschtümelei und nationaler Identität als potenziell faschistoide Form;
4. Distanz zu antiwestlicher, antiamerikanischer Rhetorik, die als Einfallstor für verkappten Antisemitismus gilt;
5. Misstrauen gegenüber regressivem Antikapitalismus, insbesondere wenn er mit antisemitischen Stereotypen („raffendes Kapital“) arbeitet.

Kontroverse

Nach dem Russischen Überfall auf die Ukraine von 2022 wandte sich die konkret, das älteste Medium des antideutschen Spektrums, von seinem bisher in der Außenpolitik verfolgten eher pro-westlichen Kurs ab und titelte den russischen Überfall auf die Ukraine mit einer antiimperialistischen „Nato-Aggression gegen Russland“. Dies führte dazu, dass 30 Autoren des Blattes erklärten, nicht mehr für die konkret schreiben zu wollen.

Kritik aus anderen linken Strömungen

Im Kern wird den Antideutschen eine „Rückkehr in die bürgerliche Wertegemeinschaft“ unter Aufgabe linkspolitischer Grundwerte vorgeworfen. Gerhard Hanloser bemängelte im von ihm herausgegebenen Sammelband Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken, hieran anknüpfend, eine „Kritische Kritik“, wie Karl Marx sie in Bezug auf Bruno Bauer als bloß theoretisierende, nicht aber praktische Kritik bekämpfte. Diese „Kritische Kritik“ sei letztlich, so Hanloser, nur eine „Selbstbespiegelung vermeintlich kritischer Geister“. Kritik verkomme so zum „Habitus“ und setze sich mit „Denunziation“ und „Polemik“ gleich, was sich auch im oft unsachlichen Stil antideutscher Publikationen widerspiegelt. Ilse Bindseil kritisiert in einem im gleichen Sammelband erschienenen Beitrag, dass die Antideutschen sich letztlich nicht mit den Konsequenzen von Auschwitz für die deutsche Gesellschaft und für die eigene Biografie beschäftigten. Sie wirft den Antideutschen moralisches Sektierertum vor und sieht dessen Ursache in einer „Suche nach Flucht in die Unschuld“ der Nach-68er, die erkennen mussten, dass der Bruch mit der Nazi-Generation sie nicht vor den Zuständen der „postfaschistischen Gesellschaft“ schütze. Statt der Komplexität von Themen wie Auschwitz gerecht zu werden, bestehe in diesem Teil der Gesellschaft der Hang zu unterkomplexen Reflexions- und Handlungsschemata, die letztlich vom Ausgangsproblem ablenkten und dieses nicht mehr transparent erscheinen ließen. „Das Böse musste her, damit der Riss in der Biografie gekittet werden konnte.“

Einschätzung durch Behörden

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes von 2006 stellte die Antideutschen aufgrund unterschiedlicher ideologischer Ausprägungen nicht als einheitlichen Block dar. Als Gemeinsamkeit nannte er das Bekenntnis zu „bedingungslose[r] Solidarität mit der Politik Israels und dem jüdischen Volk“. Dies schließe die „Befürwortung aller Maßnahmen ein, die geeignet erscheinen, den Bestand des Staates Israel als einzigen Schutzraum der Holocaustüberlebenden zu sichern. Da die USA als einziger ‚ehrlicher‘ Verbündeter Israels gesehen würden, wendeten sich Teile der Antideutschen gegen jede Form des Antiamerikanismus.“ Der Verfassungsschutzbericht 2008 sah den Höhepunkt des antideutschen Einflusses auf den „traditionellen Linksextremismus“ inzwischen überschritten; ihm werde in der Szene kaum noch Aufmerksamkeit entgegengebracht. Im Bericht des Folgejahres wurden Antideutsche nicht mehr erwähnt. Nach einem von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichten Aufsatz des Politikwissenschaftlers Rudolf van Hüllens aus dem Jahr 2015 verdiene die offensichtliche Bewusstwerdung des rassistisch-antisemitischen Charakters des Nationalsozialismus bei den Antideutschen Anerkennung, denn die Ausblendung des Antisemitismus stelle eine der gravierendsten ideologischen Fehlleistungen des Antifaschismus dar. Zugleich würden sich die Antideutschen – „vermutlich unwissentlich“ – auf die Trennlinie zu bewegen, die demokratisches Engagement für Entwicklungsländer und gegen Rechtsextremismus wie auch Antisemitismus bisher von ihren linksextremistischen Verzerrungen „Antiimperialismus“ und „Antifaschismus“ geschieden habe. Dabei seien Ablösungsprozesse von totalitären Ideologien des Marxismus-Leninismus in Gang gekommen. Allerdings sei die undifferenzierte Assoziation des Islam mit islamitischer Gewalt, gegenaufklärerisch und geeignet, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu fördern. Das gelte auch für die Suggestion, die Deutschen seien aufgrund historischer, kultureller kollektiver mentaler Prägungen in besonderem Maße für extremistische Gewalt gegenüber anderen prädestiniert.

Weitere Entwicklung

Der seit der Gründung der PFLP amtierende Generalsekretär Habasch trat im Juli 2000 aus gesundheitlichen Gründen zurück. Habaschs Nachfolger wurde am 8. Juli 2000 Abu Ali Mustafa, der am 27. August 2001 einer gezielten Tötung durch die israelische Armee zum Opfer fiel. Nach ihm benannte sich kurz danach der militärische Teil der PFLP Abu-Ali-Mustafa-Brigaden. Ein

Kommando der Brigaden tötete kurz darauf als Vergeltung den israelischen Tourismusminister Rechaw'am Ze'ewi. Schon kurz vor dem Anschlag hatte die zweite Al-Aqsa-Intifada begonnen. Als Reaktion darauf forderte die israelische Regierung die Verhaftung des neuen Generalsekretärs Ahmad Saadat, des Chefs der Abu-Ali-Mustafa-Brigaden, sowie einiger weiterer PFLP-Angehörigen, denen Israel die Planung bzw. Durchführung des Attentats vorwirft. Diesem Druck kam die Palästinensische Autonomiebehörde schließlich nach und ließ alle verhaften. Währenddessen kämpften Brigaden-Einheiten in der zweiten Intifada aktiv mit. So waren die Abu-Ali-Mustafa-Brigade-Einheiten, obwohl kleiner als etwa die bewaffneten Kräfte der Hamas oder die Fatah-Milizen, an militanten und gewalttätigen Demonstrationen, direkten Kampfhandlungen und Schießereien mit der israelischen Armee, an Selbstmordanschlägen und Attentaten führend beteiligt.

Das Politbüromitglied Jamil al-Majdalawi sagte zur Beteiligung der PFLP an der Intifada 2001 zusammenfassend:

„Die Linke hat durch ihre Aufklärungsarbeit in den letzten Jahren die politische Stimmung für die Intifada verstärkt. Zurzeit ist die Linke an allen Aktivitäten der neuen Intifada in allen Bereichen beteiligt. Die Linke ist auf der Straße anwesend, in den oberen Koordinierungskomitees aktiv, sowie in den verschiedenen Volkskomitees, die unterschiedliche Aufgaben haben: z. B. wirtschaftliche Komitees zur Unterstützung von armen Familien, politische Komitees, Gefangenenkomitees… etc. Die Linke nimmt auch am bewaffneten Kampf teil."

Während der Amtszeit des früheren palästinensischen Ministerpräsidenten Mahmud Abbas wurde im Sommer des Jahres 2003 eine Waffenpause ausgehandelt, an der sich jedoch einige Organisationen, unter ihnen auch die PFLP, nicht beteiligten. Nach Arafats Tod im November 2004 bemühte sich die PFLP um eine gemeinsame Kandidatur mit der DFLP und der Palestinian People's Party und führte Gespräche mit diesen Gruppen, die aber zu keiner Einigung führten. Infolgedessen unterstützte die PFLP dann bei der Präsidentenwahl 2005 die Palästinensische Nationale Initiative um deren Spitzenkandidaten Mustafa Barghuti. Dieser gewann dann insgesamt etwa 19,5 Prozent der Stimmen und wurde damit hinter Mahmud Abbas zweitstärkster Kandidat.

Wahlen 2006

Bei den Wahlen zum palästinensischen Parlament am 25. Januar 2006 trat die PFLP mit der Liste Märtyrer Abu Ali Mustafa an und erhielt 4,25 Prozent der Stimmen. Dabei schnitten sie in ihren Hochburgen am besten ab: In Bethlehem bekamen sie 9,4 Prozent, in Ramallah 6,6 Prozent und in Nordgaza 6,5 Prozent. Mit diesem Ergebnis ist sie drittstärkste Partei im Parlament und mit drei Abgeordneten vertreten: dem in israelischer Haft sitzenden Generalsekretär Ahmad Saadat, Jamil al-Majdalawi und Chalida Dscharrar. An der Regierung „der nationalen Einheit", aus Hamas, Fatah, DFLP und anderen kleineren linken und bürgerlichen Gruppen, beteiligte sich die PFLP als einzige Oppositionspartei im Parlament nicht.

Die Abgeordnete für die PFLP Chalida Dscharrar sagte dazu in einem Interview im April 2007:

„Wir haben das Mekka-Abkommen begrüßt, weil es den internen Kampf beendet hat, aber wir werden eine positive Opposition betreiben… weil wir es für einen Schritt zurück halten."

Weiterhin beteiligte sich die PFLP bzw. ihr militärischer Arm an Anschlägen und Angriffe gegen israelische Ziele. Dazu gehörten beispielsweise die Entführung von vier Amerikanern und zwei Franzosen 2006 sowie Schießereien und Angriffe auf israelische und westliche Gebäude, die alle im Zusammenhang mit dem in Haft sitzenden Ahmad Saadat und anderen PFLP-Mitgliedern stehen. Auch während der Stürmung des Gefängnisses durch die israelische Armee selbst kam es zu Gefechten zwischen den inhaftierten PFLP-Gefangenen und den Streitkräften Israels. Im Laufe der israelischen Angriffe und Operationen gegen Ziele im Gazastreifen 2007 verstärkten die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden ihre militärischen Aktivitäten.

Exkurs: Antisemitismus

Als Antisemitismus werden heute alle pauschalen Formen von Judenhass, Judenfeindlichkeit oder Judenfeindschaft bezeichnet. Der Ausdruck entstand 1879 als Eigenbezeichnung deutscher Judenfeinde um den Journalisten Wilhelm Marr. Er wurde nach dem Holocaust zum Sammelbegriff für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die Einzelpersonen oder Gruppen „den Juden" zuordnen und ihnen negative Eigenschaften unterstellen, um die Abwertung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung bis hin zur Vernichtung jüdischer Minderheiten (Völkermord) zu rechtfertigen. Vertreter und Anhänger des Antisemitismus werden „Antisemiten" genannt. Pauschale Judenfeindschaft hat eine rund 2500 Jahre lange Tradition, in der sich eine Vielzahl Bilder, Gerüchte, Klischees, Vorurteile, Ressentiments und Stereotypen von „dem" oder „den" Juden bildeten, überlagern und durchdringen. Anders als bei Fremdenfeindlichkeit werden sie mit angeblich unveränderlichen Eigenschaften von Juden begründet, oft auch ähnlich bezeichnet und dargestellt. So galten Juden ab der Antike als „Feinde der Menschheit", ab dem 2. Jahrhundert als „Christus-" oder „Gottesmörder", ab dem Hochmittelalter als „Brunnenvergifter", „Ritualmörder" und heimliche „Verschwörer", ab der frühen Neuzeit als „Wucherer" oder „Parasiten", „Ausbeuter" und „Weltherrscher". So werden Juden immer wieder als besonders mächtige Verursacher aller möglichen negativen Fehlentwicklungen und Menschen gemachten Katastrophen dargestellt. Diese irrealen, fiktiven Trugbilder (Chimären), die das Judentum ideologisch für verschiedene Zwecke verzerren, haben sich bis heute als sehr stabil und anpassungsfähig erwiesen.

Die Antisemitismusforschung hat keine allgemeingültige Definition des Phänomens aufgestellt, unterscheidet aber zumindest vier Hauptformen:

1. den christlichen Antijudaismus seit der Spätantike, der Juden vorwiegend aus religiösen Motiven abwertet und darum auch sozial und politisch ausgrenzt
2. den neuzeitlichen Antisemitismus seit der Aufklärung, der den Ausschluss von Juden biologistisch und pseudowissenschaftlich begründet und sich mit Nationalismus, Sozialdarwinismus und Rassismus verband. Der „Rassenantisemitismus" wurde in der Zeit des Nationalsozialismus zur staatlichen Ideologie, die den Holocaust vorbereitete und rechtfertigte.
3. den Post-Holocaust-Antisemitismus (PHA) seit 1945, der Juden gerade wegen des Holocaust ablehnt, diesen aus Motiven der Schuldabwehr, verweigerter Erinnerung, Entlastung und Täter-Opfer-Umkehr leugnet oder relativiert. Eine Sonderform davon ist der „Antisemitismus ohne Juden".
4. den auf Israel bezogenen oder antizionistischen Antisemitismus seit 1948: Dabei werden antisemitische Stereotype auf diesen Staat übertragen, der als „kollektiver Jude" konstruiert wird.

In allen Hauptformen treten religiöse, soziale, politische, kulturelle und verschwörungstheoretische Motive neben- oder miteinander auf. Zudem unterscheidet die Forschung latente und manifeste, oppositionelle und staatliche Ausdrucksformen. Aktuelle Forschung ordnet Antisemitismus als spezifische Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein.

Begriff

Der Ausdruck „Antisemitismus" ist eine Neuschöpfung deutscher Antisemiten um den Journalisten Wilhelm Marr. Er erschien erstmals im Dezember 1879 in einem Zeitungsbericht über Marrs im September gegründete Antisemitenliga und deren Programm. Ab 1880 bezeichnete er auch die Ziele der „Berliner Bewegung" um Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke und ihrer „Antisemitenpetition". Er sollte „die Judenfeindschaft mit der Zugehörigkeit der Juden zur semitischen Rasse und Völkerfamilie […] begründen und ihr das Gepräge einer auf letzte Ursachen zurückgehenden wissenschaftlichen Lehre […] geben". Damit wollten sich die damaligen

Judenfeinde vom affektgeladenen Judenhass des Mittelalters abgrenzen und ihren Zielen einen rationalen, aufgeklärten Anstrich geben. Die frühe Vergleichende Sprachwissenschaft unterschied ab 1781 die Sprach- und Völkerfamilien der „Semiten“ und der „Arier“ oder „Indogermanen“ voneinander. Der Indologe Christian Lassen und der Orientalist Ernest Renan bezeichneten mit diesen Namen entgegen gesetzte Nationalcharaktere und Kulturtypen. Indem sie Juden „Semiten“ nannten, stellten sie sie als ethnische Abstammungsgemeinschaft mit minderwertigen Eigenschaften dar. Renan behauptete, das Judentum behindere den politischen Fortschritt der Menschheit durch seine Zerstreuung und sein religiöses Erwählungsbewusstsein. 1860 wies der Bibliograph Moritz Steinschneider dies als „antisemitische Vorurteile“ zurück. Ab 1865 war der Ausdruck „Semitismus“ oder „Semitentum“ lexikalisch etabliert. Somit konnte das Antonym „Antisemitismus“ die Ideologie und Ziele judenfeindlicher Organisationen bezeichnen. Es diente ihnen als politisches Schlagwort, um „den/die Juden“ kollektiv für negativ erlebte und gedeutete Zeiterscheinungen der Moderne verantwortlich zu machen: Er besitze und lenke die kritische Presse, infiltriere die Nation mit egoistischem Gewinnstreben und fremden Ideen wie Rationalismus, Materialismus, Internationalismus, Individualismus, Pluralismus, Kapitalismus, Manchesterliberalismus, Demokratie, Sozialismus und Kommunismus. Er sei schuld am Zerfall („Zersetzung“) traditioneller Gesellschaftsstrukturen, an Ausbeutung, Wirtschaftskrisen, Kapitalkonzentration und Inflation, Uneinigkeit und Schwäche der Nation. Als Eigenbezeichnung „prinzipieller“ Judenfeinde, die die Isolierung, Vertreibung und schließlich die Vernichtung der Juden anstrebten, wurde der Ausdruck im Deutschen Kaiserreich, im Zarenreich Russland, Kaisertum Österreich und nachrevolutionären Frankreich etwa 75 Jahre lang üblich. Historisch richtete sich das Wort nie gegen die „Semiten“, zu denen auch Araber gehören, sondern nur gegen Juden, sollte also deren Ausgrenzung und Verfolgung ursprünglich legitimieren, nicht kritisieren. Der Ausdruck ist also eine etymologische Fehlprägung und vom Ursprung her rassistisch und pseudowissenschaftlich. Dies war einigen Judenfeinden klar. Der Nationalökonom Eugen Dühring lehnte den Ausdruck 1881 ab, um gerade auch europäische, assimilierte Juden als eigene „Rasse“ von anderen „semitischen Völkern“ abzugrenzen. Im August 1935 forderte das Reichspropagandaministerium des NS-Regimes die deutsche Presse auf, „das Wort: antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin richtet. Es soll stattdessen das Wort: antijüdisch gebraucht werden.“ 1943 verlangte der NS-Beamte Hans Hagemeyer von der deutschen Presse, die Bezeichnung Antisemitismus mit Rücksicht auf die arabische Welt zu unterlassen. Denn mit dem Begriff bekunde das feindliche Ausland, die Deutschen würden „Araber und Juden in einen Topf werfen“. Seit 1945 bezeichnet „Antisemitismus“ in kritischer Absicht alle Aspekte judenfeindlicher Ideologie, die den Holocaust ermöglicht, vorbereitet, begleitet und gerechtfertigt haben. Obwohl das eingebürgerte Wort historisch stets Feindschaft gegen Juden, nicht Semiten meinte, kritisieren Rechtsextreme oder Araber bis heute seine angebliche Unschärfe, sei es aus Unkenntnis, vermeintlicher Bauernschläue oder als Schutzbehauptung gegenüber einem Antisemitismusvorwurf. Antisemitismusforscher sind uneins, ob der Begriff alle historischen Formen der Judenfeindschaft mit „eliminatorischen“ Zügen umfassen oder den „modernen“, vor allem den rassistischen Formen seit 1880 vorbehalten werden soll, als der Begriff aufkam. Erstere betonen eher die Kontinuität des Judenhasses, letztere die Unterschiede und sehen die rassistische Begründung als wesentlichen Einschnitt. Umstritten blieb auch die Einordnung und Bezeichnung der nicht mehr religiösen, zugleich noch nicht explizit rassistischen Judenfeindschaft zwischen 1750 und 1880. Viele Forscher verwenden „Antisemitismus“ heute als „Sammelbegriff für negative Stereotypen über Juden, für Ressentiments und Handlungen, die gegen einzelne Juden als Juden oder gegen das Judentum insgesamt sowie gegen Phänomene, weil sie jüdisch seien, gerichtet sind“. In der Umgangssprache wurde der Begriff seit 1945 gleichbedeutend mit „Judenhass“ oder „Judenfeindlichkeit“.

Hauptformen

Antike Judenfeindschaft

Judenfeindschaft entstand in der Antike seit der Zerstörung des ersten Jerusalemer Tempels und Exilierung von Teilen der Israeliten (Babylonisches Exil 586–539 v. Chr.). Die exilierte Minderheit unterschied sich von der umgebenden Mehrheit durch ihre Ess-, Kleidungs-, Wohn- und Sabbat-Bräuche, mit denen sie sich der Assimilation entzog. Ihre Abgrenzungsmerkmale waren vor allem der Glaube an einen einzigen, unsichtbaren Schöpfergott (Monotheismus) mitsamt der Weigerung, andere Götter anzuerkennen, und an die Erwählung des Volkes Israel. Deswegen wurde das Judentum von Ägyptern, Griechen und Römern teils bewundert, teils abgelehnt und als Gefahr für den Zusammenhalt der bestehenden Gesellschaft empfunden. Auch die Sorge vor einer jüdischen Weltherrschaft kam damals schon auf. Seither gab es regionale Judenverfolgungen, etwa die Zerstörung der jüdischen Kolonie Elephantine unter Kambyses II. im Altpersischen Reich (410 v. Chr.) und die Bedrohung des Tempelkults in Judäa durch den Seleukiden Antiochus IV. (167 v. Chr.). Im Römischen Kaiserreich unter Caligula folgte auf jüdischen Widerstand gegen den Kaiserkult in Alexandria 38 n. Chr. ein schweres Judenpogrom. Ägyptische Autoren wie Manetho und griechische Autoren wie Apion fixierten ein negatives Judenbild, besonders das Klischee eines angeblichen jüdischen Menschenhasses, schriftlich und überlieferten es so späteren Bildungsschichten. Die antike Judenfeindschaft beruhte wesentlich auf der Vorstellung von Juden als Fremden (Xenophobie), verstärkt durch die besonderen Merkmale der jüdischen Religion und Kultur. Sie gilt als historischer Vorläufer, jedoch nicht als Hauptursache des späteren Antisemitismus. Dieser entstand erst infolge der Abspaltung des Christentums vom Judentum.

Antijudaismus

Als „Antijudaismus“ bezeichnet man eine vorwiegend religiös begründete Feindschaft von Christen gegen die jüdische Religion. Ausgangspunkt war die Trennung des Christentums vom Judentum ab der Zerstörung des zweiten Jerusalemer Tempels im Jahr 70 n.Chr. Gerade weil beide Gruppen sich auf die gleichen biblischen Überlieferungen bezogen und im Römischen Reich zeitweise gemeinsam verfolgt wurden, verschärfte sich ihre Konkurrenz. So verlagerten schon die ab 70 n.Chr. entstandenen Evangelien die Hauptschuld an der Kreuzigung Jesu von Römern auf Juden. Ungeachtet der projüdischen Haltung des Urchristentums wirkte antijüdische Polemik im Neuen Testament als ständig erneuerter Vorwurf einer jüdischen Kollektivschuld am Tod Jesu weiter. Heidenchristen bestritten den biblischen Anspruch des Judentums auf die Erwählung zum „Volk Gottes“ und entwickelten bis 130 die Substitutionstheologie, die zur Lehre der ganzen Alten Kirche wurde. Zwar lehnte diese Marcions Lehre etwa um 150 n.Chr. ab, der Erlöser Jesus Christus sei der Gegengott zum bösen Weltschöpfer Jawhe, und bewahrten die jüdische Bibel als Altes Testament. Sie legten dieses aber durchweg antijüdisch aus und bildeten mit Predigten und Adversus-Judaeos-Texten eine Fülle judenfeindlicher Stereotype aus. Zentral wurde ab 160 der Vorwurf des Gottesmordes: Die Juden hätten den gottgleichen Sohn Gottes gekreuzigt und damit das denkbar größte, universale Verbrechen begangen. Zur Strafe habe Gott ihren Tempel zerstört und sie in fremde Länder zerstreut. Folglich könnten sie ihre Tora nicht mehr einhalten und keinen gültigen Gottesdienst mehr feiern. Sie seien gesetzlos, unmoralisch, blind und verstockt gegen die Erkenntnis Jesu als des wahren Messias, den die Bibel beweise. Darum sei das Judentum bleibend verflucht. Juden könnten das Heil nur durch die christliche Taufe, also Aufgabe ihres Judenseins erlangen. Als die Kirche im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion des Römischen Reiches aufstieg, wirkte sich das etablierte christliche Feindbild sozialpolitisch aus: Juden erhielten einen verminderten Rechtsstatus. Augustinus von Hippo legte die lange gültige theologische Leitlinie dafür fest: Er erklärte die Juden zu „Büchersklaven“ der Christen, verbot aber auch, sie zu verfolgen und zu töten, um die von Gott gewollte Judenmission offenzuhalten. Im Hochmittelalter nahm die antijüdische Kirchenpolitik Züge einer systematischen Verfolgung an. Mit aus dem Gottesmorddogma entwickelten Legenden angeblicher Ritualmorde und Hostienfrevel wurden die Juden kriminalisiert und dämonisiert. Zudem wurden sie ab dem IV. Laterankonzil von 1215 auch

räumlich in Judengassen, Judenvierteln oder Judenghettos isoliert und mit Kleiderordnungen markiert. Die Mitgliedschaft in einer Zunft und damit die Ausübung der meisten Handwerke wurde ihnen verwehrt. Das führte immer wieder zu Judenpogromen, besonders oft an hohen christlichen Feiertagen, in den Kreuzzügen ab dem 11. Jahrhundert, während der Pestpandemie im 14. Jahrhundert (Pestpogrome) und der spanischen Reconquista im 15. Jahrhundert. In der Antisemitismusforschung war seit Joshua Trachtenbergs Buch „The Devil and the Jews“ (1943) lange das Narrativ verbreitet, dass nach dem Zinsverbot, das das Vierte Laterankonzil 1215 für Christen verhängt hatte, Juden aus anderen Berufen in den Geldverleih abgedrängt worden seien, den sie gegen hohe Schutzgelder an die Obrigkeit monopolisiert hätten. Daraus sei das langlebige Stereotyp des arbeitsscheuen, ausbeuterischen, geldgierigen und sich bereichernden „Wucherjuden“ entstanden. Dieser Zusammenhang wird in der jüngeren Forschung als Mythos abgetan. Tatsächlich waren die meisten mittelalterlichen Juden arm; davon, dass sie die in der Kommerziellen Revolution aufkommende Hochfinanz dominiert hätten, konnte keine Rede sein. Das Stereotyp des gierigen Wucherjuden basierte also nicht auf ihrem tatsächlichen ökonomischen Verhalten, sondern nur auf der religiös geprägten Vorstellung der Christen. Die Reformation schien zunächst eine Abkehr vom Antijudaismus anzubahnen. Martin Luther plädierte 1523 in seiner Schrift Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei dafür, die Dämonisierung der Juden und ihre soziale und berufliche Ausgrenzung zu beenden und sie in die christliche Gesellschaft aufzunehmen. Infolge fehlender Missionserfolge rief er jedoch 1543 in seiner Hetzschrift Von den Juden und ihren Lügen alle Fürsten zur Vertreibung der Juden, ihrer Verpflichtung zur Zwangsarbeit, Zerstörung ihrer Synagogen und Wohnungen auf. Dabei erneuerte er auch das Klischee des ausbeuterischen „Wucherjuden“ und überlieferte es in die Neuzeit. Die Aufklärung übernahm einige antijudaistische Stereotype, etwa die Gegenüberstellung einer vermeintlich national begrenzten und materialistischen jüdischen Hassreligion entgegen einer universalen und idealistischen christlichen Liebesreligion. Im 19. Jahrhundert gingen christliche und rassistische Judenfeindschaft ineinander über. So belebten christliche und rassistische Judenfeinde gemeinsam die mittelalterlichen Ritualmordlegenden neu. Ab 1900 waren nationalistische Christen zugleich Antisemiten, so die evangelische Kirchenpartei Deutsche Christen der NS-Zeit. Erst ab etwa 1960 wandten sich einige Kirchen infolge des Holocaust allmählich von der traditionellen Substitutionstheologie und der Judenmission ab.

Geschichte des Antisemitismus bis 1945

In den Säkularisierungsprozessen der Neuzeit traten religiöse Motive der Judenfeindschaft allmählich hinter ökonomische, politische und soziale Motive zurück. Diese überlagerten die tradierten Stereotype, ohne sie abzulösen. Das etablierte Klischee des Wucherjuden bezog sich auf den Sozialstatus von Juden, der seit dem Mittelalter von Berufsverboten und Verdrängung in verachtete Berufe des Handels und Geldverleihs geprägt war. So wurde das Judentum im Frühkapitalismus mit Börse, Finanzkapital und Geldgier gleichgesetzt. Dabei bestärkte die Praxis der Fürsten, wohlhabende Hofjuden zu berufen, dieses etablierte Judenbild. Benachteiligte Stände und aufstrebendes Bürgertum lehnten die ohnehin ausgegrenzten Juden nun aus Sozialneid und Konkurrenz, als angebliche Verursacher von Wirtschaftskrisen oder als Vertreter absolutistischer Herrscher ab. Dies zeigte etwa der Justizmord an Joseph Süß Oppenheimer im Jahr 1737 und die Feindschaft gegen das 1760 entstandene Bankhaus Rothschild. Im 18. Jahrhundert übernahmen auch Vertreter der Aufklärung im Rahmen ihrer Religionskritik überlieferte judenfeindliche Stereotype. Voltaire etwa behauptete: Die Juden seien „kraft ihrer eigenen Gesetze, natürliche Feinde dieser Nationen und schließlich der ganzen Menschheit.“ Das Judentum trage einen „unversöhnlichen Hass gegen alle Völker zur Schau“. Immanuel Kant sprach vom „Wuchergeist“ der Juden und bezichtigte sie des Betrügens, ähnlich später Johann Gottfried Herder und Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Das Klischee des Wucherjuden blieb also epochenübergreifend auch dort bestehen, wo vernunftgemäße Selbstbestimmung auch Juden den Weg zu sozialer Emanzipation ebnen sollte. Die Forschung führt

Judenhass daher nicht auf Bildungsmängel zurück. Die Französische Revolution von 1789 begünstigte europaweit die Bildung von Nationalstaaten mit allgemeinen Bürgerrechten und damit eine jüdische Emanzipation. Diese entsprach dem Übergang von einem statischen Privilegiensystem zur dynamischen Klassengesellschaft, die auf Besitz und Leistung statt Geburtsrechten beruhte. In Deutschland bekämpften sowohl Adelige als auch Bauern, Händler, Handwerker und Kaufleute die Gleichstellung der Juden, ebenso die Nationalbewegung zwischen den Befreiungskriegen ab 1813 und den Revolutionen 1848/1849. Dieser nationale Antisemitismus richtete sich gerade gegen die zu Anpassung und Integration bereiten Juden. Politischer Antisemitismus sieht die als homogenes Kollektiv gedachten Juden als einflussreiche soziale Macht, die sich in politischer Absicht zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen hätten, um die Herrschaft in einem Land oder gleich die Weltherrschaft zu erreichen. Dies soll durch eine geheime Planung in Gestalt einer „jüdischen Weltverschwörung“ geschehen. Ein Beispiel dafür sind die Protokolle der Weisen von Zion. Eng damit verbunden ist der kulturelle Antisemitismus, der Juden auf kultureller Ebene für angeblich verderbliche Entwicklungen verantwortlich macht. Irritierende Neuerungen in Architektur, Kunst, Literatur oder Musik sahen Antisemiten als Folge des jüdischen Einflusses, der als dekadent bewertet, mit der kulturellen Moderne identifiziert und abgelehnt wurde. Als Beispiel dafür gilt die von der NS-Propaganda so bezeichnete „entartete Kunst“. Der europäische, besonders der deutsche Nationalismus sah in den Juden eine nicht zur eigenen Nation gehörende Minderheit, einen Fremdkörper. Er betonte angebliche ethnische Unterschiede, kulturelle Gegensätze und mangelnde Loyalität der Juden gegenüber der eigenen Nation. Doch ließ er ihnen die Perspektive von Assimilation und Religionsübertritt offen, um ihre Diskriminierung zu überwinden.

Post-Holocaust-Antisemitismus

Die Judenfeindschaft „nach Auschwitz“ bezieht sich direkt oder indirekt auf die Shoa und wird auch als „Schuldabwehr“- Antisemitismus bezeichnet. Weil sie alte Stereotype der „jüdischen Rachsucht, Gier und Machtausübung“ zu „Holocaustausbeutung“, „nachtragender Unversöhnlichkeit“ und einem angeblichen „Kritiktabu wegen Auschwitz“ aktualisiert, spricht die empirische Forschung dabei nicht mehr vom „sekundären Antisemitismus“. Der militärische Sieg der Alliierten über den NS-Staat beendete den Holocaust und den Antisemitismus als deutsche Staatsideologie. In der Bundesrepublik Deutschland wurde Antisemitismus fortan öffentlich geächtet, bestand aber in erheblichen Teilen der Bevölkerung fort. Antisemitismus als Erinnerungsabwehr unterstellt, die Erinnerung an den Holocaust diene nur zur Diffamierung der nationalen Identität, Durchsetzung fortgesetzter Wiedergutmachungszahlungen an Israel und politischen Legitimation von dessen Politik im Nahen Osten.

Israel-bezogener und antizionistischer Antisemitismus

Antizionismus entstand als Opposition zur vielgestaltigen jüdischen Bewegung des Zionismus und ist nicht zwangsläufig antisemitisch. Auch manche religiösen oder nichtreligiösen jüdischen Gruppen lehn(t)en − besonders in der Zeit der Gründung der zionistischen Bewegung durch Theodor Herzl auf dem ersten Zionistenkongress 1897 und noch während der Gründungsphase Israels − den Zionismus ab. Ab etwa 1950 machte die Sowjetunion den Ausdruck zum Mittel ihrer Propaganda, um sich mit arabischen Staaten gegen Israel zu verbünden. Westliche, linksgerichtete Gruppen, die einen Antiimperialismus vertraten, übernahmen den Begriff in diesem Sinn. Laut dem Antisemitismusforscher Robert S. Wistrich ist Antizionismus nicht von vornherein antisemitisch, greift aber seit 1948 zunehmend antisemitische Stereotype auf mit dem Ziel, den Staat Israel zu zerstören. Antizionismus habe sich zur gefährlichsten und wirksamsten Form des Antisemitismus der Gegenwart entwickelt, die linke, rechtsextreme, muslimische und christliche Israelfeinde verbinde. Laut Monika Schwarz-Friesel projiziert heutiger Antizionismus das Konzept des „kollektiven Juden“ auf den 1948 gegründeten Staat Israel und stuft ihn stereotyp als Terror- und Unrechtsstaat, Apartheid- und Rassismusregime, „Kindermörderstaat“ und ähnliches ein. Die Stereotype folgten dem Muster des altbekannten Judenhasses: Israel sei an allem

Schuld, sei der Teufel unter den Ländern der Erde, man müsse diesen Staat boykottieren und letztlich auflösen. Diese Form nahm ab den 1960er Jahren enorm zu und gilt in der Forschung als aktuell öffentlich vorherrschende Variante des Judenhasses. Zu ihrer Akzeptanz trägt bei, dass die Vertreter ihren Hass als politisch legitime Israelkritik verdecken und bestreiten, Antisemiten zu sein. Die Symbiose von klassischem und Israel-bezogenem Judenhass, seine Tarnung als legitime Gesellschaftskritik oder Israelkritik, die Betonung eines starken Anti-Rassismus, der als sozial und moralisch notwendig gedeutet wird, und das vehemente Abstreiten des eigenen Antisemitismus sind heute besonders bei linken und gebildeten Antisemiten verbreitet. Diese Form des Antisemitismus herrscht auch in linken Subkulturen und im Kulturbetrieb vor, darunter in der Kampagne Boycott, Divestment and Sanctions (BDS), in intersektionalen, antirassistischen, antiimperialistischen und antiklassistischen Denkrichtungen, in der Klimabewegung, der queeren Community, feministischen Bündnissen, Clubkultur, Hiphop, Punk und Hardcore. Auch in postkolonialen Strömungen werden antisemitische Tendenzen beobachtet. In Israel lebt heute ein großer Anteil aller Juden weltweit; dieser Staat versteht sich seit dem Rückkehrgesetz von 1950 sowie gemäß dem Nationalstaatsgesetz als Zufluchtsort aller Juden. Antizionismus oder „Israelkritik“, die klassische antisemitische Stereotype auf Israel überträgt, sein Existenzrecht bestreitet, NS-Vergleiche benutzt, Täter-Opfer-Umkehr vollzieht und Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, wird darum oft als Tarnung (Camouflage) von Antisemitismus beurteilt. In islamischen und arabischen Staaten ist Antizionismus oft mit Islamismus verbunden. Sofern dieser den Islam antisemitisch interpretiert und dabei Motive aus dem europäischen Antisemitismus aufgreift, sprechen manche Forscher von einem „islamischen Antisemitismus“. Im arabischen Raum entstand bereits mit der zionistischen Besiedlung Palästinas ab Ende des 19. Jahrhunderts ein antisemitischer Antizionismus. Dort wurden aus Europa importierte antisemitische Muster von islamischen Bewegungen aufgegriffen und zunehmend zur Interpretation des Nahostkonflikts verwendet. Auch bei Nichtmuslimen dient Antizionismus oft dazu, sich gegen Antisemitismusvorwürfe zu immunisieren, um Israel wie „die Juden“ zu dämonisieren, zu delegitimieren und zu isolieren. Die Israelfeindschaft verbindet linken Antiimperialismus, Rechtsextremismus und Islamismus und wirkt als potentielle Bedrohung aller Juden. Im Dezember 2024 erklärte die Politikerin und israelische Antisemitismus-Beauftragte Michal Cotler-Wunsh im Interview mit der Zeitung Der Standard: „Israel ist der Jude unter den Nationen, und der Hass auf Israel, der einzige jüdische Staat, ist bloß eine neue Form des alten Antisemitismus.“

Der Präsident der Israelischen Akademie der Wissenschaften, der Informatiker David Harel, schrieb im Juni 2025 in der FAZ:

„Im Raum stehen derzeit drei israelkritische Narrative, die oft miteinander verwechselt werden, bewusst oder unbewusst. Ich möchte sie allgemeinverständlich übersetzen:
1. Antisemitismus bedeutet: „Die Juden sollen verschwinden.“

2. Antiisraelismus beziehungsweise Antizionismus bedeutet: „Der Staat Israel soll verschwinden.“
3. Kritik an Israels Maßnahmen bedeutet: „Die gegenwärtige Regierung soll verschwinden.“

Gegen die ersten beiden Narrativen müssen wir entschlossen eintreten, umso mehr, wenn sie häufig als politische Kritik getarnt sind... Mit derselben Entschlossenheit plädiere ich dafür, das dritte Narrativ ernst zu nehmen.“ Dieses „dritte Narrativ“ erläuterte Michel Friedman in einem Interview im August 2025: „Ich bin ein Gegner der israelischen Regierung, das hat mit diesem Krieg gar nichts zu tun, sondern mit ihren Angriffen auf den Rechtsstaat vor dem Krieg und mit diesen radikal religiösen Parteien in der Koalition. Für diesen Rechtsstaat haben jede Woche 100.000 bis 150.000 Menschen demonstriert. Das entspräche in Deutschland 1,5 Millionen Menschen. Selbst jetzt, während des Krieges, wird gegen die Regierung demonstriert. Da wurde mir klar, die israelische Demokratie geht nicht kaputt,

denn eine Demokratie lebt von ihren aktiven Demokraten, den Menschen, die sie mittragen. In Deutschland hingegen haben wir aktive Berufspolitiker – und sehr viele gelangweilte, dekadente und gleichgültige Demokraten, was mir Sorgen bereitet.“ Auf die Frage nach der Unterscheidung von „heimischem“ und „importiertem Antisemitismus“ in Deutschland antwortete Friedman: „Antisemitismus ist Antisemitismus ist Antisemitismus. Wir haben traditionell in Europa einen rechtsextremistischen, aber auch einen linksextremistischen Antisemitismus. Den Ursprung aller Judenhassfantasien bildet der Antijudaismus der christlichen Kirche. Sie erfand die ersten globalen Fake News: Sie erzählte die große Lüge, Jesus sei von Juden umgebracht worden – und ihre Missionare trugen diese Legende in die ganze Welt. Sie haben aber recht: In den letzten Jahrzehnten wächst der islamitische Judenhass als eine weitere Bedrohung für jüdisches Leben. Ob von links, rechts oder islamitischer Seite: Jüdische Menschen werden angepöbelt, geschubst oder beschimpft. Was mich allerdings auch zutiefst erschüttert, ist die Gleichgültigkeit derjenigen, die das sehen und nichts tun. Man muss kein Held sein, um die 110 anzurufen und um Hilfe zu bitten.“

Definitionen

Die verschiedenen Definitionsversuche des Phänomens spiegeln zum einen den Wandel der Formen des Judenhasses selbst, zum anderen den Fortgang der Forschung dazu.

1945 bis 1990

Nach 1945 vermieden Wörterbücher jede Antisemitismusdefinition, die (wie etwa das Brockhaus Conversationslexikon ab 1882) Juden jene Charaktereigenschaften unterstellte, die Antisemiten ihnen zuschreiben. Manche definieren Antisemitismus streng als rassistischen Judenhass, der sich qualitativ von anderen Formen unterscheide, wie es der singuläre Holocaust gezeigt habe. Dieser sei besonders gefährlich, da behauptete Rasseneigenschaften der Juden ihre Ausrottung als einzig denkbare Lösung erscheinen ließen. Diese Definition schließt jedoch die meisten virulenten Formen von religiös begründetem Judenhass (Antijudaismus) aus. Andere moderne Definitionen ordnen Antisemitismus als bloße Variante eines ethnischen Vorurteils oder Fremdenfeindlichkeit ein, etwa das einflussreiche Merriam-Webster’s Collegiate Dictionary seit 1961: Antisemitismus sei „Feindlichkeit oder Diskriminierung gegenüber Juden als einer religiösen, ethnischen oder rassischen Gruppe“. Manche Historiker verallgemeinern dies zur „Abneigung gegen das Andere“ (dislike of the unlike). Dann wäre Judenhass nur durch die Objektgruppe von anderem Rassismus (etwa gegen Dunkelhäutige) oder Ethnozentrismus (etwa gegen Hispanics) verschieden. Diese Definition hatte zeitweise praktische, politische und juristische Vorteile, weil allgemeiner Minderheitenschutz vor Diskriminierung auch Juden stärker vor Verfolgung zu schützen schien. Manche Historiker betonen zwar eine höhere Intensität von Judenhass gegenüber anderem Minderheitenhass, vernachlässigen aber die Ursache dafür in dessen besonderer Eigenart. Folglich verfehlen sie auch den qualitativen Unterschied zwischen dem bloßen Zeigen eines antisemitischen Symbols wie dem Hakenkreuz und ausgeführter industrieller Judenvernichtung wie im KZ Auschwitz. Dagegen definierten die Autoren der Studie „The Authoritarian Personality“ (1950) um Theodor W. Adorno Antisemitismus als „Ideologie mit stereotypen negativen Ansichten über Juden, die sie als bedrohlich, unmoralisch, kategorisch verschieden von Nicht-Juden, mit akuten feindlichen Haltungen darstellen und auf ihre Beschränkung, Ausschließung und Unterdrückung drängen, um die ‚Judenfrage‘ zu lösen“. Diese Definition ist laut Kenneth L. Marcus (Louis D. Brandeis Center for Human Rights Under Law) auch auf heutigen Antizionismus anwendbar: Ersetze man das Wort „Juden“ darin durch das Wort „Israel“, dann umfasse sie auch das Übertragen klassischer antisemitischer Stereotype auf den Staat Israel (den „Juden unter den Staaten“) und damit verbundene Forderungen zur „Lösung des Israelproblems“, das sich somit als Problem der Nichtjuden erweise. Ab 1966, also noch vor dem Sechstagekrieg von 1967, ergänzte das Merriam-Webster-Dictionary seine Definition: Antisemitismus könne auch „Opposition zum Zionismus“ und

„Sympathie mit den Gegnern des Staates Israel“ bedeuten. Dies schloss theologisch begründete Ablehnung Israels, wie sie etwa die ultraorthodoxe Neturei Charta vertritt, Ablehnung jedes Nationalismus und gewöhnliche Kritik an substantieller Politik Israels aus. Der Definitionszusatz setzte sich nicht durch, machte aber auf die Verbindung von Antizionismus und Antisemitismus aufmerksam. Die Genozidforscherin Helen Fein ergänzte 1987 in ihrer Definition die soziologisch-kulturellen Aspekte: Antisemitismus sei „eine anhaltende latente Struktur feindlicher Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv, die sich in Individuen als Einstellungen und in der Kultur als Mythos, Ideologie, Folklore und Bildsprache und in Handlungen manifestieren – soziale oder rechtliche Diskriminierung, politische Mobilisierung gegen Juden und kollektive oder staatliche Gewalt, was dazu führt und/oder dazu bestimmt ist, Juden als Juden zu distanzieren, zu verdrängen oder zu zerstören.“

EUMC- und IHRA-Arbeitsdefinitionen

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) verzeichnete ab 2001 eine Zunahme antisemitischer Tendenzen. Um die strafrechtliche Behandlung solcher Tendenzen in den EU-Staaten zu erleichtern und zu vereinheitlichen, veröffentlichte die EUMC 2005 eine Arbeitsdefinition:
Antisemitismus ist demnach eine bestimmte Wahrnehmung, die sich als Hass auf jüdische oder nichtjüdische Individuen, ihr Eigentum, ihre Institutionen oder den Staat Israel richten kann. Er „klagt Juden häufig der Verschwörung zum Schaden der Menschheit an und wird oft benutzt, um Jüdinnen und Juden dafür verantwortlich zu machen, wenn etwas falsch läuft‘.“ Er drücke sich in Worten, Texten, Bildern und Taten aus und verwende dazu „unheilvolle Stereotypen und negative Charakterzüge“, etwa:

1. Aufrufe zum Töten oder Schädigen von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder extremistischen religiösen Sicht,
2. verlogene, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Behauptungen über Juden oder die kollektive Macht von Juden, etwa eines Weltjudentums oder jüdischer Kontrolle von Medien, Regierungen usw.,
3. Juden kollektiv für reale oder vermeintliche Vergehen einzelner oder mehrerer Juden oder Nichtjuden zu beschuldigen,
4. Holocaustleugnung,
5. Juden als Kollektiv oder Israel zu beschuldigen, sie hätten den Holocaust erfunden oder dramatisiert,
6. jüdische Staatsbürger zu beschuldigen, sie seien loyaler gegenüber Israel oder vermeintlichen jüdischen Prioritäten weltweit als gegenüber ihren eigenen Staaten,
7. das Selbstbestimmungsrecht von Juden abzulehnen, etwa zu behaupten, Israel sei ein rassistisches Projekt,
8. doppelte Standards anzuwenden, also von Israel Verhalten zu fordern, das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet wird,
9. klassisch-antisemitische Symbole und Bilder wie den Gottesmord-Vorwurf oder die Ritualmordlegende auf Israel oder Israelis anzuwenden,
10. Israels aktuelle Politik mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus zu vergleichen,
11. eine Kollektivverantwortung der Juden für Israels Politik zu behaupten.

Kritik, die an Israel ähnlich wie an anderen Staaten geäußert wird, könne jedoch nicht als antisemitisch eingestuft werden.

Die 34 Mitgliedsstaaten der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) übernahmen am 15. Mai 2016 die EUMC-Definition fast unverändert. Der Beschlusstext und Mitautoren des EUMC-Definitionstextes betonen, dass dieser „nicht für die Umsetzung in europäisches oder nationales Recht gedacht“ gewesen sei. Auch die Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ des European Forum on Antisemitism (EFA) beruht auf der EUMC-Definition von 2005.

Der Ministerrat Österreichs übernahm die IHRA-Arbeitsdefinition am 21. April 2017. Die deutsche Bundesregierung übernahm sie im September 2017 und zählte dabei den ersten Beispielsatz zur Definition:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."

Die IHRA-Definition führt folgende aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre auf, die unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen können, ohne darauf beschränkt zu sein.

„Beispiele:

1. Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
2. Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
3. Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
4. Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
5. Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
6. Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
7. Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
8. Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
9. Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christusmordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
10. Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
11. Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel."

Kritik an der IHRA-Arbeitsdefinition

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Armin Pfahl-Traughber bemängelt an der Arbeitsdefinition fehlende Klarheit, Trennschärfe und Vollständigkeit und plädiert für deren grundlegende Überarbeitung. Es werde nicht deutlich, worin genau die „bestimmte Wahrnehmung" bestehe. Antisemitismus sei keine Kritik, sondern Feindschaft „gegen Juden als Juden". Zwar sei an der Definition begrüßenswert, dass artikuliert wird, dass sich die Judenfeindschaft der Gegenwart häufig genug über den Umweg der Israelfeindschaft ausdrücke, diese werde jedoch überbetont, die anderen Ideologievarianten des Antisemitismus kämen nur am Rande vor. Die American Civil

Liberties Union in den USA kritisierten die Definition, da sie viel zu breit sei und dazu benutzt werden könne, von der Redefreiheit gedeckte Kritik an Israel zu unterdrücken. Auch der israelische Historiker Moshe Zimmermann kritisiert die „Schwammigkeit" der IHRA-Definition. Sie erlaube es, jede Art von Kritik an Israel als antisemitisch zu bezeichnen. Das führe zu einer inflationären Verwendung des Begriffs und dazu, dass „dort, wo Antisemitismus wirklich zu finden ist, […] er möglicherweise nicht erkannt" werde. Der Philosoph und Soziologe Peter Ullrich bezeichnet in einem Gutachten im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung den Anspruch der IHRA-Definition, alle mit der Begriffsklärung verbundenen Probleme lösen und zugleich allgemein anwendbar sein zu wollen, als „gescheitert". Sie sei wenig präzise und in sich widersprüchlich und lasse zudem eklatante Leerstellen. Sie ermögliche es, missliebige Positionen zum Nahostkonflikt zu stigmatisieren und öffentlich zu benachteiligen, was Ullrich „angesichts ihres quasi-rechtlichen Status als Bedrohung der Meinungsfreiheit" bewertet. Zudem verschleiere sie, dass die größte Gefahr von rechts komme. Im Dezember 2019 erklärte Kenneth S. Stern, er sei als Antisemitismusexperte des American Jewish Committee der Hauptautor der Arbeitsdefinition gewesen. Politisch rechtsgerichtete jüdische Gruppierungen hätten die Definition ab 2010 jedoch als Waffe gegen die Meinungsfreiheit verwendet. Im Dezember 2019 warnten 127 jüdische und israelische Intellektuelle das französische Parlament in einem offenen Brief, die „unklare und ungenaue" IHRA-Definition anzunehmen. Diese bringe „bewusst Kritik und Opposition gegen die politischen Maßnahmen des Staates Israel mit Antisemitismus in Verbindung" und führe eine „ungerechtfertigte Doppelmoral zugunsten Israels und gegen die Palästinenser" ein. David Feldman schrieb im Dezember 2020, die IHRA-Definition sei mangelhaft, schwammig, verwirrend und nicht geeignet, jüdische Studenten und Lehrende an britischen Universitäten zu schützen. Sie biete auch keine klare Antwort, ob etwa Boykott-Aufrufe gegen Israel inhärent antisemitisch seien. Joe Mann, der „Antisemitismus-Guru" der britischen Regierung, schrieb beispielsweise, Boykotte seien von der IHRA-Definition nicht erfasst. Am 11. Januar 2021 verurteilten mehr als siebzig britische Akademiker in einem offenen Brief die Einführung der IHRA-Arbeitsdefinition durch die Regierung und forderten die britischen Universitäten und Studenten auf, die „inhärent falsche", „vage" und „inhaltsarme" Definition abzulehnen bzw. zurückzunehmen. Im Februar 2020 unterzeichneten mehr als 600 kanadische Akademiker eine Petition gegen die IHRA-Definition. Im Januar 2021 gab eine Reihe linker jüdischer Organisationen in den USA – Ameinu, Americans for Peace Now, Habonim Dror North America, Hashomer Hatzair World Movement, Jewish Labor Committee, J Street, New Israel Fund, Partners for Progressive Israel, Reconstructing Judaism und T'ruah – eine Erklärung heraus, in der sie die Annahme der IHRA-Definition ablehnen. Im März 2021 sprachen sich mehr als 150 jüdische Hochschullehrer in Kanada in einem offenen Brief gegen die Annahme der IHRA-Definition aus. Im April 2023 kritisierten 60 Menschenrechtsorganisationen und NGOs (darunter die American Civil Liberties Union, B'Tselem, Human Rights Watch, das American Friends Service Committee, Combatants for Peace, European Jews for a Just Peace, medico international und das Israeli Committee Against House Demolitions) die IHRA-Definition, da sie häufig dazu verwendet werde, Kritik an Israel als „antisemitisch" zu verunglimpfen. Die Organisationen forderten die UNO in einer gemeinsamen Erklärung auf, die IHRA-Definition nicht zu übernehmen.

Jerusalemer Erklärung

Bis März 2021 verfassten rund zwanzig Wissenschaftler die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA), die dann rund 360 weitere Wissenschaftler aus aller Welt unterzeichneten. Sie soll eine kohärente und politisch neutrale Definition anbieten und damit die IHRA-Definition ergänzen und verbessern. Sie definiert Antisemitismus als „Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Institutionen als jüdische)" und liefert dazu 15 Leitlinien. Zentral ist für sie die Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus und die Einordnung des Kampfes gegen Antisemitismus in den größeren Kampf gegen andere Formen von Rassismus und Diskriminierung. Unterstützende der IHRA-Arbeitsdefinition kritisieren, dies behindere den Kampf

gegen israelbezogenen Antisemitismus. Fürsprache erfährt die JDA hingegen u. a. von palästina-solidarischen Personen und Gruppen oder der BDS-Bewegung.

Nationale Strategien gegen Antisemitismus

Die Europäische Kommission setzt sich innerhalb der EU sowie international für die Bekämpfung von Antisemitismus ein. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichteten sich 2020, durch neue nationale Strategien oder Maßnahmen im Rahmen bestehender nationaler Strategien und/oder Aktionspläne zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus alle Formen von Antisemitismus zu verhüten und zu bekämpfen. Die Kommission legte im Oktober 2021 erstmals eine „EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens“ vor. Die drei zentralen Elemente der Strategie für den Zeitraum 2021 bis 2030 sind:
(1.) Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus,
(2.) Schutz und Förderung jüdischen Lebens in der EU,
(3.) Aufklärung, Forschung und Gedenken an den Holocaust.

Die US-amerikanische Regierung unter Präsident Joe Biden gab im Mai 2023 ihre „U.S. National Strategy to Counter Antisemitism“ heraus. Sie beinhaltet:
(1.) Sensibilisierung zu Antisemitismus und der daraus entstehenden Gefahr für Amerika sowie größere Anerkennung des jüdisch-amerikanischen Erbes
(2.) Verbesserung der Sicherheit für jüdische Gemeinden
(3.) Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung
(4.) Aufbau gemeinschaftsübergreifender Solidarität und gemeinsamer Aktionen gegen Hass.

Wann wurden die Juden aus Israel vertrieben?
Die Vertreibung der Juden aus Israel war ein längerer und komplexer Prozess, der sich über viele Jahrhunderte zog. Wichtige historische Ereignisse waren die Vertreibung durch die Römer im 1. und 2. Jahrhundert n. Chr. nach den Aufständen gegen die römische Herrschaft, insbesondere nach dem Bar-Kochba-Aufstand (132–135 n. Chr.), was zur sogenannten Diaspora führte. Nach den jüdisch-römischen Kriegen (66–73 n. Chr. und 132–135 n. Chr.) zerstörten die Römer Jerusalem und den Tempel und vertrieben oder versklavten massenhaft Juden aus der Provinz Judäa. Auch wenn die große Vertreibung aus dem antiken Israel bereits lange zurücklag, wurden Juden im Laufe der Jahrhunderte aus vielen anderen Ländern vertrieben, in denen sie gelebt hatten, wie z. B. aus Spanien im Jahr 1492. Im 20. Jahrhundert wurden zwischen 800.000 und einer Million Juden aus arabischen und islamischen Ländern vertrieben oder mussten fliehen, insbesondere nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948. Deshalb war der Hauptgrund für die Einwanderung im neuen Staat Israel, die antijüdischen Pogrome und Diskriminierung von Juden in Europa und der muslimischen Welt. Den Juden wurde Israel nicht von einer einzelnen Person gegeben, sondern der Staat Israel wurde 1948 von der jüdischen Bevölkerung in der Region Palästina ausgerufen. Der politische Zionismus, der die Gründung eines jüdischen Staates anstrebte, hatte seine Wurzeln in den Schriften von Theodor Herzl. Nach dem Ende des britischen Mandats über Palästina erklärte David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeit des Staates Israel. Dabei gilt Theodor Herzl als Vordenker des modernen Zionismus, der sich in seinem Buch „Der Judenstaat“ für die Gründung eines jüdischen Staates aussprach. Den Staatsakt zur Gründung Israels führte am 14. Mai 1948 in Tel Aviv David Ben-Gurion aus und proklamierte damit die Unabhängigkeitserklärung Israels, nachdem das britische Mandat endete. Die Vereinten Nationen hatten schon 1947 einen Teilungsplan erarbeitet, der die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorsah, was von der jüdischen Bevölkerung befürwortet, aber von den Arabern abgelehnt wurde.

Klassischer Antisemitismus

Klassischer Antisemitismus ist traditioneller Hass und sind Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden, die sich in Stereotypen wie Gier, Verschwörung und Machtstreben äußern. Er unterscheidet sich von sekundärem Antisemitismus, der nach dem Holocaust entstand und den Holocaust relativiert, und von israelbezogenen Antisemitismus, der auf der kollektiven Zuschreibung der israelischen Politik an alle Jüdinnen und Juden beruht.

Grundlage:
Klassischer Antisemitismus basiert auf alten Vorurteilen und einer Weltsicht, die Jüdinnen und Juden bestimmte biologische oder kulturelle Eigenschaften zuschreibt.

Merkmale:
Typische Merkmale sind Verschwörungslegenden, insbesondere die von einer jüdischen Weltverschwörung, und Stereotypen wie "jüdische Gier" oder "jüdische Macht".
Historische Einordnung:
Er hat Wurzeln im mittelalterlichen religiös motivierten Judenhass, der sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert in eine rassistische Ideologie wandelte.

Abgrenzung
Sekundärer Antisemitismus: Entstand nach dem Holocaust und dient oft der Schuldabwehr oder Instrumentalisierung des Holocausts
Israelbezogener Antisemitismus: Macht Jüdinnen und Juden kollektiv für die Politik Israels verantwortlich

Moderner Antisemitismus

Moderner Antisemitismus ist eine säkulare, oft rassistisch und verschwörungsideologisch geprägte Form der Judenfeindschaft, die sich ab dem späten 18. Jahrhundert entwickelte und sich von traditionellen religiösen Vorstellungen löste. Anstelle religiöser Motive werden Jüdinnen und Juden als eine vermeintlich einheitliche, fremde und bösartige Gruppe dargestellt, die die Gesellschaft negativ beeinflusse und heimlich die Weltherrschaft anstrebe. Er äußert sich heute in vielfältigen Formen, die religiöse, soziale, politische und verschwörungstheoretische Motive vereinen können, einschließlich neuerer Erscheinungsformen wie dem sekundären Antisemitismus, der sich auf den Nahostkonflikt bezieht.

Ursprung und Entwicklung

Abgrenzung vom traditionellen Antijudaismus:
Der moderne Antisemitismus entstand aus den antijüdischen Vorurteilen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, löste sich aber von deren religiösen Wurzeln.

Säkular und rassisch begründet:
Die Judenfeindschaft wurde im 19. Jahrhundert politisch, sozial und vor allem rassistisch begründet, indem Jüdinnen und Juden negative, vermeintlich biologische Eigenschaften zugeschrieben wurden.

Verschwörungsideologie:
Der moderne Antisemitismus wurde zu einer Ideologie, die Jüdinnen und Juden als eine geheime Macht darstellt, die hinter gesellschaftlichen Problemen steht.

Kulmination im Holocaust:

Der rassistische Antisemitismus gipfelte in der nationalsozialistischen Ideologie, die zur Shoah, dem Völkermord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden, führte.

Erscheinungsformen

Klassische Vorstellungen:
Auch heute noch existieren klassische antisemitische Vorstellungen, wie die der „jüdischen Weltmacht“ oder „jüdischen Weltverschwörung“.

Anknüpfung an aktuelle Ereignisse:
Alte antisemitische Strukturen werden an aktuelle Ereignisse angepasst, wobei der Nahostkonflikt ein häufiger Bezugspunkt ist.

Sekundärer Antisemitismus:
Eine Form, die sich aus dem Gefühl der Schuld nach dem Holocaust speist. Jüdinnen und Juden wird vorgeworfen, „nachtragend“ oder „rachsüchtig“ zu sein, und es wird behauptet, Israel habe „den Nazis geholfen“, was die antisemitische Projektion weiter verschärft.

Neue Medien:
Der moderne Antisemitismus verbreitet sich heute auch über soziale Netzwerke, wo er in jugendgerechter Form, etwa durch Fake News und Memes, verbreitet wird.

Verbreitung über ideologische Spektren:
Antisemitische Haltungen finden sich heute sowohl in der rechten, linken und islamisch geprägten Szene als auch in der Mitte der Gesellschaft.

Moderner Antisemitismus im Detail

Kognitive und emotionale Komponente:
Moderner Antisemitismus ist eine Mischung aus Weltanschauung und Leidenschaft, eine spezifische Art zu denken und zu fühlen, die auf Projektionen und Vorurteilen basiert.

Projektion von Problemen:
Nicht ertragbare Widersprüche der Moderne werden auf das projiziert, was als jüdisch empfunden wird.

Diskriminierung und Gewalt:
Antisemitismus ist ein System von Vorurteilen, Feindseligkeit und Gewalt, das sich gegen Jüdinnen und Juden als solche richtet.

Latenter Antisemitismus

Latenter Antisemitismus ist eine verdeckte, oft unbewusste Form von Judenfeindlichkeit, die sich nicht in offenen Hass- oder Gewaltakten äußert, sondern in subtilen Andeutungen, Vorurteilen oder Stereotypen. Er äußert sich häufig in Code-Wörtern, als "Antizionismus" verpackt oder indem alte Vorurteile gegenüber einer angeblich jüdischen Weltverschwörung wiederaufgegriffen werden. Dieser Antisemitismus ist tief in der Gesellschaft verankert und schwer durch Meinungsbefragungen zu erfassen, da er sich hinter verharmlosenden Formulierungen versteckt.

Beispiele und Erscheinungsformen

"Antizionismus":
Die Übertragung antisemitischer Stereotypen und Feindseligkeiten auf den Staat Israel.

Verharmlosung der Shoah:
Die Nutzung des Holocausts als Argument gegen Juden, um die Existenz Israels oder jüdisches Leben zu leugnen.

Verschwörungstheorien:
Die Verbreitung von Theorien über angebliche jüdische Weltverschwörungen und Einflusssphären, oft durch Code-Wörter wie "einflussreiche Kreise an der Ostküste".

Verdeckte Aussagen:
Die Verwendung von Andeutungen, Vergleichen oder Klischees, die antijüdische Vorurteile transportieren.

Soziale Medien:
Der latente Antisemitismus schlägt auf sozialen Medien oft in offene Hetze und Gewaltverherrlichung um, insbesondere während Krisensituationen.

Verdrängung:
Der Begriff wird auch verwendet, um Menschen zu beschreiben, die sich selbst nicht als antisemitisch einschätzen, aber unbewusst judenfeindliche Denkmuster verinnerlicht haben.

Bedeutung und Ausmaß

Schwer zu erfassen:
Die latente Form des Antisemitismus ist schwer mit klassischen Methoden wie Meinungsbefragungen zu messen, da die Einstellungen nicht offen geäußert werden.

Breite Verankerung:
Experten schätzen, dass latente antisemitische Haltungen "in erheblichem Umfang" bis "in die Mitte der Gesellschaft" verankert sind.

Einschränkung des öffentlichen Lebens:
Betroffene jüdische Menschen erfahren Diskriminierung und Ausgrenzung, was sie dazu zwingt, ihre Identität aus Angst vor Angriffen zu verbergen.

Kampf gegen Antisemitismus:
Die Erforschung des latenten Antisemitismus ist entscheidend, um ihn besser zu verstehen und bekämpfen zu können.

Manifester Antisemitismus

Manifester Antisemitismus tritt in dieser Form des Verschwörungsdenkens zwar eher selten in Erscheinung, gleichwohl handelt es sich hierbei um ein Denkmuster, das eng mit antisemitischen Verschwörungsideologien verbunden ist, starke Parallelen zu ihnen aufweist und grundlegend antisemitische Motive daran anpasst.

Vernichtungsantisemitismus

Aktuelle Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Geschichte

Antisemitismus ist, so schrieb Jean-Paul Sartre schon 1945, eine Verbindung von Weltanschauung und Leidenschaft, er hat eine kognitive und eine emotionale Dimension. Antisemitische Einstellungen sind geprägt von einer wechselseitigen Durchdringung von bestimmten, gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Ressentiments und einer hohen Affekthaftigkeit, die vor allem von Projektion und Hass geprägt ist. Der Antisemit glaubt sein Weltbild nicht obwohl, sondern weil es falsch ist: Es geht um den emotionalen Mehrwert, den der antisemitische Hass für Antisemit(inn)en bedeutet. Deshalb muss man den Blick auch auf die antisemitischen Unterstellungen richten, die immer ein Zerrbild vom Judentum entwerfen, das letztlich eben ein „Gerücht über die Juden“ ist. In der Geschichte haben sich diese Gerüchte stets verändert, Antisemit(inn)en haben sich angepasst – so etwa nach 1945, als der offen rassistische NS-Vernichtungsantisemitismus politisch diskreditiert war und Antisemit(inn)en einen neuen Schuldabwehrantisemitismus entwickelten. Dieser machte nun die Opfer verantwortlich für die Störung der deutschen Nationalerinnerung. Nach dem Massenmord folgte dessen Verleugnung und Abwehr der Erinnerung in Form einer antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr.

Antisemitismus seit 9/11

Ein wichtiger Wendepunkt in der jüngeren Geschichte antisemitischer Ressentiments waren die islamitischen Terroranschläge von 9/11, die erklärtermaßen nicht nur den USA, sondern der gesamten freien Welt und der aufgeklärten Moderne galten. Sie stellten aber auch, wie Osama bin Laden und andere islamitische Terroristen stets betont haben, in zentraler Weise antisemitische Anschläge dar – denn Jüdinnen und Juden stehen eben in der islamitischen Lesart für alles, was gehasst wird. So wurde 9/11 vor allem in der arabischen Welt auch als Initialzündung für eine weltweite antisemitische Mobilisierung verstanden, die aber nicht nur auf radikalislamische Gruppierungen beschränkt blieb. Versucht man vor diesem Hintergrund eine Systematisierung des Antisemitismus, fallen mindestens drei Momente auf: seine Entgrenzung, seine Trivialisierung und seine Bagatellisierung. Was heißt das? Die Entgrenzung sah man exemplarisch im Sommer 2014, als unter Federführung von palästinensischen Organisationen in zahlreichen deutschen Städten Antisemit(inn)en aller Couleur gemeinsam demonstriert haben – neben islamitischen Antisemit(inn)en eben auch deutsche Neonazis und linke Antiimperialist(inn)en. Sind die Antiimperialist(inn)en auch nur ein marginaler Flügel in der deutschen Linken – die Mehrheit steht nach wie vor in Opposition zum Antisemitismus – so zeigt das Beispiel eine Entgrenzung, bei der das antisemitische Weltbild so zentral geworden ist, dass alle anderen weltanschaulichen Differenzen zurücktreten. Hieran schließt sich die Trivialisierung an: Die heute dominante

Form von Antisemitismus richtet sich gegen Israel als Staat, nur allzu gern versuchen Antisemit(inn)en sich aber hinter der Formel, dass Israelkritik doch nicht Antisemitismus sei, zu verstecken und auf diese Weise Antisemitismus zu trivialisieren. Dabei ist der Unterscheid leicht zu erkennen: Wenn der israelische Staat delegitimiert werden soll, wenn seine Politik dämonisiert wird oder wenn doppelte Standards bei der Bewertung israelischer Politik angelegt werden, handelt es sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus. Wer heute als Antisemit/in behauptet, er/sie werde nur von der Kritik zu einer solchen „gemacht", trivialisiert Antisemitismus. Und schließlich die Bagatellisierung: Antisemit(inn)en wenden sich mit ihrem Weltbild nicht nur gegen Jüdinnen und Juden, sondern gegen alles, was die moderne, aufgeklärte Welt kennzeichnet: gegen Freiheit und Gleichheit, gegen Urbanität und Rationalität, gegen Emanzipation und Demokratie. Deshalb ist der Kampf gegen Antisemitismus stets auch ein Kampf um die Demokratie – seit 9/11 wird Antisemitismus aber zunehmend bagatellisiert, indem man ihn zum Randproblem der Gesellschaft erklärt. Und mehr noch: Jüdische Kritik wird oft einfach vom Tisch gewischt, als sei nicht der Antisemitismus das Problem, sondern die, die von ihm betroffen sind. Insofern ist die antisemitische Bedrohung seit 9/11 gerade in Europa auch eine doppelte: einerseits durch den virulenten islamitischen und rechtsextremen Terrorismus, andererseits aber auch durch das oft viel zu laute Schweigen der Demokrat(inn)en, das sich seit vielen Jahren tradiert. In diesem Spannungsverhältnis muss auch die Dynamik des Antisemitismus seit 9/11 gesehen werden, da in der Gegenwart drei theoretische Großerzählungen in ihrem weltpolitischen Alleinvertretungsanspruch aufeinanderprallen: der radikale Islamismus mit der Idee einer allumfassenden umma (Gemeinschaft), der gegenwärtig oft populistisch agierende Rechtsextremismus mit der Idee einer völkischen Segmentierung der Welt und die – gerade im Kampf gegen Antisemitismus und in der Verteidigung der Demokratie eben oft viel zu passiv und zu defensiv agierende – Idee der liberalen Demokratie mit ihrer Überzeugung einer aufgeklärten Universalität. Zwei dieser drei Konzepte wollen die liberalen Grundlagen und den universalistischen Anspruch der Aufklärung bekämpfen und agieren dabei dezidiert antisemitisch. Der Rechtsextremismus, der durch seine populistische Mimikry ideengeschichtlich nur ungern mit den faschistischen Bewegungen identifiziert werden möchte (obgleich er mit diesen sogar das populistische Antlitz teilt), basiert auf einer selbstverliebten Omnipotenz-Phantasie, dem Willen zur unbedingten und unbegrenzten Macht. Im Zentrum steht die Idee eines als homogene Einheit gesehenen Volkes, dem eine historische Verbindung mit einem geografischen Ort zugeschrieben wird, wobei in antiaufklärerischer Absicht aus dem demos das ethnos wird, aus der Gesellschaft die Gemeinschaft, aus dem Pluralismus der Interessen der Monismus der Identität, aus der (demokratischen) Nation das (völkische) Volk, aus dem Konflikt das Schicksal und aus dem Gegner der Feind. Der radikale Islamismus wiederum will eine weltumfassende umma errichten: eine homogene Gemeinschaft der Gläubigen. Paradoxerweise affirmiert der islamische Fundamentalismus dabei den technischen Fortschritt der Moderne, lehnt aber deren politische Errungenschaften wie Freiheit oder Gleichheit ab. Der islamische Fundamentalismus will sich nicht mit dem deistischen Friedensangebot der Moderne arrangieren, weil die emanzipative Kraft der Konstituierung von Glauben als private, vor allem aber nichtöffentliche Angelegenheit dem fundamentalistischen Implikat der islamischen Weltneuordnung widerspricht, das eine Verbindung von politischer Ordnung und Religion (wieder) herstellen und auf diese Weise ein Nizam Islami – eine islamische Weltordnung – schaffen will. Beide Weltbilder treffen sich im Antisemitismus, der sich unterschiedlich artikuliert: Er reicht von offener Leugnung der Shoah oder der Relativierung der NS-Verbrechen bzw. der Aufwertung angeblicher Leistungen des NS-Regimes, der Schändung von Gedenkorten, gewalttätigen Übergriffen auf (vermeintliche oder tatsächliche) Jüdinnen und Juden, geht über die Infragestellung von (historischen) Zahlungen an Israel, des jüdischen Staates oder jüdischen Lebens im jeweiligen Nationalstaat, der Erinnerungs- und

Verantwortungsabwehr sowie der Täter-Opfer-Umkehr, zahlreichen Varianten der Phantasie einer „jüdischen Weltverschwörung“ (besonders präsent in der Propaganda einer jüdischen Medien- und/oder Finanzmacht) bis hin zu strukturell antisemitischen Vorstellungen, in denen homogene Heimaträume gegen universalen Kosmopolitismus geschützt werden sollen oder die Ablehnung der im rechtsextremen und islamitischen Weltbild mit dem Judentum assoziierten Aspekte wie Vernunft, Aufklärung, Liberalismus, Kommunismus, Urbanität, Weltgewandtheit oder Intellektualität.

Wandlungen antisemitischer Ressentiments

Fokussiert man nun auf Deutschland und den Antisemitismus in Deutschland, dann hilft ein historisch-rekonstruierender Blick, die Dynamiken wie Variationen des Antisemitismus begreifbar zu machen. Die Weimarer Gesellschaft war entlang der Frage des Antisemitismus tief gespalten, jenseits aller sozialen und politischen Differenzen polarisierte der Antisemitismus schicht- und parteiübergreifend, was ein wichtiger Faktor für den Erfolg der NS-Bewegung war. Kreiste die nationalsozialistische Weltanschauung noch um den Antisemitismus und war die Vernichtung der Jüdinnen und Juden ihr wichtigstes Ziel, wurde der Antisemitismus nach 1945 öffentlich diskreditiert und von fast allen politischen Parteien eindeutig abgelehnt. Was in der Nachkriegszeit fast wie ein Konsens auf der politischen Bühne wirkte, war aber gesellschaftlich nur mangelhaft verankert: Erinnerungsabwehr, Schuldverleugnung und Täter-Opfer-Umkehr waren Motive, die in der bundesdeutschen Gesellschaft weit verbreitet waren – und sind: Bis heute zieht sich eine Linie, die kontinuierlich bei 15 bis 20 Prozent der Menschen antisemitische Einstellungen nachweist, was die einfache, aber zugleich schwierig zu beantwortende und in diesem Beitrag zu diskutierende Frage aufwirft: Warum? Um diese Frage zu beantworten, soll im Folgenden in fünf Schritten vorgegangen werden. Als erstes soll ein Blick auf die Vorgeschichte des nationalsozialistischen Antisemitismus geworfen werden, den zu verstehen nötig ist, um begreifbar zu machen, was sich mit dem NS-Antisemitismus änderte. Als zweites werden die Charakteristika des nationalsozialistischen Antisemitismus herausgearbeitet, um dann als drittes auf die Spezifik der bundesdeutschen Nachgeschichte des NS-Antisemitismus zu sprechen zu kommen und viertens, den islamischen Antisemitismus als im europäischen Kontext noch relativ junger Artikulationsform von Antisemitismus darzustellen, um dann schließlich fünftens den Antisemitismus der Gegenwart zu charakterisieren. Wichtig dabei: Es wird bewusst von einer Vor- und einer Nachgeschichte des Antisemitismus gesprochen, die sich historiografisch um den Nationalsozialismus strukturiert. Während damit keineswegs eine Linearität des Antisemitismus impliziert werden soll und die Vorgeschichte sich letztlich nur retrospektiv als solche erkennen lässt, soll gleichwohl angenommen werden, dass jede Form des Antisemitismus nach 1945 eine ist, bei der es sich um eine Nachgeschichte des NS-Antisemitismus handelt, nicht nur, aber in jedem Fall immer in Deutschland – dies sollte beachtet werden, wenn über die Entwicklung des gegenwärtigen Antisemitismus gesprochen wird.

Die Vorgeschichte: der religiös-antijüdische Antisemitismus

Die antijüdische Vorgeschichte des modernen Antisemitismus ist lang, christlich motiviert und gegen das Judentum als Religion gerichtet. Sie bildet sowohl die Vorgeschichte für den modernen Antisemitismus wie auch den Fundus für eine Reihe von Bildern und Stereotypen, die aus dem christlich-antijüdisch geprägten Mythenkontext stammen, nun aber in andere Artikulationsformen des Antisemitismus eingegangen sind. Der moderne Antisemitismus hat seine Ursprünge damit im christlichen Antijudaismus. Zahlreiche Motive des modernen Antisemitismus verweisen auf seine christlich-antijüdische Geschichte, obgleich sich sowohl

die Artikulationsformen des modernen Antisemitismus als auch seine reflexive Bezogenheit auf den gesellschaftlichen Kontext grundlegend verändert haben. Der Psychoanalytiker Sigmund Freud hat in seiner religionspsychologischen Studie Der Mann Moses und die monotheistische Religion erstmals den Versuch unternommen, theoretisch den Motiven des religiösen Antisemitismus auf den Grund zu gehen. Dabei betont Freud vor allen Dingen den abstrakten Gesetzescharakter der jüdischen Religion und die damit den Menschen auferlegte Versagung, selbst göttlich sein zu können, als zentrale Motive für die antijüdische Orientierung des Christentums. In den christlichen Mythen verband sich die Ablehnung der jüdischen Religion dabei mit aggressiven Ängsten gegenüber dem Judentum, dessen Selbstverständnis der Auserwähltheit im antijüdischen Ressentiment zu einem Mythos von Weltbeherrschung und Weltkontrolle umgedeutet wurde. Insofern zeigt sich hieran auch die letztliche Zufälligkeit der antisemitischen Projektionsorientierung gegen die Juden, da das Motiv für die Entstehung des antijüdisch-religiösen Antisemitismus in Reflexions- und Legitimationsproblemen des Christentums selbst zu suchen war, wobei sich das Judentum lediglich aufgrund seiner religiösen Architektur für die antijüdischen Ressentiments eignete. Die europäische Dimension der vormodernen Vorgeschichte des modernen Antisemitismus zeichnete sich hierbei historisch in erster Linie durch eine Parallelexistenz der Stereotype aus, Vermittlung und transnationale Beziehungen waren im Vorfeld der Entstehung der Nationalstaaten allein deshalb in deutlich geringerem Maße ausgeprägt, weil sich die Kommunikationsstrukturen noch primär regional organisierten und gerade erst im Begriff waren, über die Durchsetzung einheitlicher Nationalsprachen eine nationale Dimension zu erlangen, wobei die europäische Perspektive insofern in integrativer Hinsicht noch nicht gegeben war. Ein Großteil der Stereotype und Bilder des Antisemitismus entstand bereits im christlichen Kontext, viele wurden dezentral verbreitet und in vergleichbarer Weise ausagiert. Johannes Heil (2006) hat dies mit Blick auf den bis in die Gegenwart ubiquitären Mythos einer „jüdischen Weltverschwörung“ gezeigt, dessen Genese und Relevanz er seit dem 13. Jahrhundert kenntlich macht. Der antisemitische Mythos einer „jüdischen Weltverschwörung“ im hohen und späten Mittelalter in Europa zeigt, dass auf der Ebene des religiös-intellektuellen Austausches bereits das Fundament für die spätere Verbreitung antisemitischer Ressentiments gelegt wurde und sich diese in christliche Traktate, Dekrete und Chroniken einschrieben, jenseits der Zugehörigkeit zu einem weltlichen Herrschaftsverband. Zu den zentralen antisemitischen Mythen zählten dabei neben der Dämonisierung die Ritualmordlegenden, der Vorwurf des Hostienfrevels und die Verbindung mit epidemischen Erscheinungen, etwa der Pest, aber auch der Vorwurf der Hexerei und Ketzerei. Das Christentum war insofern ein früher Motor für die weitreichende Verbreitung antisemitischer Stereotype, noch lange bevor diese in einer nationalen Dimension gedacht wurden. Der Mythos einer jüdischen Verschwörung blieb dabei „allseits verfügbar“ und verfestigte sich zur semantischen Selbstverständlichkeit.

Nationalsozialismus und Vernichtung: der völkisch-rassistische Antisemitismus

Dass sich die christlich-religiösen Motive des Antijudaismus in den modernen Antisemitismus transformiert haben, hat seine zentrale Ursache im gesellschaftlichen Kontext der Moderne. Hannah Arendt beschreibt in ihrem Buch The Origins of Totalitarianism einen über mehrere Jahrhunderte währenden Transformationsprozess des Antisemitismus, bei dem sich der Antisemitismus zunehmend von realen religiös-gesellschaftlichen Konflikten zwischen Juden und Nichtjuden entkoppelt und letztlich in der totalen Ideologie des Nationalsozialismus völlig von diesen gelöst hat. Die Verbindung der religiös-antijüdischen Vorstellungen mit den im 18. und 19. Jahrhundert aufkommenden pseudowissenschaftlichen Rassetheorien erwirkte dabei eine Dimension der Erfahrungslosigkeit, in der letztlich nur noch die Antisemit(inn)en darüber entschieden, wer als Jüdin und Jude zu gelten hatte und

wer nicht. Womit die Ursache für antisemitische Aggression die, mit Jean-Paul Sartre gesprochen, „l'idée de Juif", also das Bild und die Vorstellung des Jüdischen, die sich der/die Antisemit/in macht, entscheidend wurde. Durch die Formierung des Antisemitismus als gesellschaftspolarisierenden Momentes im Rahmen der Nationenwerdungsprozesse der europäischen Moderne sowie des Widerstandes gegen die jüdische Emanzipation und die soziale und rechtliche Gleichstellung der Jüdinnen und Juden wurde der Antisemitismus zum cultural code, wie Shulamit Volkov es auf den Begriff gebracht hat, also zu einem Phänomen, das die politischen Kulturen innerhalb der nationalen Gesellschaften segmentiert und innerhalb dieses Segmentierungsprozesses zugleich intern wieder homogenisiert hat. Damit amalgamierte sich der moderne Antisemitismus nicht nur mit einem völkischen Nationalismus und einem im englischen, französischen und deutschen Sprachraum entwickelten sozialdarwinistischen Rassismus, sondern auch generell mit modernefeindlichen und antiaufklärerischen Bewegungen, wie dies etwa die national-antisemitischen Agitationen der Studentenverbindungen im deutschen Kaiserreich und der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, der wachsende Einfluss von Antisemitenparteien vor allem in Mitteleuropa, die Dreyfus-Affäre in Frankreich, aber auch die Verknüpfung von nationaler Identität und Antisemitismus im Denken der romantisch-idealistischen Philosophie oder die Verfolgungen und Pogrome im spätzaristischen Russland zeigten. Die völkischen und antisemitischen Referenzsysteme wurden dabei transnational enger und die ideologische Formierung des Antisemitismus dichter, so dass zunehmend von einer antisemitischen Weltanschauung gesprochen werden kann, die gerade durch die Widersprüchlichkeiten ihrer Vorstellungen charakterisiert ist: Denn hierbei werden in der antisemitischen Phantasie Juden zum Symbol für das Abstrakte als solches, was den höchst widersprüchlichen Gehalt antisemitischer Ressentiments begreifbar macht: Jüdinnen und Juden wurde die Abstraktheit und damit die Moderne zum Vorwurf gemacht, was Sozialismus wie Liberalismus, Kapitalismus wie Aufklärung, Urbanität, Mobilität oder auch Intellektualität gleichermaßen umfasste. Einzig das Konkrete und im Politischen das Völkische wurden nicht von der antisemitischen Phantasie erfasst, da sie den Gegenpol der – zuerst von Sartre beschriebenen – Differenzierung zwischen allgemeiner und konkreter Denk- und Warenform und der daraus im antisemitischen Weltbild resultierenden Dichotomie von Weltgewandtheit und Bodenverbundenheit bildeten. Mit Moishe Postone ist davon auszugehen, dass die Wertform der modernen Gesellschaft und die aus ihr resultierende Ausdifferenzierung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert auf der einen sowie die Warenfetischisierung auf der anderen Seite ursächlich waren für eine im Antisemitismus vollzogene Verknüpfung dieser ökonomischen Sphären mit einem konkretisierten Weltbild, in dem Abstraktes in manichäischer Weise assoziiert wurde mit dem Judentum. Im Rahmen der völkischen und rassistischen Aufladung des Antisemitismus in Europa entwickelte sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend eine nationale Grenzen negierende und als politische Bewegung auch Grenzen überschreitende antisemitische Gemeinschaft als soziale Bewegung, die in ihren Aktivitäten, wie man mit Hannah Arendt und Franz L. Neumann sagen kann, gegen den Nationalstaat und gegen die bürgerlich-republikanische Ordnung opponierte und die Fantasie eines homogenen Volkstums bzw. einer „reinen Rasse" in Einklang mit politischen Grenzverläufen Europas bringen wollte. In diesem Prozess homogenisierten sich auch die sozialen Ausdrucksformen des Antisemitismus in der Alltagspraxis in Europa. Dreh- und Angelpunkt waren dabei das Deutsche Reich und der Nationalsozialismus als völkisch-antisemitische Bewegung, dessen primäres politisches Ziel in der Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden bestand, beginnend bei weltanschaulichen Zielformulierungen bis hin zur Planung und systematischen Umsetzung der Shoah. Insbesondere die deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten des Deutschen Reiches beteiligten sich umfangreich an antisemitischer Agitation und völkischer Destabilisierungspolitik, wobei die Kollaboration anderer Nationen und ihre aktive

Beteiligung an der Shoah auch zeigten, dass die antisemitische Vernichtungspolitik eine wenngleich auch barbarische, so doch integrative Funktion für die Europäisierung des Antisemitismus hatte. Der europäische Gehalt des Antisemitismus in den 1930er und 1940er Jahren wurde dabei auch deutlich durch die massiven Verschärfungen der antisemitischen Politik in West- wie Osteuropa flankiert, besonders in Frankreich, Ungarn, der Slowakei, Rumänien und Kroatien. Antisemitismus wurde im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert und vor allem im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts auch zum sozialen Massenereignis in Form von Demonstrationen, Aufmärschen und anderen kollektiven Initiationen, so dass die antisemitische Weltanschauung sich zunehmend aktiv mit breiteren Bevölkerungsschichten verband, wobei die Mobilisierungswirkung antisemitischer Massenansammlungen Ernst Simmel folgend auch zu einer zunehmenden Dynamisierung des Antisemitismus als Weltbild beigetragen hat. Denn nun konnten die Antisemit(inn)en praktisch Ausmaß und Verbreitung ihrer Weltanschauung erfahren und erleben, so dass der Prozess der antisemitischen Massenvergemeinschaftungen auch zu einer Stabilisierung des cultural code beigetragen hat.

Die Nachgeschichte: der sekundär-schuldabwehrender Antisemitismus

Durch die militärische Niederschlagung des Nationalsozialismus durch die Alliierten wurde das antisemitische Weltbild fundamental in Frage gestellt – allerdings, so zeigen zeitgenössische empirische Studien, nicht wirklich im antisemitischen Selbstbild, sondern vielmehr durch das Fremdbild: Der Antisemitismus wandelte sich vom gesellschaftlichen common sense zu einer in der Öffentlichkeit als tabuisiert wahrgenommenen Einstellung. Ein kommunikativer Umweg, auf dem antisemitische Ressentiments weiter kommuniziert wurden, war der westeuropäische Antikommunismus, der sich vielfältig dem antisemitischen Mythenhaushalt entlehnter Bilder bediente, wenn etwa in antikommunistischen Karikaturen traditionell antijüdische Formen der Darstellung Verwendung fanden. Zugleich wandelte sich die dominante Artikulationsform des Antisemitismus in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hin zum Motiv des sekundären, schuldabwehrenden Antisemitismus, der zunächst vor allem auf Deutschland und Österreich beschränkt war. Entstanden aus dem Wunsch nach Entlastung von der nationalsozialistischen Vergangenheit konstituierte sich der sekundäre bzw. schuldabwehrende Antisemitismus als Element der Erinnerungspolitik, das Jüdinnen und Juden für die Folgen der Shoah verantwortlich macht und die Shoah als negative Störung der nationalen Erinnerungskompetenz bestimmt. Das Bedürfnis nach nationaler Identität und einer Schlussstrich ziehenden Normalität verortet die Verantwortung für eine durch die Erinnerung an die Shoah gestörte Identitätsfindung nicht in der Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, sondern bei den NS-Opfern, die sich mit ihrem – so verstandenen – Schicksal nicht abfänden. Und weil der Antisemitismus wegen des deutschen Massenmordes an den Jüdinnen und Juden in einen gewissen Rechtfertigungszwang geraten war, wurden Jüdinnen und Juden zur gesellschaftlichen Selbstentlastung eben in der (zugeschriebenen) Rolle der Täter/innen gebraucht und nicht in der der Opfer. An dieser Variante des Antisemitismus ist bedeutsam, dass die Artikulationsform zwar sekundär, der Gehalt aber nach wie vor antisemitisch geblieben war. Denn auch wenn die auf Schuldabwehr zielenden Zuschreibungen, die „die Juden“ als mächtig, einflussreich und geldgierig phantasieren, zuallermeist nicht wie der Antisemitismus nationalsozialistischer Prägung das Ziel haben, diese zu vernichten, so teilen sie mit diesem die völkischen Segregationswünsche ebenso wie den projektiven Wahn. Der Schuldabwehrantisemitismus war (und ist) in allen politischen Spektren anzutreffen, artikuliert sich aber jeweils unterschiedlich: Während im neonazistischen und rechtsextremen Spektrum eine geschichtsrevisionistische Lesart dominiert, in der die Shoah geleugnet und die Barbarei des Nationalsozialismus verherrlicht wird, wandten sich Teile des linksextremen Spektrums im Kontext der Studierenden- und der Friedensbewegung der 1960er und 1970er

Jahre völkischen Bewegungen zu, die als marginalisiert und unterdrückt verstanden wurden, allen voran den Palästinenser(inne)n. Die Rhetorik der antiimperialistischen Bewegungen in Europa war länderübergreifend antisemitisch geprägt und die praktische Zusammenarbeit durch die paramilitärische Ausbildung westeuropäischer Terrorist(inn)en im arabischen Raum oder andere Formen der politischen und logistischen Kooperation zeigten den Brückenschlag zwischen den Spektren, deren gewalttätigen Höhepunkt die Attentate auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 und die Flugzeugentführungen von Entebbe 1976 und Mogadishu 1977 bildeten. Damit hat der vielfach konstatierte „neue", globale Antisemitismus, wie er eingangs skizziert wurde, seine Ursprünge in der europäischen, propalästinensischen Allianz des antiimperialistischen Spektrums und datiert bereits in seiner Vorgeschichte auf die 1970er Jahre. Die antisemitische Schuldabwehr der politischen Mitte artikulierte sich dabei vor allem mit Blick auf die Ablehnung der moralischen und politischen Verantwortung für Nationalsozialismus und Shoah, aber auch mit Blick auf finanzielle Zahlungen an den Staat Israel. Neben Deutschland und Österreich hat die antisemitische Schuldabwehr auch in anderen europäischen Staaten Bedeutung erlangt und entwickelt gerade unter dem Signet der jüngeren Aufarbeitung des Nationalsozialismus unter Kollaborationsgesichtspunkten eine neue Dynamik, die sich unter anderem an der polnischen Jedwabne-Debatte zeigte.

Islamischer Antisemitismus

Dass der islamische Antisemitismus in Europa als jüngste Variante antisemitischer Artikulationsformen gilt, verweist auf eine ungenaue Rezeption: Denn während die öffentliche Wahrnehmung des islamischen Antisemitismus im europäischen Kontext erst seit wenigen Jahren erfolgt, ist das Phänomen selbst deutlich älter. So kann auch von einem „Recycling alter Mythen" gesprochen werden, wenn der islamisch geprägte Antisemitismus in den Blick genommen wird. Nicht nur die weltanschaulichen und politischen Kooperationen zwischen europäischen Linksterrorist(inn)en und arabischen Islamist(inn)en in den 1970er Jahren, sondern bereits die Allianzen von Nationalsozialismus und führenden islamischen Gruppierungen um den Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, in den 1930er Jahren zeigen, dass die Integration eines islamischen Antisemitismus in Europa über Traditionsbestände verfügt, die weit vor die islamitischen Terroranschläge von 9/11 und ihre europäischen Pendants zurückreichen. Die Frage, ob es einen genuinen Zusammenhang zwischen islamischer Religion und antijüdischer bzw. antisemitischer Orientierung gibt, wird kontrovers diskutiert. Auf empirisch-vergleichender Ebene ist festzustellen, dass es einen rasanten Bedeutungszuwachs von antisemitischen Agitationen und Aktionen in Europa in den letzten Jahren gibt, die muslimische Hintergründe haben und von islamischen Trägergruppen ausgeübt werden. Der islamische Antisemitismus ist geprägt von dezentral organisierten und operierenden Gruppierungen, einer primär über das Internet erfolgenden Vernetzung und stellt dabei vor allen Dingen ein Phänomen junger Männer dar. Günther Jikeli hat in einer empirischen Studie über Antisemitismus bei Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak in Deutschland im Jahr 2017 gezeigt, dass sich dabei drei Weltbildfacetten überlagern, die maßgeblich den islamischen Antisemitismus prägen: ein von Verschwörungsglauben geprägtes Welt- und Geschichtsbild, das verknüpft ist mit einem gegen Israel gerichteten Antisemitismus einschließlich einer emotionalen Überidentifizierung mit den Palästinensern und mit einer antijüdischen Haltung, die aus der Islam-Rezeption herrührt. Letztere wird dominiert von Behauptungen, nach denen Juden die Heiligen Schriften verfälscht und den Propheten hätten töten wollen, sowie der Behauptung, Muslime und Juden seien generell Feinde. Zentrale Einflussfaktoren für diese Facetten des islamischen Antisemitismus sind laut Jikeli die antisemitische Staatspropaganda von islamitischen Regimen und die damit verbundene antisemitische Schulbildung, die panarabische Ideologie mit ihrem

antiimperialistischen Feindbild Israel und die islamitische Auslegung des Islam. Zugleich prägend ist aber auch die „antisemitische Norm“ im persönlichen Nahumfeld, die durch alte und vor allem neue Medien gestärkt wird, gerahmt durch ein Weltbild des „Palästinensismus“ – eine emotionale Überidentifizierung mit dem palästinensischen Opferhabitus, der infantile Regression einer Daueropferphantasie, die von Hamas und Hisbollah mit antisemitischer Vernichtungspolitik verbunden werden. Der islamitische Terrorismus rückt die antisemitische Vernichtung in sein Zentrum und bezieht sich dabei immer wieder auf Juden und Israel als Feindobjekte; analog etwa zum Grundsatzdokument der islamitischen Hamas, die in ihrer Charta ausdrücklich die Vernichtung der Jüdinnen und Juden zum Ziel erklärt hat, wird im islamitischen Kontext nicht zwischen „Juden“ und „Israel“ unterschieden, die Begriffe werden fast immer synonym verwandt, so dass der Hass auf Israel im islamischen Antisemitismus stets ein Hass auf Juden ist bzw., andersherum formuliert, der Hass auf Juden sich alternierend auch als Hass auf Israel artikuliert: „Im islamitischen Weltbild erscheint der zionistische Staat als die Konkretisierung der gottlosen und amoralischen Moderne. Aus dieser Sichtweise ergibt sich eine verdoppelte Frontstellung gegenüber dem zionistischen Staat und den Juden. Die Juden werden nicht nur als illegitime Okkupatoren islamischen Bodens angesehen, sondern zugleich für den prekären Zustand der islamischen Gesellschaften verantwortlich gemacht.“

Antisemitismus in der Gegenwart

Antisemitismus war und ist in der bundesdeutschen Geschichte offiziell diskreditiert, trotzdem sowohl in der Nachkriegszeit als auch in der Gegenwart weit verbreitet: Quantitative Studien belegen kontinuierlich und bis in die Gegenwart mindestens 15 bis 20 Prozent Antisemitinnen und Antisemiten in der deutschen Gesellschaft. Diese finden sich in allen politischen Spektren, artikulieren sich aber unterschiedlich – wobei nicht übersehen werden darf, dass alle Varianten des Nachkriegsantisemitismus eine Folge und Reaktion auf den NS-Antisemitismus sind, also nicht ohne die Massenvernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden gedacht werden können, was heißt, dass jede antisemitische Äußerung in der Gegenwart dieses Erbe der Schuldverantwortung objektiv inkorporiert, auch wenn es subjektiv nicht intendiert sein muss. Wir finden Antisemitismus in der Gegenwart gleichermaßen im rechten wie im linken Spektrum wie auch in der gesellschaftlichen Mitte. Das überrascht angesichts der Erkenntnisse von Seymour M. Lipset über den extremism of the center zwar sozialwissenschaftlich wenig, ist allerdings in der konkreten Ausdifferenzierung wichtig, um die Dynamiken des Antisemitismus verstehen zu können. Der rechte Antisemitismus ist weltanschaulich ein völkisch-rassistischer Antisemitismus, den wir seit der zweiten parlamentarischen Erfolgswelle der NPD seit den 2000er Jahren auch als Bestandteil des politischen Systems erleben, etwa wenn der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel die geschichtsrevisionistische und antisemitische Metapher vom „Bomben-Holocaust“ öffentlich prominent gemacht hat. Der rechte Antisemitismus verbindet die Bagatellisierung oder Leugnung der Shoah und die Verherrlichung des Nationalsozialismus miteinander, wobei dies, wie bei der populistisch agierenden AfD, auch seinen Ausdruck in der versuchten Rehabilitierung von Institutionen des antisemitischen Vernichtungskrieges wie der Wehrmacht finden kann. Rechter Antisemitismus zeichnet sich in seiner neonazistischen Ausrichtung durch seine verbale Radikalität und seinen sprachlichen Revisionismus aus, ist grundsätzlich gewaltbereit und die Grundlage für zahlreiche Propagandadelikte, Brand- und Bombenanschläge wie auch für antisemitische Morde. Der Antisemitismus ist das Zentrum des rechtsextremen Weltbildes, er ist strafrechtlich von erheblicher Bedeutung, aufgrund seiner autoritären Strukturierung allerdings für pädagogische Interventionen nur sehr schwer zugänglich. Auffällig am rechten Antisemitismus ist auch, dass er offen ist für internationale antisemitische Allianzen, gerade mit dem islamitischen Spektrum. Linker Antisemitismus

unterscheidet sich strukturell vom rechten zunächst einmal dadurch, dass Antisemitismus kein integraler Bestandteil linker Weltbilder ist, sondern nur in bestimmten, vor allem antiimperialistischen und postmodernen Spektren anzutreffen. Linker Antisemitismus begreift sich in aller Regel als moralisch überlegen und reklamiert für sich nicht nur andere zu beurteilen, sondern abschließend über sie zu richten. Die Voraussetzung des linken Antisemitismus der Gegenwart bildet dabei die Nichtaufarbeitung des linken Antisemitismus der 1970er und 1980er Jahre, der ein zentrales Strukturmerkmal der antiimperialistischen Gruppen und des Linksterrorismus war und die heutige Globalisierung des Antisemitismus wesentlich vorbereitet hat. Die linken Organisationen, die heute Antisemitismus und Israelhass verbreiten, verfolgen nach wie vor das völkische Weltbild des Antiimperialismus, das von ethnisch-kollektiven Homogenitätsvorstellungen geprägt ist. Der Antiimperialismus, der sich primär gegen Amerika und Israel richtet, stellt die Rahmenideologie dar, deren integraler Bestandteil der Antisemitismus ist, vor allem in Form des Antizionismus. Während die gesellschaftliche Mitte vor allem der Ort ist, an dem Schuld abwehrende Formen von Antisemitismus zu lokalisieren sind, kommt ihr noch eine spezifische Verantwortung für den gegenwärtigen Antisemitismus zu: Denn die Mobilisierungsmöglichkeiten des Antisemitismus haben ihre Ursache in der Mitte der Gesellschaft. Denn die Mehrheit der Antisemitinnen und Antisemiten geht davon aus, wie vor allem Werner Bergmann und Rainer Erb gezeigt haben, dass es ein Tabu in der Bundesrepublik gebe, sich antisemitisch zu äußern. Zahlreiche historische Beispiele, wie etwa die Diskussion um die antisemitische Schmierwelle 1959/60, die Fassbinder-Kontroverse oder der Historikerstreit, zeigen, dass ein solches Tabu zwar immer in der antisemitischen Phantasie, nie aber in der Realität existiert hat, gleichwohl führte diese Phantasie dazu, dass über lange Zeiträume in der bundesdeutschen Geschichte antisemitische Äußerungen aus der Mitte der Gesellschaft nicht öffentlich, sondern nur halb-öffentlich – etwa am Stammtisch – geäußert wurden. Dies änderte sich mit der Paulskirchen-Rede von Martin Walser 1998, in der Walser Antisemitismus öffentlich salonfähig gemacht hat. In dieser Rede wandte sich Walser ganz in der Tradition des Schuldabwehr-Antisemitismus gegen eine kritische Reflexion der Vergangenheit und die „Moralkeule“ Auschwitz, deren Allgegenwärtigkeit er halluzinierte. Er sprach von einer „Dauerpräsentation unserer Schande“ und einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“, von einem „grausamen Erinnerungsdienst“ und einer „Routine des Beschuldigens“ in den Medien, wobei er selbst bei seiner Rede „vor Kühnheit“ zittere. Seit Walsers Rede fungieren Äußerungen von prominenten Politiker(inne)n oder Künstler(inne)n aus der „Mitte der Gesellschaft“ dazu, dass die ohnehin vorhandenen antisemitischen Einstellungen wieder zunehmend öffentlich sagbar werden. Insofern liegt die Verantwortung der gesellschaftlichen Mitte auch darin, dass in einem öffentlichen Klima, in dem Israelhass und antisemitische Schuldabwehr fortwährend öffentlich kommuniziert werden, auch rechter und linker Antisemitismus wieder alltäglicher werden. Was ist nun das „Neue“ oder das Besondere am Antisemitismus in der Gegenwart? Zentral dürfte sein: Die ideologischen Grenzen sind gefallen, international war der Antisemitismus in seinem Anspruch schon immer, allerdings integriert er heute alle politischen Spektren, was innenpolitisch das „Ende der Schonzeit“ für Jüdinnen und Juden bedeutet, wie Salomon Korn es schon vor mehreren Jahren gesagt hat, zugleich lässt sich international eine – wenngleich auch noch marginale –Vernetzung der Antisemit(inn)en erkennen. Neu ist auch, dass der Antisemitismus der Gegenwart generell moralisch überlegen auftritt, wobei das revisionistische „Ja, aber …“ zunehmend einer arroganten Besserwisserei der Antisemit(inn)en weicht. Zudem muss attestiert werden, dass Antisemitismus zu wenig sanktioniert ist: Öffentlich, aber auch strafrechtlich – man sollte nicht vergessen, dass Antisemit(inn)en psychologisch nach autoritären Mustern agieren, also gerade die repressive Sanktionierung bei ihnen ein Mittel ist, dessen Wirkung nicht unterschätzt werden darf. Keine Frage: Mit dem Strafrecht wird man aus Antisemit(inn)en keine Demokrat(inn)en machen. Aber wenn sowieso klar ist, und das zeigt die gesamte

sozialwissenschaftliche Forschung, dass das Weltbild des Antisemitismus aufklärungsresistent ist und antisemitische Überzeugungen nicht trotz, sondern wegen ihrer Irrationalität geglaubt werden, und insofern Antisemitismus ein Problem der und ein Problem mit den Antisemit(inn)en ist, dann wäre ihre öffentliche und auch strafrechtliche Sanktionierung ein wesentlicher Schritt zur Stärkung der Demokratie – für die Demokratinnen und Demokraten. Eines muss abschließend aber auch noch festgehalten werden: Seit Martin Walser nimmt der öffentlich artikulierte Antisemitismus in Deutschland fraglos zu, was auch Auswirkungen auf die statistisch messbare Zunahme von antisemitischen Straftaten hatte und hat. Dennoch nehmen wir heute manche Formen von Antisemitismus auch deutlicher wahr als noch „vor Walser“, da das Internet in Blogs und sozialen Netzwerken voll ist von antisemitischen Äußerungen, die man ohne digitale Medien nicht wahrgenommen hätte – weil die meisten Zeitungen, die den antisemitischen Müll des Internet noch vor 20 Jahren als Leserbriefe bekommen haben, diese in vielen Fällen sinn voller weise in den Papierkorb befördert haben. Wenn wir bedenken, dass ein wesentlicher Zug des NS-Antisemitismus die systematische Entrechtung von Jüdinnen und Juden bei gleichzeitiger politischer Willkür war, wie sie Ernst Fraenkel und Franz L. Neumann beschrieben haben, könnte man die Perspektive auch genau umkehren und als politische Forderung an die Gegenwart ein nachhaltiges demokratisches Instrument gegen Antisemitismus erwägen: eine ernsthafte Erweiterung des Strafrechts um einen Straftatbestand, den es in Österreich schon lange gibt. Er heißt: Verbot der Wiederbetätigung. Im Vergleich zu Österreich müsste es freilich anders akzentuiert und deutlich geschärft werden, so dass man jede Form von Antisemitismus als Wiederbetätigung verstehen und strafrechtlich bewehren müsste. Ausgehend von einem solchen Rechtsinstrument ließe sich ein Bogen schlagen zwischen der gesellschaftstheoretischen Erkenntnis, dass jede Form von Antisemitismus in der Gegenwart Teil der Nachgeschichte des Nationalsozialismus ist, über die schon von Jean-Paul Sartre 1945 formulierte Einsicht, dass Antisemitismus aufklärungsresistent ist und insofern gegen manifesten Antisemitismus jede Pädagogik hilflos bleiben muss, mit dem Ziel, Antisemitismus wirksam zu bekämpfen – als Schutz für Jüdinnen und Juden, aber auch als elementarer Bestandteil jedes demokratischen Anspruchs.

Exkurs: Antizionismus

Antizionismus ist ein Sammelbegriff für gegen den Zionismus gerichtete politische Ideologien. Seit der Gründung des Staates Israel 1948 richten diese sich als Antiisraelismus gegen den jüdischen Staat. Antizionismus wird sowohl säkular als auch religiös begründet und findet sich im gesamten politischen Spektrum. Nach Einschätzung einer Reihe von Wissenschaftlern bestehen häufig Zusammenhänge mit dem Antisemitismus, aber die genaue Art der Beziehung zwischen den beiden Konzepten wird in der wissenschaftlichen Gemeinschaft heftig diskutiert.

Verhältnis zum Antisemitismus

Die Beziehung zwischen Antizionismus und Antisemitismus ist umstritten. Diese Debatten spiegeln teilweise die anhaltende Diskussion über die Definition von Antisemitismus wider, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance angenommen und von mehreren Regierungen und internationalen Organisationen wie der Europäischen Union übernommen wurde. Viele deutsche Politikwissenschaftler und Experten, aber auch nichtdeutsche Fachleute stimmen der Definition zu. Nach ihrer Ansicht lässt Antizionismus sich nur schwer von Antisemitismus unterscheiden.

Jüdischer Antizionismus

Liberales und säkulares Judentum

Viele Juden lehnten den im 19. Jahrhundert entstandenen politischen Zionismus ab, da er ihren Zielen der Emanzipation, innerstaatlichen Gleichberechtigung, Assimilation und sozialen Integration in die Zivilgesellschaften der Länder, in denen sie lebten, widersprach, und kritisierten die vorgebliche Übereinstimmung der Ziele von Zionisten und Antisemiten. Liberale Juden sahen sich als Bürger ihrer Nationalstaaten mit gleichberechtigter Konfession, vergleichbar mit Protestanten und Katholiken. Sie strebten nach voller Anerkennung in den vom Christentum dominierten Gesellschaften und zeichneten sich oft durch besonderen Patriotismus aus. Im Krieg 1870/71 wird namentlich der noch nicht 16-jährige jüdische Schlosserlehrling Michael Stolzenberg († 1913) in Königsberg als jüngster Kriegsfreiwilliger 1932 durch die Jüdische Wochenschrift "Die Wahrheit" genannt. Den zionistischen Standpunkt, dass Juden eine „Nation in den Nationen" seien, den auch die Volkstums-Ideologen vertraten, um Juden auszugrenzen und ihnen die vollen Staatsbürgerrechte zu verweigern, lehnten sie ab, einer Ansiedelung armer osteuropäischer Juden in Palästina standen sie dagegen positiv gegenüber. Im Deutschen Reich wandte sich etwa der 1893 gegründete liberale Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) dagegen, dass die Zionisten die Bindung an das Land Israel als Hauptkennzeichen des jüdischen Glaubens ansahen. Innerhalb der jüdischen Arbeiterschaft in Osteuropa war die größte und wichtigste antizionistische Organisation der 1897 in Wilna gegründete Allgemeine Jüdische Arbeiterbund, die größte und bestorganisierte jüdische Arbeiterorganisation der damaligen Zeit. Namhafte Zionisten vertraten bis 1947 und darüber hinaus das Konzept eines binationalen Staates mit gleichen Rechten für in Palästina ansässige Araber und Juden. Teile der Linken innerhalb und außerhalb Israels befürworten auch heute einen binationalen Staat, ohne das Existenzrecht Israels in Frage zu stellen. Ein erklärter jüdischer Antizionist ist etwa Uri Davis, Mitglied der Fatah und des Palästinensischen Nationalrats (PNC). Am 20. November 2018 appellierten 34 israelische Gelehrte (darunter David Harel, Eva Illouz, Paul Mendes-Flohr, Zeev Sternhell und Moshe Zuckermann) in einem offenen Brief an Europa bzw. an die österreichische Bundesregierung, Antizionismus nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen, da dies Israel gegen Kritik immun mache.

Orthodoxes Judentum

Das orthodoxe Judentum verurteilte mit Ausnahme der 1902 gegründeten nationalreligiösen Misrachi die Schaffung eines jüdischen Staates als Gotteslästerung und Bruch der Tora. Nur Gott könne die Juden aus der Diaspora befreien, worauf sie bis zur Ankunft des Messias zu warten hätten. Vertreten wurde diese Haltung von der 1912 in Kattowitz gegründeten Agudat Jisra'el, die, obwohl strikt antizionistisch, die Ansiedlung von jungen osteuropäischen Juden in Palästina förderte. Die Agudah ist bis heute weltweit tätig und tritt in Israel als politische Partei auf. Diese religiös begründete antizionistische Überzeugung vertreten die meisten ultraorthodoxen aschkenasischen jüdischen Religionsgemeinschaften, sowohl innerhalb wie außerhalb Israels. Aus denselben Gründen lehnt auch die ultraorthodoxe Bewegung Neturei Karta den Staat Israel ab. Weiterhin hat das Publikationsteam der namhaften orthodox-jüdischen ArtScroll-Gebetbücher festgehalten, dass „die Gründung des weltlichen Staates Israel keine theologische Signifikanz" hat. Unter nichtjüdischen Antizionisten werden Juden mitunter kategorisiert in Juden mit israelkritischen bzw. antizionistischen Positionen, die als „gute Juden" gelten (häufig die oben erwähnte – insgesamt bedeutungslose – Gruppierung Neturei Karta), und in „böse" Juden, die Israel und

dessen vorgeblich „verbrecherische“ Politik verteidigen und die daher für den zunehmenden Antisemitismus mitverantwortlich gemacht werden.

Arabisch-islamischer Antizionismus

Der arabische Antizionismus wurzelt unter anderem im Panarabismus, der vor und während des Ersten Weltkrieges gegen die osmanische Herrschaft, danach als Reaktion auf die durch Großbritannien erlaubte Besiedlung Palästinas gegen jüdische Siedler gerichtet war. Ein jüdischer Staat im Nahen Osten musste den Zielen des Panarabismus widersprechen, vom Atlantik bis zum Persischen Golf einen durchgängigen gemeinsamen Nationalstaat zu errichten. Seit den 1940ern und besonders seit den 1950ern wurde von den arabischen Bevölkerungen die Gewinnung der gesamten von Israel beanspruchten Gebiete als panarabisches Ziel internalisiert. Vor allem in Ägypten wurde dieses Ziel als Teil der ägyptischen Sicherheitsdoktrin und Würde definiert. Folgerichtig bekämpften die arabischen Staaten den von den Vereinten Nationen anerkannten Staat Israel u. a. im Israelischen Unabhängigkeitskrieg (1947–1949). Gleichzeitig kam es zu der beinahe totalen Vertreibung und Flucht der Juden aus den arabischen Ländern. Von den fast 900.000 in arabischen Ländern vor 1948 lebenden Juden sind heute nur wenige Tausend übriggeblieben. Der panarabische Antizionismus erreichte in den 1960ern seinen Höhepunkt unter dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser, der in Ägypten selbst und in der Region beispiellose Popularitätswerte erreichte. Erst sein Nachfolger Anwar Sadat brach mit dieser Politik und schloss Frieden mit Israel. Seit 1993 erkennen die meisten Staaten der Arabischen Liga Israel jedoch de facto an und haben zum Teil diplomatische Beziehungen zu ihm aufgenommen. Doch gibt es in diesen Staaten oft starke nationalistische und islamitische Oppositionsgruppen wie die Muslimbruderschaften, die die Anerkennung Israels ablehnen und ihre Regierungen deshalb bekämpfen. Andere Staaten wie Syrien und der Iran nach der Islamischen Revolution haben Israel bis heute nicht anerkannt. Das iranische Regime versieht seine antizionistische Rhetorik regelmäßig mit eindeutigen antisemitischen Konnotationen und Bildern, sodass die „immer wieder behauptete Unterscheidung von Zionisten und Juden ad absurdum“ geführt wird. Unter dem Einfluss von Nasser und im Zuge des verlorenen Sechstagekriegs von 1967 gründeten sich auch palästinensische antizionistische Gruppen, wie die Fatah (1964), die PFLP (1968) und die DFLP (1969), die sich der 1964 gegründeten PLO anschlossen. Der von der Fatah seit 1993 getragene Oslo-Prozess führte zu einer Spaltung der PLO, wobei sich PFLP und DFLP radikaleren, islamitischen Gruppen anschlossen, welche den teilweisen Verzicht auf bewaffneten Kampf ablehnen. Auch der Panislamismus und andere islamitische Bewegungen für eine staatliche Einheit aller Muslime in einem Kalifat sind dem Zionismus ideologisch entgegengesetzt. Das historische Palästina, in dem Israel liegt, ist für Islamiten als Dār al-Islām rechtmäßiger und ewiger Besitz der Muslime. Die palästinensischen Terrororganisationen Hamas und der mit ihr im Kampf gegen Israel verbündete Islamische Dschihad in Palästina sowie die im Libanon agierende Terrororganisation Hisbollah streben offen die Zerstörung des Staates Israel an; finanziell, militärisch und ideologisch werden sie von den Regierungen Syriens und des Iran unterstützt. Andere militant-islamitische Terrororganisation, welche die Zerstörung Israels anstreben, sind Al-Qaida und der Islamische Staat im Irak und der Levante. Der Antizionismus ist heute besonders in den islamischen Staaten und vielen Dritte-Welt-Staaten verbreitet und enthält oft Elemente des europäischen Antisemitismus. Dennoch gibt es kritische Gegenbewegungen im arabischen Raum. Sowohl Kurden im Nordirak als auch iranische Oppositionelle und Kommunisten sind oft prozionistisch eingestellt und stehen im Kampf gegen den Islamismus Seite an Seite.

Christlicher Antizionismus

Die europäischen Großkirchen und viele der Freikirchen vertraten bis 1945 fast durchgehend eine Substitutionstheologie, die die Enterbung des erwählten Gottesvolkes Israel und dessen Ersetzung durch die Kirche behauptete, weil Juden Jesus Christus als Messias mehrheitlich abgelehnt hatten. Die biblischen Land-, Volk- und Zukunftsverheißungen an Israel seien seit der Kreuzigung Jesu, an der die Juden kollektiv und ewig schuldig seien, auf die Kirche übergegangen. Eine nationale und territoriale Zukunft könne das Judentum deshalb nicht haben. Auf dem Hintergrund dieses traditionellen Antijudaismus lehnte die römisch-katholische Kirche ebenso wie die meisten evangelischen Kirchen Europas den Zionismus und sein Ziel eines Judenstaates in Palästina von Beginn an als gegen den Willen Gottes gerichtetes säkulares Vorhaben ab. Theodor Herzl berichtete von einer Privataudienz bei Pius X. im Januar 1904, in der der Papst von der Besiedlung Palästinas Abstand nahm. Erst mit dem Aufschwung nationaler und internationaler Missionsgesellschaften entstand der christliche Zionismus, der in der Umsiedlung der Diasporajuden nach Palästina eine mögliche „Lösung der Judenfrage“ sah. Auch er ging meist von antijudaistischen Prämissen einer Minderwertigkeit des Judentums aus. Der christliche Antijudaismus wurde seit 1945 durch intensive Neubesinnung in der christlichen Theologie Europas und Nordamerikas allmählich zurückgedrängt, bestimmt aber weiterhin große Teile der kirchlich geprägten Bevölkerungen dieser Regionen. Seit 1993 erkennt der Vatikan das Existenzrecht Israels an und hat diplomatische Beziehungen zu ihm aufgenommen. In den Kirchen arabischer und fernöstlicher Staaten gibt es weiterhin starke antizionistische Strömungen. In Deutschland wurden einerseits seit dem Rheinischen Synodalbeschluss von 1980 zahlreiche antijudaistischen Formulierungen aus dem amtskirchlichen Sprachgebrauch getilgt, andererseits publizierte 2011 die Monatszeitschrift Deutsches Pfarrerblatt des Verbands evangelischer Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland den Aufsatz Vom Nationalgott Jahwe zum Herrn der Welt und aller Völker – Der Israel-Palästina-Konflikt und die Befreiung der Theologie des Theologen Jochen Vollmer, der wegen seines antizionistischen Inhalts Proteste erntete. Das Pfarrerblatt verwies in seiner folgenden Ausgabe sowohl auf seine Rolle als „offenes und freies Forum“ als auch auf landeskirchliche und EKD-Synodenbeschlüsse, die der Ansicht Vollmers widersprechen.

Rechtsextremer Antizionismus

Demonstration in Berlin am 17. Juli 2014: Beim Teilnehmer mit Kufiya im Vordergrund ist auf dem Unterarm die von Schwingen umrahmte Zahl achtundachtzig eintätowiert, ein Nazi-Zahlencode für den Hitlergruß, darüber der auf ein Hassgesang-Stück zurückgehende Spruch „Das tapfere palästinensische Volk sollte man ehren / Da sie noch die einzigen sind auf dieser Welt / die sich gegen den Zionisten wehren.“ Im europäischen Rechtsextremismus spielt seit jeher der Antisemitismus eine große Rolle. Aufbauend auf Verschwörungstheorien, die die Juden für verschiedene nationale und weltweite Missstände verantwortlich machen, bezeichnen rechtsextreme Gruppierungen und Parteien wie die deutsche NPD Israel immer wieder als einen Staat, der – zusammen mit den angeblich von Juden kontrollierten USA – die Welt versklaven wolle. Da das Aufrufen zur Vernichtung eines Staates oder einer Volksgruppe in Europa verboten ist, versuchen Rechtsextremisten dies zu implizieren. Mit Fragen wie „Wer stoppt Israel?“ veröffentlichten 2006 mehrere rechtsextreme Parteien und Gruppierungen Pamphlete und Schriften, die Israel (und den USA) vorwarfen, der „Aggressor Nr. 1“ zu sein und eine systematische Ausrottung der arabischen Bevölkerung zu betreiben. Gleichzeitig gefällt man sich in der Opferrolle einer angeblich „jüdisch bedingten, medialen Meinungsdiktatur“. „Kritik an Israel“ sei in Deutschland „unter Strafe verboten“. Die „Kritik“ der NPD an Israel besteht in der Regel aus diffamierenden Phrasen: So wurde der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt im Juli 2006 wegen Volksverhetzung festgenommen,

nachdem er auf einer Anti-Israel-Demo gemeinsam mit etwa 50 Neonazis „Israel – Internationale Völkermordzentrale“ skandiert hatte. Auch andere rechtsextreme Parteien in Deutschland machen von antizionistischen Parolen Gebrauch: Beispielsweise warb die rechtsextreme Kleinpartei Die Rechte im Vorfeld der Europawahl 2019 mit dem Slogan „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“ Plakate mit diesem Slogan sorgten anschließend für Kontroversen. Die neonazistische Kleinpartei Der III. Weg verwendet in ihrer Propaganda Begriffe wie „Mörder und Terrorbomber aus dem zionistischen Gebilde“, dämonisiert Israel u. a. als „Raubstaat“ und ruft (in Anlehnung an die nationalsozialistische Aktion des Judenboykotts 1933) zu einem Boykott israelischer Waren auf. Der neonazistische Antizionismus manifestierte sich in den 1980er und 1990er Jahren u. a. in der von Michael Kühnen und Ingrid Weckert in München ins Leben gerufenen Antizionistischen Aktion. Ein in diesem Kontext in rechtsextremistisch-antisemitischen Kreisen verwendetes politisches Schlagwort ist ZOG, das für Zionist Occupied Government steht. Auch die Begriffe „Israhell“ bzw. „IsraHölle“ werden benutzt.

Antizionismus in den Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen werden häufig für antizionistische Resolutionen kritisiert. Nach dem Sechstagekrieg erreichte die Arabische Liga bei der UNO einige antiisraelische Resolutionen, die von einer Staatenmehrheit befürwortet wurden. 1975 verabschiedete die UNO-Vollversammlung die UN-Resolution 3379, die Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilte und alle Staaten aufrief, ihn zu bekämpfen. 72 Staaten, darunter alle Ostblockstaaten, alle islamischen Staaten und die meisten blockfreien Staaten stimmten für die Resolution, 35 Staaten stimmten dagegen, 32 enthielten sich der Stimme. Ende 1991 wurde die umstrittene Resolution von der UNO-Generalversammlung mit 111 zu 25 Stimmen bei 13 Enthaltungen zurückgenommen (Resolution 46/86). 1998 bezeichnete UNO-Generalsekretär Kofi Annan die Annahme der Resolution 3379 als einen „Tiefpunkt“ in der Geschichte der Vereinten Nationen. Bei der dritten Weltrassismuskonferenz der UNO in Durban, Südafrika, vom 31. August bis 8. September 2001 versuchten die arabischen und islamischen Staaten, Zionismus erneut als Rassismus anzuprangern. Nach dem vorübergehenden Auszug der Vertreter Israels und der USA kam eine gemeinsame Abschlusserklärung zustande, die diese Verurteilung vermied, aber dem Nahostkonflikt unter dem Thema Rassismus eine eigene Passage widmete. Syriens Versuch, statt Zionismus Kolonialismus mit Rassismus gleichzusetzen, wurde abgelehnt.

Antizionismus in sozialistischen Staaten

Die Sowjetunion gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zu den stärksten Befürwortern des UNO-Teilungsplans für Palästina, also der Gründung Israels und eines davon getrennten arabischen Staates. Die politische Führung in Moskau hielt den neuen Staat für einen potentiellen Verbündeten aufgrund der sozialistischen Ausrichtung der führenden Kräfte innerhalb des Zionismus und des Einflusses der Arbeiterbewegung. Begründet hat die Sowjetunion ihre damals pro-zionistische Haltung mit dem Massenmord der Nazis an den Juden. So erinnerte der damalige sowjetische UNO-Botschafter Andrei Gromyko am 14. Mai 1947 vor der UNO an den Holocaust und die Leiden der ihn überlebenden Juden. Dass kein europäischer Staat die Juden vor den Nationalsozialisten habe schützen können und wollen, gebe ihnen alles Recht auf einen eigenen Staat. Im November ergänzte er, dass der UN-Teilungsplan für Palästina auch im Interesse der arabischen Palästinenser sei. Sofort nach seiner Staatsgründung 1948 erkannte die Sowjetunion den Staat Israel an. Ihr folgten die Staaten des damaligen Ostblocks und die Volksrepublik Rumänien. Fast zeitgleich verschlechterten sich jedoch die Lebensbedingungen der Juden im Ostblock, insbesondere durch die Stalinschen Säuberungen, in denen von 1948 bis 1953 antisemitische Motive

aufgegriffen wurden. Verschwörungstheorien verbreiteten etwa die Idee einer zionistischen „Ärzteverschwörung“ mit amerikanischer und israelischer Geheimdienstbeteiligung, und viele sowjetische Juden wurden als „wurzellose Kosmopoliten“ bezeichnet, wobei in Schauprozessen wie dem Slánský-Prozess 1952 in der Tschechoslowakei den Angeklagten unter anderem auch Zionismus („bourgeoiser Nationalismus“) vorgeworfen wurde. Bereits 1950 erfolgte eine Annäherung Israels an die Vereinigten Staaten, die dem UNO-Teilungsplan anders als die Sowjetunion zunächst zurückhaltend gegenübergestanden hatten; die Sowjetunion sah darin eine Bedrohung ihrer Sicherheit durch „Zionisten“ innerhalb der UdSSR. 1971 erklärte das Zentralkomitee der KPdSU, Zionismus sei, anders als die Zionisten es darstellten, durchaus nicht die nationale Strömung der Juden, sondern eine „klassenkämpferische Kraft, die den Interessen aller Werktätigen entgegensteht“. Im Jahre 1983 stellte sich in Moskau das Antizionistische Komitee der sowjetischen Öffentlichkeit vor. Der Zionismus sei eine „gefährliche Abart der bürgerlichen Ideologie“ und ein Instrument der Bourgeoisie, weil sie den „Anspruch der nationalen Exklusivität, des auserwählten Volkes“ beinhalte. Seit dem Einmarsch Israels in den Libanon 1982 sei überdies deutlich geworden, dass der Zionismus „die Ideen und Methoden des Hitlerfaschismus wiederbelebt“ und seine angeblichen Verbrechen denen der Nationalsozialisten und Faschisten glichen. In Staaten wie der Volksrepublik Polen sahen sich Politiker jüdischer Herkunft wie Jakub Berman veranlasst, vehement Stellung gegen den Zionismus zu beziehen und dadurch der Sowjetunion ihre Loyalität zu zeigen. Seit der Suezkrise 1956, auf dem Höhepunkt der Entstalinisierung, ordnete die KPdSU den Zionismus als eine Form von bourgeoisem Nationalismus ein und bekämpfte ihn, indem sie die arabischen Staaten der Region – besonders Ägypten unter Gamal Abdel Nasser – ideologisch und militärisch gegen Israel unterstützte. In der Tschechoslowakei wurde nach anfänglicher Unterstützung des Staates Israel eine Kampagne gegen jüdische Kommunisten lanciert, denen unter anderem vorgeworfen wurde, „zionistische Agenten“ zu sein. Rudolf Slánský bekannte sich in seinem erzwungenen Geständnis schuldig, „ein zionistischer Verräter und Lump und ein Agent des amerikanischen Nachrichtendienstes zu sein“. Auch die DDR war offen antizionistisch eingestellt, der Zionismus wurde als den Interessen des „US-Imperialismus“ und der „jüdischen Kapitalisten“ dienend gebrandmarkt. Ende 1952 kam es als Folge des Slánský-Prozesses zu Verhören und Parteiausschlüssen von Juden, die aus dem westlichen Exil in die DDR zurückgekehrt waren. Paul Merker, der kein Jude war, wurde als „zionistischer Agent“ verurteilt, „der die Entschädigung der jüdischen Vermögen nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen.“ Der SED-Politiker Hermann Matern prangerte in dem 1952 veröffentlichten Papier Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slansky eine „verbrecherische Tätigkeit der zionistischen Organisationen“ an. Diese hätten, zusammen mit „amerikanischen Agenten“, die Zerstörung der „volksdemokratischen Länder“ in Osteuropa geplant. Vorbeugend gegen Antisemitismusvorwürfe schrieb er, es sei „eine Methode dieser Verbrecher“ gewesen, „wachsame, fortschrittliche Genossen durch die Bezichtigung des Antisemitismus zu diskreditieren“. Der Zionismus diene „ausschließlich“ den Interessen des „USA-Imperialismus“ und denen „der jüdischen Kapitalisten“. Vor allem nach dem Sechstagekrieg, der in der Aktuellen Kamera als „imperialistisch-jüdische Verschwörung“ gebrandmarkt wurde, kam es in den Medien zu anti-israelischer Propaganda. Mit Hilfe von in der Tradition judenfeindlicher Klischees stehenden Begriffen („Kindermörder“) wurde auch Kindern und Jugendlichen das Bild des „israelisch-imperialistischen Aggressors“ vermittelt und eine antiimperialistische pro-palästinensische Solidarität eingefordert.

Antizionismus unter Linken in der Bundesrepublik

In den 1950er und 1960er Jahren gab es unter Linken in der Bundesrepublik eine starke Solidarität mit Israel, die auch als Opposition gegen den Antisemitismus der Elterngeneration verstanden werden kann. Dies änderte sich mit dem Sechstagekrieg 1967, in dem die USA Israel massiv unterstützt hatten: Nun wurde Israel von den Linken als Teil des Westens und des US-Imperialismus wahrgenommen, umso mehr als der Springer-Verlag sich eindeutig proisraelisch zeigte: Dann müsse man als Linker dagegen sein, glaubten viele. Der Journalist Timo Stein spricht in seiner als Buch veröffentlichten Abschlussarbeit von einer regelrechten „antizionistischen Wende“, die der Krieg unter westdeutschen Linken auslöste. Eine Reihe von linken Gruppen in Westdeutschland verknüpfte Solidarität mit den Palästinensern mit einer Gegnerschaft zu Israel. Dieses betrachteten sie nun als Statthalter und Brückenkopf des US-Imperialismus im Nahen Osten. Damit ordneten sie den Nahostkonflikt in ihr Weltbild vom Antagonismus eines von den USA geführten Kapitalismus auf der einen und der um Befreiung kämpfenden Völker der Dritten Welt auf der anderen Seite ein. Die Übergänge dieser als „Antizionismus“ ausgegebenen Politik zu manifestem Antisemitismus waren fließend. In den 1970er Jahren führte der Umgang mit dem Nahostkonflikt, wie die enge Kooperation zwischen deutschen Linksextremisten und der PLO, zu Auseinandersetzungen um Antizionismus und offenen Antisemitismus in der Linken allgemein. Bereits 1969, am 31. Jahrestag der Novemberpogrome, hatte die militante Gruppe Tupamaros West-Berlin eine Brandbombe im jüdischen Gemeindehaus in Berlin deponiert und mehrere jüdische Mahnmale beschmiert. Durch die Geiselnahme von München 1972, den Jom-Kippur-Krieg 1973, die Operation Entebbe 1976 und die Entführung des Flugzeugs „Landshut“ 1977 bekam diese Thematik auch vielfältige Bezüge zu Westdeutschland. Beim Theaterskandal um das Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ kulminierte 1985 die Auseinandersetzung in der Frankfurter linken Szene.
Hans-Joachim Klein, der noch 1975 als Mitglied der Revolutionären Zellen (RZ) an der OPEC-Geiselnahme in Wien beteiligt gewesen war, hatte sich danach von den RZ distanziert und vor geplanten antisemitisch motivierten Anschlägen gewarnt. Die RZ sprachen in Bekennerschreiben 1978/79 vom „faschistischen Genozid am palästinensischen Volk“ und vom „Holocaust an den Palästinensern“. Sie nannten als künftige Anschlagsziele in Deutschland unter anderem die Jewish Agency. 2004 wurde der „Antisemitismus der Linken“ in einer Konferenz der Hans-Böckler-Stiftung rückblickend thematisiert. Die Partei Die Linke erkennt das Existenzrecht Israels an. Allerdings werden in den Medien immer wieder antisemitische und antizionistische Neigungen in der Partei bzw. bei einzelnen Mitgliedern thematisiert. Der Politologe Samuel Salzborn und der Historiker Sebastian Voigt beschrieben 2011 in einem Aufsatz israelfeindliche und antisemitische Tendenzen in der Partei. Die sogenannte „Toilettenaffäre“ erregte 2014 auch internationale Aufmerksamkeit. Die 2005 gegründete Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions gilt als antizionistisch. Am 7. Mai 2019 verurteilte der Deutsche Bundestag ihre Argumentationsmuster und Methoden mehrheitlich als antisemitisch. Auch heute positionieren sich viele Linksextremisten israelfeindlich und sehen antisemitische Bewegungen aus dem Nahen Osten, wie arabisch-säkulare Nationalisten oder terroristische Organisationen wie Hamas oder Hisbollah, als Bündnispartner im „anti-imperialistischen“ Kampf an. Ein zentrales Argument bildet dabei die Behauptung, der Zionismus sei ein koloniales Projekt, das vom britischen Imperialismus befördert worden sei. Damit wird nicht nur die Legitimität des Staates Israel in Abrede gestellt, sondern auch suggeriert, dass er in naher Zukunft verschwinden werde, wie es fast alle Kolonien in der Dritten Welt bereits getan haben. Als Reaktion auf antiimperialistisch-antizionistische Positionen innerhalb der deutschen Linken bildete sich die Strömung der Antideutschen. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Israel-Gaza-Krieges reagierten sowohl linke als auch rechte politische

Gruppen mit starker Kritik gegenüber dem israelischen Staat. Die Gründe für anti-israelische Einstellungen unterscheiden sich jedoch zwischen extrem linken und extrem rechten Gruppierungen. Auf der politischen Linken wird die Haltung gegenüber Israel oft durch antikapitalistische und antikoloniale Ideologien beeinflusst. Nach den Angriffen vom 7. Oktober sehen viele Israel und teils auch die jüdische Gemeinschaft als Symbol eines unterdrückenden kolonialen Systems, in dem die Palästinenser die unterdrückte Minderheit darstellen. Führungspersönlichkeiten und Eliten, die mit der Linken assoziiert werden, äußern sich daher kritisch gegenüber Israels politischem und militärischem Vorgehen gegen die Palästinenser. Die Psychologen Hannes Zacher und Meir Shemla vermuten, dass durch die Massaker des 7. Oktobers sich die Anti-Israel-Einstellungen auf beiden politischen Polen verstärkt haben könnten. Zacher und Shemla führten nach dem 7. Oktober 2023 eine Studie mit erwerbstätigen deutschen Erwachsenen durch, um diese Vermutungen zu untersuchen. Die Ergebnisse der Studie deuteten darauf hin, dass Linke und Rechte sich in ihren eher negativen Einstellungen gegenüber Israel ähneln. Die Einstellungen wurden zudem auf beiden Seiten des politischen Spektrums über den Zeitraum zwischen Oktober 2023 und Mai 2024 negativer. Die Resultate der Studie stehen somit in Einklang mit der Hufeisentheorie, die besagt, dass die Einstellungen von Personen am linken und rechten Ende des politischen Spektrums oftmals konvergieren. Es gilt jedoch zu beachten, dass die Studie an einer nicht-repräsentativen Stichprobe durchgeführt worden ist und somit die Ergebnisse nicht auf die gesamte deutsche Population generalisiert werden sollen. Des Weiteren stellt sich aufgrund des verwendeten Messinstruments die Frage, inwiefern in der Studie tatsächlich reine Einstellungen zu Israel erfasst wurden. Der Fragebogen enthielt beispielsweise das Item: "Palestinian suicide bombers kill far more Israeli civilians than Israelis kill Palestinian civilians" (Deutsch: Palästinensische Selbstmordattentäter töten weit mehr israelische Zivilisten, als Israelis palästinensische Zivilisten töten). Bei dieser Frage ist unklar, ob tatsächlich eine Einstellung gegenüber Israel erfasst wird oder vielmehr das Wissen der Studienteilnehmenden über die militärische Situation Israels und das Kriegsgeschehen.

Antizionismus in Österreich

In Österreich wurde die antizionistische Szene vermehrt nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel 2023 sichtbar. Bei Demonstrationen kam es immer wieder zu antisemitischen sowie antiamerikanischen und islamistischen Parolen, wobei das Massaker der Terroristen vom 7. Oktober als „kräftiger Akt des palästinensischen Widerstandes“ umgedeutet wurde. 2024 sorgte ein „Palästina Kongress“ in Wien am Wochenende vor dem Jahrestag des Terrorangriffs für Aufregung, der von der Israelitischen Kultusgemeinde als „unerträgliche Provokation“ bezeichnet wurde. Dabei waren unter anderem Mitglieder der KPÖ, der Liste Gaza, der Gruppe Dar al Janub und der Antiimperialistischen Koordination, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als antisemitisch eingestuft wird. Die Liste Gaza hatte auf X für Aufregung gesorgt, da sie dort im Zusammenhang mit dem Überfall der Hamas von „Vergewaltigungslüge“ schrieb. Sie stellte in Abrede, dass bei dem Angriff der Hamas Frauen sexuell missbraucht wurden, und verbreitete damit antisemitische Hamas-Narrative. Auch einigen anderen Kongress-Teilnehmenden wurde vorgeworfen, mit Doppelstandards, seltsamen Vergleichen und antisemitischen Verschwörungsmythen Stimmung gegen Israel zu machen. Unter anderem nahm der griechische Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis teil, gegen den anlässlich eines ähnlichen Kongresses in Berlin ein Einreiseverbot verhängt wurde aufgrund seiner relativierenden Haltung zum Hamas-Massaker. Zudem war ein Mitglied der in Deutschland im vergangenen Jahr verbotenen Gruppierung „Palästina Solidarität Duisburg“ unter den Vortragenden. Die Gruppe verwendet laut Behörden „antisemitische Narrative“ und fordert die Vernichtung Israels. In einem Profil-Artikel wurde die Nähe zu antisemitischen Positionen analysiert, wobei dies auf falsch verstandene postkoloniale Theorien und die Romantisierung des

Globalen Südens zurückzuführen sei. Vor allem in der linken Szene folgen einige diesen Ansichten, darunter auch Teile der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ), die Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ) oder die Gruppierung Der Funke (RKI). Als Hintergründe gelten oft Kapitalismuskritik, Antiimperialismus und Vergangenheitspolitik, wobei einige die antiisraelische BDS-Boykottbewegung offen unterstützen. Der BDS-Forderungskatalog läuft auf eine Abschaffung des jüdischen Staates hinaus.

Kritik am Antizionismus

Mündlich bezeugt ist Martin Luther Kings Aussage, dass Frieden für Araber und Israelis eine wichtige Aufgabe sei und Israels Existenzrecht und territoriale Integrität gesichert werden müssen. Ein oft zitierter Brief an einen antizionistischen Freund dagegen ist unbelegt und wahrscheinlich gefälscht. Jean Améry betrachtete den Antizionismus der Linken als banalen Antisemitismus. Er sagte 1969 öffentlich: „Der Antisemitismus war einst der Sozialismus der dummen Kerle. Heute steht er im Begriff, ein integrierender Bestandteil des Sozialismus schlechthin zu werden, und so macht jeder Sozialist sich selber freien Willens zum dummen Kerl. Der Antisemitismus ist wieder ehrbar geworden, aber es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus!“ Mit Berufung auf Hans Mayer wies er 1976 als Redner bei der Woche der Brüderlichkeit eine Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus als konstruiert zurück. Er forderte die Distanzierung vom Antizionismus als wesentliche Grundlage für eine Neudefinition der Linken ein. Améry war davon überzeugt, der Antisemitismus sei im Antiisraelismus oder Antizionismus „enthalten [...] wie das Gewitter in der Wolke“. Den Vertretern dieses Antizionismus sei eine „Indifferenz gegenüber jüdischem Katastrophengeschick“ gemeinsam. 1970 äußerte Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in West-Berlin, der Antizionismus, der „von Kreisen, die sich für sehr fortschrittlich halten“, ausgehe, habe „unabhängig davon, ob seine Verbreiter und Befürworter dies begreifen und beabsichtigen oder nicht, auch die Funktion, antijüdische Vorurteile wach zu erhalten“. Der Literaturhistoriker Hans Mayer schrieb 1975 in seinem Hauptwerk „Außenseiter“: „Wer den ‚Zionismus‘ angreift, aber beileibe nichts gegen ‚die Juden‘ sagen möchte, macht sich und anderen etwas vor. Der Staat Israel ist ein Judenstaat. Wer ihn zerstören möchte, erklärtermaßen oder durch eine Politik, die nichts anderes bewirken kann als solche Vernichtung, betreibt den Judenhass von einst und von jeher.“ Der französische Philosoph Alain Finkielkraut schrieb 1982 im Zusammenhang der Reaktionen auf den ersten Libanonkrieg Israels: „Der doktrinäre Antisemitismus hätte kaum fortbestehen können, ohne sich einen neuen Namen zu geben, aber das eben hat er getan. Und diese Ersetzung des Juden durch den Zionisten ist mehr als nur ein rhetorischer Kunstgriff. Was sich darin anzeigt, ist eine sehr bezeichnende Mutation des totalitären Denkens: Heutzutage werden keine Völker mehr verfolgt, sondern Ideologien, es gibt keine Untermenschen mehr, sondern nur noch Handlungen des Imperialismus.“ Henryk M. Broder gehört ebenso zu den Akteuren, die die Linke wegen antisemitischer Tendenzen kritisieren. Eine breitere Auseinandersetzung in der Linken fand erst später statt und führte unter anderem zur Entstehung der Antideutschen. Broders Buch Der ewige Antisemit von 1986 erweiterte seine Kritik auf Teile der deutschen Friedensbewegung und den Umgang vieler etablierter Medien mit dem Nahostkonflikt. Broder zufolge erfüllt Antizionismus heute dieselbe soziologische Funktion, die bis zum Holocaust der „ehrbare Antisemitismus“ erfüllt habe: Er gebe latenten Judenfeinden Gelegenheit, sich als Fürsprecher unterdrückter Minderheiten – der Palästinenser – darzustellen und damit ihre Judenfeindschaft offen auszuleben. Dabei spiele ein unbewusstes Bedürfnis nach Schuldverschiebung eine große Rolle. Indem Antizionisten sich rhetorisch für die „Opfer der Opfer“ einsetzten, setzten sie die Opfernachfahren des Holocaust mit dessen Tätern gleich, um so letztlich als Täternachfahren selbst die Opferrolle einzunehmen und sich von einer empfundenen Kollektivschuld am Holocaust zu entlasten. Dabei ersetzten sie alte antisemitische Klischees durch neue: Anstelle einer jüdischen Rasse

bekämpften sie den jüdischen Nationalismus, um so den Staat Israel und damit die Hoffnung aller Juden auf geschützte Existenz nach dem Holocaust zu treffen. Der Soziologe Thomas Haury sieht im linken Antizionismus das Bedürfnis nach eigener Entlastung durch „Belastung der Juden“, denn erkläre man „die Juden/Israelis zu den Nazis von heute und die Palästinenser zu den ‚Juden der Juden‘, ist dies eine Aufforderung, mit bestem linken Gewissen […] gegen den Staat der Juden die deutsche Vergangenheit zu bekämpfen.“ Samuel Salzborn und Marc Schwietring (2019) stellten mit Bezug auf die Möllemann-Affäre fest, dass die „immer wieder gestellte Frage, ob es nicht erlaubt sei, Kritik an Israel zu üben, […] damals genauso scheinheilig“ gewesen sei, wie sie es heute sei, denn Kritik an israelischer Politik sei in der Bundesrepublik „andauernd und offen geübt“ worden und werde es weiterhin. Die Fragestellung allein beinhalte „das antisemitische Motiv von der Allmacht und Weltverschwörung der Juden, von der ‚Auschwitz-Keule‘, die nach Lust und Laune benutzt werde“. Der Deutsche Bundestag erklärte am 4. November 2008 aus Anlass des 70. Jahrestages der deutschen Novemberpogrome von 1938: „Grund zur Sorge gibt, dass Antisemitismus in allen Schichten der Bevölkerung zu finden ist. Oft geht er mit Antiamerikanismus und Antizionismus einher. Die Solidarität mit Israel ist ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson. Wer an Demonstrationen teilnimmt, bei denen Israelfahnen verbrannt und antisemitische Parolen gerufen werden, ist kein Partner im Kampf gegen den Antisemitismus. Die Solidarisierung mit terroristischen und antisemitischen Gruppen wie der Hamas und der Hisbollah sprengt den Rahmen zulässiger Kritik an der israelischen Politik.“ Allerdings warnte der Philosoph Slavoj Žižek im Januar 2020 davor, den aktuellen Antizionismus in allen Fällen für nichts anderes als eine versteckte Form des Antisemitismus zu halten. Es gebe derzeit eine globale Offensive, unter deren Opfern sich auch viele Juden befänden, die der israelischen Politik kritisch gegenüberstünden. Der Staat Israel begehe einen katastrophalen Fehler, indem er beschlossen habe, den sogenannten „alten“ (traditionell europäischen) Antisemitismus herunterzuspielen und sich stattdessen auf den „neuen“ und vorgeblich „progressiven“ Antisemitismus in der Maske der Kritik an seiner zionistischen Politik zu konzentrieren, während dieser „alte“ Antisemitismus zurückkehre. So seien beispielsweise christliche US-Fundamentalisten „sozusagen von Natur aus antisemitisch“, auch wenn sie „leidenschaftlich die zionistische Politik des Staates Israel unterstützen“. Auch Donald Trump habe genau dasselbe gemacht, als er „antisemitische Klischees benutzte, um Juden als geldgierig und als Israel gegenüber nicht loyal genug zu beschreiben.“ Alle übertreffe jedoch der Gründer und Vorsitzende der christlich-zionistischen Organisation „Christians United for Israel“ John Hagee, indem er „den Holocaust den Juden selbst angelastet“ und erklärt habe, Hitlers Verfolgung der europäischen Juden sei Teil eines „göttlichen Plans“ zur Gründung des Staates Israel gewesen.

Die aktuellen Streitpunkte zwischen Linken in Deutschland als Antiimps und Antideutschen

Standpunkt 1: Es gibt eine Verbindung zwischen Antizionismus und Antisemitismus

Nach dieser Position tarnt sich Antisemitismus häufig als Antizionismus oder „Israelkritik“. Besonders in der arabischen Welt werde beides oft auch miteinander verbunden. Ein bekannter Test, um legitime Kritik an der Politik des Staates Israel von Judenfeindlichkeit zu unterscheiden, ist der 3-D-Test für Antisemitismus: Wenn Aussagen Israel dämonisieren, delegitimieren oder doppelte Standards anlegen, dann sind diese antisemitisch. Politikwissenschaftler wie Martin Kloke und Armin Pfahl-Traughber definieren Antizionismus als „grundsätzliche Leugnung des Rechts von Juden auf nationale Selbstbestimmung in Israel/Palästina“. Er fordere im engeren Sinn die Auflösung des Staates Israel, im weiteren Sinn übe er fundamentale Kritik an dessen Außen- und Innenpolitik. Dies müsse nicht zwingend mit Antisemitismus einhergehen, jedoch könne dahinter „ein latenter

Antisemitismus stehen“. Antisemitismus und Antizionismus könne man daher nicht pauschal gleichsetzen, gleichwohl bestünden „hohe Anteile von Schnittmengen.“ Die Autorin Noa Tishby schreibt, dass der Antizionismus, „so gutartig er von einigen Aktivisten auch dargestellt“ werde, „sich nur gegen eine einzige Nation auf der Welt“ richte. Antizionisten negierten „das Existenzrecht dieser einen Nation“ und täten „dies mit einer flammenden Vehemenz und [...] Selbstgerechtigkeit“. Sie kommt zu dem Schluss, dass der Antizionismus lediglich eine „politisch korrekte Version des Antisemitismus“ darstelle. Nach dem Soziologen und Kulturwissenschaftler Peter Ullrich stellt Antizionismus „einen zentralen Artikulationskontext von Antisemitismus dar“. Nach Umfragen seien „antijüdische und antiisraelische Semantiken für viele Befragte miteinander verflochten“. Robert S. Wistrich, ein Antisemitismusforscher, sieht Antizionismus als historisches Erbe früherer Formen des Antisemitismus und kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen: „Antizionismus ist nicht nur der historische Erbe früherer Formen des Antisemitismus. Heute ist er auch der kleinste gemeinsame Nenner und die Brücke zwischen der Linken, der Rechten und den militanten Muslimen; zwischen den Eliten (einschließlich der Medien) und den Massen; zwischen den Kirchen und den Moscheen; zwischen einem zunehmend antiamerikanischen Europa und einem endemisch anti-westlichen arabisch-muslimischen Nahen Osten; ein Konvergenzpunkt zwischen Konservativen und Radikalen und ein Bindeglied zwischen Vätern und Söhnen.“ Georg M. Hafner schreibt: „Der moderne Antisemit schlüpft in das Gewand des Antizionisten und stellt sich dumm.“ Der Historiker Walter Laqueur sieht „keine klare Grenze zwischen Antisemitismus und Antizionismus“. Dem Kirchenhistoriker Franklin H. Littell zufolge ist Antizionismus ein „neues Code-Wort für Antisemitismus bei Kommunisten, Propagandisten der Arabischen Liga, Anhängern der ‚Neuen Linken‘ oder liberalen Protestanten“. Nach Ansicht des Antisemitismusforschers Wolfgang Benz hat sich als „besondere Form von Antisemitismus […] aus solcher Israelkritik auf dem Boden des Antizionismus ein Surrogat der Judenfeindschaft etabliert, das eine eigene Funktion hat, nämlich Nebenwege zu öffnen, auf denen mit scheinbar rationalen Argumenten Abneigung oder Feindschaft gegen Juden transportiert und agiert werden kann“. Für die Soziologin Julia Bernstein haben sich mit dem Israelbezug „die tradierten antisemitischen Feindbilder den sozialen Bedingungen der Kommunikation und Akzeptanz des Antisemitismus nach dem Holocaust angepasst“. Dieser Antisemitismus werde als „Israelkritik“ legitimiert. Zudem hob sie die Kontinuität und die Persistenz des Feindbildes Israel oder Zion hervor: Bereits im Antijudaismus seien Juden „als das Volk Israel dämonisiert“ worden und auch im rassistischen Antisemitismus seien sie „unter dem Feindbild Israel subsumiert“ worden. Laut dem Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn hassen Antisemiten Israel „in einer verdoppelten antisemitischen Projektion: als jüdischen Staat und als Inbegriff der Moderne. Deswegen basiert auch die rhetorische Strategie, Antizionismus sei kein Antisemitismus, auf einer doppelten Lüge: Der Lüge, die einerseits die impliziten und expliziten Motive des gegen Israel gerichteten Antizionismus unsichtbar machen möchte, um so Antisemitismus als legitim erscheinen zu lassen; die andererseits aber eben auch jenseits dieser tiefen antisemitischen Fundierung in ihrer gesamten Projektionsorientierung auf Israel als modernen Staat und pluralistische Gesellschaft genuin antisemitisch agiert.“ Des Weiteren stellt er fest: „[N]ur wer wieder und wieder nach Leitplanken suchen muss, um seine eigenen Stellungnahmen zu Israel gegen Antisemitismus (präventiv) abzusichern, ahnt unbewusst, dass es sich offenbar eben nicht um Israelkritik, sondern um antisemitische Ressentiments handelt […].“ Der US-amerikanische Judaist und Literaturwissenschaftler Alvin H. Rosenfeld stellt fest: „[U]nter der trügerischen Bezeichnung ‚Israelkritik‘ vereinen sich narzisstische Selbstbestätigung, tugendwächterische Selbstgerechtigkeit und eine gehörige Portion zum Holocaust in Beziehung gesetzter Schuldzuweisungen zu einer immer beliebteren, regenerierten Form des Antizionismus. In seinem Kern verkörpert dieser

Antizionismus eine ganz bestimmte persönliche Sehnsucht und einen spezifischen politischen Wunsch.“ Laut Rosenfeld ist das häufig der „Wunsch nach einem Tod Israels“. Für den Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik bezieht sich das antisemitische Ressentiment immer mehr auf eine „angeblich aufgeklärte ‚Israelkritik‘“. Diese Form der sogenannten Israelkritik bilde „die Motive eines politisch in Grenzen noch akzeptablen Antizionismus zu einer antisemitischen Welterklärungs- und Erlösungsstrategie [um], etwa derart, dass wenn Israel von der Landkarte verschwände oder den Palästinenserinnen Gerechtigkeit widerführe, der Frieden im Nahen Osten gesichert und damit auch die Lage muslimischer Immigrantinnen im Westen deutlich verbessert würde“. Sandra Rokahr zufolge werden „gegenwärtig über Israelkritik beziehungsweise Antizionismus mittels scheinrationaler Argumente judenfeindliche Stereotype auf Israel projiziert, mit sozial akzeptierten Werten verbalisiert und verbreitet“. Der Journalist Alan Posener argumentiert: „Hätte es bereits 1933 einen jüdischen Staat gegeben, hätten mehr Juden dem Holocaust durch Flucht entkommen können. [...] Sich dafür einzusetzen, dass diese Zuflucht verschwindet, wie es der Antizionismus tut; dass Juden wie vor 1948 abhängig sein sollen von der Gnade oder Ungnade der Mehrheitsbevölkerung in anderen Staaten: Das ist Antisemitismus.“ Laut der Rabbinerin Delphine Horvilleur zeigen „einzelne Motive der obsessiven Israelkritik starke Anklänge an den traditionellen Diskurs der Antisemiten“. Zudem stellt sie fest, dass die „gegen die Juden erhobenen Anklagen […] häufig in irgendeiner Form auf die Geschichte der Anklagenden“ antworten würden: „Die antisemitische Rhetorik in Frankreich und Großbritannien macht Israel zu einem kolonialistischen Unternehmen; in den Vereinigten Staaten hallt der Vorwurf des rassistischen Staates nach, und in Südafrika denkt man an die Apartheid: Die antizionistische Kritik trägt allenthalben autobiografische Züge.“ Der Historiker Georg Kreis betont, dass nicht jede Kritik am und Ablehnung des Zionismus, nicht einmal der „geronnene Antizionismus“ mit Antisemitismus gleichgesetzt werden könne. Jedoch gebe es einen „versteckten Antisemitismus“, „der sich in Form des Antizionismus präsentiert“. Nach dem aus Tunesien stammenden Linguisten und Psychoanalytiker Georges-Elia Sarfati beherrscht die Gleichung „Zionismus ist gleich Nationalsozialismus“ den antizionistischen Diskurs. Eine der thematischen Matrizen des Antizionismus bestehe darin, historische Fakten unter Verwendung bereits bekannter Terminologie zu invertieren. So werde aus dem Holocaust etwa gefolgert, Israel habe ihn erfunden, um daraus Vorteile zu ziehen. Für den Politologen Lars Rensmann sind Antisemitismus und Antizionismus „keinesfalls ‚grundsätzlich‘ verschieden“; im Gegenteil habe die „innige Verschränkung von Antizionismus, als spezifische Ideologie der grundsätzlichen Negation jüdischer kollektiver Selbstbestimmung und als Feindschaft gegen Israel, und Antisemitismus [...] seither weiter zugenommen“. Laut dem Historiker Jeffrey Herf erlangte der „als Antizionismus verkleidete Antisemitismus [...] eine gewisse intellektuelle Seriosität“. Weiter schreibt er, die „Verschmelzung von Antisemitismus und Antizionismus, vor vielen Jahrzehnten in den Diskurs der westdeutschen und der globalen Linken eingeführt“, sei „bis heute eines ihrer hervorstechenden und allzu oft bestimmenden Merkmale“. Die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel betont, „dass Israel-Hass – als Weltanschauung – kontinuierlich auch ohne Krisen, Kriege und Siedlungsbauten artikuliert wurde und wird“. Der jüdische Staat werde „[s]eit seiner Gründung gehasst, weil er existiert, nicht weil er etwas tut oder nicht tut“. Sie bezeichnet es als „Israelisierung des Antisemitismus“, wenn „klassische Stereotype (wie Kindermörder, Landräuber, Völkerzerstörer) zeitgemäß angepasst auf Israel projiziert werden“. Das „viel beschworene Kritiktabu“ sei „eine krude Kopfgeburt“, denn kein Land der Erde werde so häufig kritisiert wie Israel und es würden auch „legitime Kritik und Antisemitismus [...] selbstverständlich nicht gleichgesetzt“.

Standpunkt 2: Es gibt keine regelmäßige Verbindung zwischen Antizionismus und Antisemitismus

Andere Wissenschaftler und Experten sind nicht der Ansicht, dass Antizionismus und Antisemitismus notwendigerweise oder regelmäßig miteinander verbunden sind, und zwar dann, wenn es sich um Kritik an der Politik Israels (sog. Israelkritik) handelt. Der Politikwissenschaftler Peter Beattie stellt in einem analytischen Überblick über die Fachliteratur, in der anhand von Umfragedaten in mehreren Ländern der mögliche Zusammenhang zwischen Israelkritik und Antisemitismus untersucht wurde, keinen notwendigen empirischen Zusammenhang fest und warnt davor, die Behauptung eines solchen angeborenen Zusammenhangs sei verleumderisch. Er kommt zu dem Schluss, dass die meisten, die die israelische Politik kritisieren, keine Antisemiten sind. Seiner Meinung nach vertritt nur ein Bruchteil der US-Bevölkerung antisemitische Ansichten, und obwohl dieser Bruchteil unter den Kritikern Israels überrepräsentiert ist, deuten empirische Untersuchungen darauf hin, dass sie nur einen kleinen Teil ausmachen. Beattie argumentiert, dass unzutreffende Antisemitismusvorwürfe nicht nur Verleumdung sind, sondern drohen, den Begriff des Antisemitismus selbst zu entwerten und seine Verbindung zu einer sehr realen und gefährlichen Form von Vorurteil zu schwächen. Der deutsche Soziologe Werner Bergmann kam in seiner Analyse empirischer Umfragedaten für Deutschland zu dem Schluss, dass sich die Ansichten israelkritischer Befragter aus dem rechten Spektrum mit denen des klassischen Antisemitismus überschneiden, während die Kritik der Befragten aus dem linken Spektrum an Israel nicht in Kritik an Juden übergeht. Antony Lerman, der ehemalige Direktor des „Institute for Jewish Policy Research“ (London, Großbritannien), behauptet, dass das Argument, Antizionismus sei gleich Antisemitismus, dem Wort Antisemitismus jede sinnvolle Bedeutung entziehe. Nach Lermans Ansicht genügt es, diesem Argument zufolge, eine Meinung zu vertreten, die von der Kritik an der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung bis hin zur Leugnung des Existenzrechts Israels als Staat reicht, um als Antisemit zu gelten, ohne dass man sich zu den Dingen bekennen müsse, die Historiker traditionell für eine antisemitische Weltanschauung halten: Hass auf Juden an sich, Glaube an eine weltweite jüdische Verschwörung, Glaube, dass Juden den Kommunismus hervorgebracht haben und den Kapitalismus kontrollieren, Glaube, dass Juden rassisch minderwertig sind, und so weiter. Lerman kommt zu dem Schluss, dass Kritik an israelischen Regierungen darüber hinaus zwar theoretisch legitim, praktisch aber verboten sei.

Literaturverzeichnis:

Gerrit Hoekmann, Zwischen Ölzweig und Kalaschnikow, Geschichte und Politik der palästinensischen Linken, Münster 1999. Unrast-Verlag,, ISBN 3-928300-88-1.
Bemerkung: zitiert stark aus Helga Baumgart, verharmlost und vereinfacht, z.B. S. 111 „ Im Laufe der Zeit sind die anti-jüdischen Tendenzen, die wohl mehr der eigenen Ohnmacht und dem Hass auf einen übermächtigen israelischen Gegner als einen latenten Antisemitismus entsprangen, fast völlig verschwunden.“
Friedrich Schreiber, Michael Wolffsohn: Nahost, Geschichte und Struktur eines Konfliktes, 4. Auflage, Augsburg 1996.
Helena Cobban, The Palestinian Liberation Organisation, People, Power and Politics, Cambridge University Press 1984.
Alphons Silberman, Sind wir Antisemiten? Ausmaß und Wirkung eines sozialen Vorurteils in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1982, Verlag Wissenschaft und Politik.
Gerrit Hoekmann, Zwischen Ölzweig und Kalaschnikow, Geschichte und Politik der palästinensischen Linken, Münster 1999. Unrast-Verlag,, ISBN 3-928300-88-1.
http://www.jungle-world.com
Basisgruppe Geschichte, calcül, Zeitschrift für Wissen und Besserwissen, Nr. 6., Göttingen 1999.
Eli Karmon, Deutsche Terroristen – haben sie sich mit den palästinensischen Terrororganisationen verbündet?, in: Politische Studien, Nr. 368, Nov./Dez. 1999.
Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V., Israel & Palästina, Zeitschrift für Dialog, Das Schmerzhafte Dreieck: Deutsche – Israelis – Palästinenser, Nr. 27 Sonderheft, Okt. 1991.